

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnements-Preis pränumerando:
 Vierteljährlich 1.20 Mk., monatlich 1.10 Mk.,
 wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-
 nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 abonnement: 1.10 Mark pro Monat.
 Eingetragen in die Post-Zeitungs-
 Preisliste. Unter Kreuzband für
 Deutschland und Oesterreich 1.40 Mark,
 für das übrige Ausland
 2 Mark pro Monat.

Erste Ausgabe außer Montags.

Die Interaktions-Gebühr

betragt für die sechsstelligen Adressen
 oder deren Raum 40 Pf., für
 politische und gesellschaftliche Vereine
 und Vereinstätigkeiten 25 Pf.
 „Kleine Anzeigen“, das erste (voll-
 gebundene) Wort 10 Pf., jedes weitere
 Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben
 zahlen für zwei Worte. Anzeigen für
 die nächste Nummer müssen bis 2 Uhr
 nachmittags in der Expedition abgegeben
 werden. Die Expedition ist an Wochen-
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und
 Festtagen bis 2 Uhr nachmittags geöffnet.

Telegramm-Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1982.

Sonntag, den 25. November 1905.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1981.

Das Wahlergebnis.

New York, 10. November. (Fig. Ver.)

Bei den vorgestrigen Staats- und Kommunalwahlen in den Vereinigten Staaten war das Resultat für die Socialist Party (Sozialistische Partei) im allgemeinen kein erfreuliches, soweit wenigstens bis jetzt das Stimmenergebnis vorliegt. Wohl hat die Partei in einzelnen Staaten, wie beispielsweise in Massachusetts, eine Zunahme ihrer Wahlstimmen um 12 Prozent erzielt und ist auf 15 000 gestiegen, aber die Ziffern des Jahres 1903 sind damit noch nicht erreicht.

Ueber das Ergebnis in den Staaten Ohio, Maryland usw. ein Urteil abzugeben ist unmöglich, da alle vorliegenden Nachrichtenquellen nichts über die sozialistischen Wahlstimmen besagen. Von besonderer Bedeutung war die Wahl im Staate und in der Stadt New York. Im Staate New York stand zur Abstimmung (Referendum) eine Aenderung der Staatsverfassung (viertes Amendement), die der Legislatur das Recht geben soll, gesetzliche Bestimmungen über die Arbeitszeit und die Lohnsätze der Staats- und Gemeinbediensteten zu treffen. Die vorgeschlagene Verfassungsänderung bezweckte die Einführung des gesetzlichen Achtstundentags und die Zahlung des Union-Lohnes, d. i. des von den Gewerkschaften festgesetzten Lohnsatzes für Staats- und Gemeinbedienstete und für die Arbeiter solcher Unternehmer, die Staats- und Gemeinbediensteten ausführen, z. B. Straßenbauern, Ausführung öffentlicher Gebäude usw. Man sollte meinen, eine solche für die Arbeiterschaft einschneidende Bestimmung würde ein lebhaftes Echo bei den Gewerkschaften und deren Zentralorganisation, der Federation of Labor, finden. Wohl wies Samuel Compers, der Präsident der Federation of Labor, im offiziellen Organ dieses Verbandes nebstbei auch auf das vierte Amendement hin, wohl wurde auch auf der letzten Tagung der Federation das vierte Amendement gestreift, aber damit war die Sache erledigt! Weder wurde, wie angekündigt, ein Flugblatt über die Verfassungsänderung verbreitet, noch eine einzige Versammlung einberufen, um dafür Stimmung zu machen. So blieb es den von den Kur-Gewerkschaften vertriebenen Parteiblättern, „Volkszeitung“ und „Worker“, vorbehalten, die Arbeiter zur Annahme des vierten Amendements aufzufordern. Alle kapitalistischen Zeitungen wüteten gegen das Amendement. Wie die Abstimmung verlief, ist zur Stunde noch nicht sicher, wahrscheinlich wurde es dank der sonderbaren Haltung der Gewerkschaftsführer abgelehnt.

Ueber wir auf das Ergebnis der Kommunalwahl in New York-City näher eingehen, bedarf die Lage, in der sich die Socialist Party vor der Wahl befand, einer kurzen Würdigung. Die Socialist Party, die bei der letzten diesjährigen Präsidentschaftswahl so überraschende Stimmenerfolge errang, führte bisher im Staate New York den Namen Social Democratic Party (Sozialdemokratische Partei). Diesen Namen hatte die Partei nur der Not gehorchend angenommen. Die demokratische Partei aber erhob gegen das Wort „Demokratie“ in unserem Parteinarbeiten Einspruch, weil dadurch ihre (die demokratischen) Wähler verwirrt und veranlaßt würden, für die Social Democratic Party zu stimmen. Zwei Gerichtsinstanzen wiesen den Einspruch ab, dagegen entschied der Appellhof des Staates New York kurz vor der diesjährigen Wahl, daß die Social Democratic Party das Wort Demokratie aus ihrem Namen streichen muß! An diese Entscheidung knüpfte der Appellhof den Rat, die Partei sollte den Namen „Socialist Party“ annehmen. Das geschah dem auch. Jetzt aber rief der secessionistische Flügel der Partei, die „Socialist Labor Party“ (Sozialistische Arbeiterpartei), die Wahlbehörden und die Gerichte an und protestierte gegen die Benutzung des Wortes „Socialist“! Ihre Berufung wurde abgelehnt, aber vorher schon hatten die Anwälte der beiden Parteien sich auf einen Vergleich geeinigt, laut welchem die alte Social-Demokratische Party als „Socialist Party“ und der secessionistische Flügel (De Leoniten) unter dem alten Namen „Socialist Labor Party“ auf dem Stimmzettel erscheinen sollten. Dieser Vergleich kam erst wenige Tage vor der Wahl zustande. Die Namensänderung und die vorherige Unklarheit, wie der Name der Partei auf dem Stimmzettel lauten werde, hatte nicht nur die Wahlagitator der „Socialist Party“ gehindert, sondern auch die Wähler verwirrt. Dies erklärt zum Teil den Stimmerrückgang der „Socialist Party“ (bei der letzten Kommunalwahl hatten wir 16 000 Stimmen erzielt) auf etwas über 12 000 Stimmen bei der vorgestrigen Kommunalwahl. Vom De Leonischen Flügel (Socialist Labor Party) sind nur noch Rudimente übriggeblieben.

Wie erwähnt, der Namenswettbewerb erklärt zum Teil den Stimmerrückgang. Eine andere und wohl die Hauptursache war eine neue Parteibildung, die den Namen Municipal Ownership League (Liga für Gemeinbesitz) führte und eine nur in Amerika mögliche Abspaltung des Gemeinbesizualismus in ihr Programm aufgenommen hatte. Bürgermeisterkandidat der Municipal Ownership League war William Randolph Hearst, Vorgesetzter der „Morning“- und „Evening-Journals“ New York American, „New York Evening Journal“, die in einer täglichen Auflage von mindestens einer halben Million Exemplaren erscheinen, und des deutschen Ablegers „Morgen-Journal“. In der Person seines Chefredakteurs Brisbane besitzt Hearst einen Journalisten, der den „Lololanziger“-Leuten Deutschlands um verschiedne Nasenlängen voraus ist und in einer geschickten demagogischen Form die oberflächlich denkende amerikanische Arbeiterschaft und das Kleinbürgertum zu packen versteht. Lobartikel auf die deutsche Arbeiterpartei, die Sozialdemokratie nämlich, die weit „besser und vernünftiger“ als die amerikanische sei, wechseln in Hearsts Zeitungen mit heftigen Angriffen auf die Trusts, die Kapitalmacht und das politische Votum ab. Mit den ersten Artikeln wurde die Arbeiterpartei, mit den Antitrustartikeln das Kleinbürgertum gelapert und der angebliche Kampf gegen

die politischen Bosse (Leiter der Parteimaschinen, ohne deren Willen kein Nachtwächter ernannt wird) diene als Drapierung. Von den Hearstischen Zeitungen, die in Wirklichkeit den Wahlkampf der Municipal Ownership League führten, wurden die Enthaltungen bei den gegen die Versicherungsgesellschaften schwebenden Untersuchungen ausgenutzt. Dazu kamen Vergebung wertvoller Freibriefe an Privatgesellschaften seitens der gegenwärtigen demokratischen Parteileitung, ferner die unlegbare Selbstbereicherung des Tammany-Hall (Name der demokratischen Parteimaschine) Leiters Murphy usw. Dieser Um-macht der Parteimaschinen und der Beherrschung der Parteien durch Trusts und Großkapitalisten behauptete Hearst und seine Municipal Ownership League ein Ende machen zu wollen. In Wirklichkeit strebte er weiter nichts an als die Führerschaft in Tammany-Hall!

Hierzu kam noch ein: Die Metropolitan Gas-Comp., die die Stadt New York mit Gas versieht und sich durch notorische Vorkleugungen der Gesetzgeber und der Stadtverwaltung immense Vorteile zu sichern gewohnt hat, gibt ihr Produkt zu 1 Dollar pro 1000 Kubikfuß ab. Bei einer von der Staatslegislatur geführten Untersuchung wurde durch Zeugenaussagen festgestellt, daß die Metropolitan Gas-Compagnie das Produkt anderer kleinerer Gas-gesellschaften, die kein Rohrnetz besitzen, um 29 Cents per 1000 Kubikfuß kaufte, um es an die Konsumenten für 1 Dollar per 1000 Kubikfuß abzugeben!

Die Gasfrage ward nun von Hearst zum Hauptpunkt seiner Agitation gemacht, einer Agitation, die an Heftigkeit und Demagogie alles übertraf, was die an Humbug wahrlich gewöhnten Amerikaner seit Jahren erlebt haben. „Ich verspreche Ihnen“, so klang es in jeder von Hearst verlesenen Rede (aus dem Stegreif kam der persönliche bedeutungslose Wamm überhaupt nicht reden, und boshafte Menschen sagen, sein Chefredakteur Brisbane habe alle Wahlreden geschrieben), „ich verspreche Ihnen Gas zu 66 Cents und Herabsetzung des Fahr-geldes auf 8 Cents. Und zwar werde ich am selben Tage, an dem ich ins Amt komme, damit beginnen, meine Versprechungen durchzuführen!“ Die 8 Cents-Jahr-Forderung (der Einheitsstarf für Hoch- und Tiefbahnen, z. T. auch für Straßenbahnen innerhalb des ehemaligen New York beträgt jetzt 6 Cents) hat die Municipal Ownership League vom Bürgermeister Tom Johnson in Cleveland übernommen, der auf Grund dieser Parole vor etlichen Jahren zum Bürgermeister erwählt wurde. Heute warten die Clevelandler aber noch auf die 8 Cents-Tage!

Unter Berücksichtigung der ganzen Sachlage war es für jeden Vernünftigen klar, daß Hearst seine Versprechungen weder durch-führen konnte noch wollte. Aber alle Vernunftgründe blieben wirkungslos. Und die den Wählern ans Herz gelegte Taktik, daß die Socialist Party in ihrem Programm die von Hearst vertretenen Forderungen schon weit früher, weit schärfer und viel weitergehend aufgestellt hat, verhallten ungehört. „Die Welt will beschwindelt sein“, sagt ein altes Sprichwort, und während die Stimmen der Socialist Party auf die Hälfte zusammenschmolzen, erhielt Hearst 225 000 Stimmen! Mit nur etwa 8000 Stimmen unterlag er seinem siegreichen demokratischen Gegenkandidaten, dem bisherigen Bürgermeister Mc. Clellan — nach den Feststellungen der Zählbehörden wenigstens! Ob in der Tat? Viele bezweifeln es. Und tatsächlich wurde Wahlbetrug schlimmster Sorte verübt. Stimmzettel, die auf nicht demokratische Kandidaten lauteten, wurden zu Hunderten grundlos für ungültig erklärt, und um die Feststellung des Betruges zu hindern, verbrannt! Gestern erhoben die Geschworenen gegen eine Reihe Wahlbeamten Anklage wegen Wahlbetruges. Ueber dieses Kapitel und den Fort-gang der Untersuchung wird später noch zu berichten sein.

Die indirekten Steuern in der Beleuchtung der Wissenschaft.

Ueber keine Frage der Volkswirtschaft sind die wissenschaftlichen Urteile verschiedener Nationen, Schulen und Zeitalter so übereinstimmend wie über die Frage der indirekten Steuern. Daß diese Art der Besteuerung eine schreiende Ungerechtigkeit gegen die breiten arbeitenden Volksmassen, ein Mittel der brutalsten Klassenherrschaft ist, darüber ist oder vielmehr war sich die wissenschaftliche Nationalökonomie — auch die bürgerliche, und zwar nicht bloß die klassische, sondern auch die Vulgärökonomie — vollkommen klar. Die Sozialdemokratie fußt hier mit ihrem Programm und mit ihrer Agitation gegen jede Belastung der Lebensmittel durch die Steuern und Zölle auf dem Boden der gesamten national-ökonomischen Wissenschaft.

Heute freilich schweigen die Herren bürgerlichen Professoren über die indirekten Steuern diskret oder sie reden gar den Jollen, den Steuern auf Lebensmittel noch das Wort. Heute steht die Sozialdemokratie in ihrer grundsätzlichen Gegnerchaft gegen alle indirekte Besteuerung ganz allein. In ihrer Agitation aber vertritt und vertritt sie dabei, wie in jedem Stück ihres Klassenkampfes, nur die Lehren der strengsten Wissenschaft.

Im Augenblick, wo das deutsche Proletariat mit neuen Steuern auf notwendigste Lebensmittel bedroht wird, hören wir, was die Koryphäen der bürgerlichen National-ökonomie über die indirekten Steuern dachten und sagten.

Der Erzbater der klassischen Nationalökonomie, Adam Smith, sagt in seinem Werke über den Reichtum der Nationen im Jahre 1775:

Die Steuern auf die notwendigen Lebensmittel haben auf das Los des Volkes fast denselben Einfluß wie ein unfruchtbarer Boden oder ein schlechtes Klima. Diese Steuern verteuern die Lebensmittel in derselben Weise, als wenn sie

mehr Arbeit und Ausgaben als sonst kosteten, um produziert zu werden. — Diese Arten von Steuern, wenn sie zu einem gewissen Punkte steigen, sind also eine ebenso traurige Kalamität wie die Unfruchtbarkeit des Bodens oder die Ungunst der Witterung, und dennoch sind es gerade die reichsten und industriellsten Länder, wo man sie im allgemeinen vorfindet. Auch würde kein anderes Land in stande sein, eine so starke Krankheit zu ertragen. Ebenso wie es nur die kräftigsten Körper sind, welche sich am Leben und bei Gesundheit erhalten können selbst bei der ungesundesten Lebensweise, eben so sind es nur die in jeder Art von Industrie durch natürliche oder erworbene Vorteile am meisten bevorzugten Nationen, die bestehen und selbst gedeihen unter dem Druck dieser Arten von Steuern.

— Die arbeitenden Massen leiden weit mehr vielleicht als von den Getreidepreisen unter der künstlichen Preisserhöhung, welche die Steuern im Preise einiger Manufakturwaren verursacht haben, wie z. B. beim Salz, der Seife, dem Leder, den Lichtern, dem Malz, dem Biere, dem Del usw.

Vorzüglich ist es, was alle indirekten Konsumtionsausgaben für den ärmeren und größeren Teil des Volkes stets so drückend macht: Die erhöhten Preise unserer Lebensbedürfnisse, die stets die unaussprechliche Folge eines solchen Abgabenerhebungssystems sind, drücken schon die ärmere und niedere Volksklasse unendlich; noch mehr oder wenigstens ebenso stark aber drücken sie die Vorteile, welche sie der reicheren Volksklasse für ihre gemachten Vorkäufe zugesiehet muß — und beides zusammen kann dann keine andere Folge haben, als daß bei einem solchen Abgabenerhebungssystem ein Aufschwung der Betriebsamkeit der ärmeren und niederen Volksklassen und ihres Wohlstandes beinahe ganz unmöglich wird.

Der Chef der bürgerlichen Vulgärökonomie, der Franzose J. B. Say, schreibt im Jahre 1829:

Ist eine bloß proportionelle Steuer nicht schwerer für den Armen als für den Reichen? Derjenige, welcher nur die Quantität Brot verdient, die erforderlich ist, um ihn und seine Familie zu ernähren, soll er genau in demselben Verhältnis steuern, wie derjenige, welcher Dank seinen ausgezeichneten Talenten, seinen ausgedehnten Besitzungen, seinen beträchtlichen Kapitalien nicht nur alle Genüsse des Luxus sich und den Seinen gewährt, sondern auch noch jedes Jahr seinen Reichtum vermehrt? Findet man nicht in einer solchen Behauptung etwas, was die Billigkeit empört?

— Die auf die Konsumtionen gelegte Steuer ist notwendig proportionell der Quantität der konsumierten Ware; und da die Quantität der konsumierten Ware der Proportion des Vermögens nicht folgen kann, so folgt daraus, daß diese Art der Besteuerung, welche in den stark besteuerten Ländern die Hauptrolle spielt, auf die Steuerpflichtigen gerade umso mehr fällt, je weniger reich sie sind. In der Tat, ein Mann, der 300 000 Frank Einkommen hat, wird nicht 300 Mal mehr Zucker oder Wein konsumieren können, als ein solcher, der nur 1000 Frank Einkommen hat. Die wenig Bemittelten sind es also, die in dieser Hinsicht eine wahrhaft progressive Steuer aushalten, das heißt eine solche, die gerade um so stärker wird in demselben Verhältnis, in welchem die Kräfte der Steuerpflichtigen geringer sind. Dies ist einer der größten Fehler der indirekten Steuern, ein Fehler, für welchen eine steigende Progression bei der direkten Steuer nur eine gerechte, aber noch unvollkommene Kompensation bilden würde.

— Man kann versichern, daß die Steuern auf die Konsumtionen die am ungleichsten verteilten von allen sind und daß in den Nationen, wo sie vorherrschen, die bedürftigsten Familien aufgeopfert werden.

Ein deutscher Nationalökonom aus dem Anfang des XIX. Jahrhunderts, Dr. Behr schrieb 1822 in seiner „Lehre von der Wirtschaft des Staates“:

Indirekte Steuern sind entweder von grober Ignoranz oder von bühlerischer Tücke erfunden, durch Superfluität und Sophisterei verteidigt, von der Gemächlichkeit gepflegt, durch Not vervielfältigt und aus Furcht vor der Nähe der Einführung des Nechten bis zur Stunde noch nicht abgeschafft.

Professor Ran in Heidelberg, einer der ersten Popu-laristoren der klassischen englischen Nationalökonomie in Deutschland, sagt in seinem Lehrbuch der Politischen Ökonomie im Jahre 1826:

Eine Steuer auf die nötigen Lebensmittel, als Kartoffeln, Brotgetreide, Brennholz, Leinwand u. dergl. ist sehr einträglich und wirkt ungefähr wie eine Kopfsteuer, weil der Beitrag eines jeden hauptsächlich von der Zahl seiner Haus-genossen bestimmt wird, aber eben darum verlegt sie den Grundsatz, daß die Steuerfähigkeit den Maßstab der Belastung bilden solle. Man hat solche Steuern in der Hoffnung in Schutz genommen, daß sie auf die Lohnherrschaft über-gewälzt werden, weil der Lohn zu jeder Zeit den nötigen Unterhalt vergüten müsse. Allein die Ueberwälzung ist nicht mit Sicherheit zu erwarten. Der Lohn entspricht nur dem mittleren Bedarf und die Verteuerung der Lebensmittel wird wenigstens dem Vater einer zahlreichen Familie nicht vergütet. Der Lohn zeigt überhaupt nur eine geringere Beweg-

Nachteil als die Preise der Waren. Obgleich für ihn der Preis der Lebensmittel immer einen Anhaltspunkt gibt, so ist doch das Verhältnis des Angebots zu dem Bedarf von Arbeit einen mächtigen Einfluss auf die Lage der Lohnarbeiter. So lange der Lohn noch oberhalb der durch den unabwendlichen Lebensbedarf bestimmten Grenze steht, kann er bei ungünstigen Mitverhalten erniedrigt werden, und die Verteuerung der Lebensmittel vermag ihn nicht sogleich zu erhöhen. Ist das Kapital des Volkes nicht stärker im Zunehmen als die Volksmenge, so bleiben die erwähnten Steuern ganz oder zum Teile auf den Arbeitern liegen, bis etwa später eine Verzögerung in der Volksvermehrung einen höheren Lohnsatz bewirkt. In diesem Falle sind also die Steuern der genannten Art sehr nachteilig.

Der Prophet der deutschen „historischen Schule“ der Nationalökonomie, Professor Roscher, erklärt in seinem „System der Volkswirtschaft“ im Jahre 1854:

Wie das Wohlfeilwerden der Lebensmittel, wenn sich der Bedürfnisreiz des Arbeiterstandes nicht entsprechend vergrößert, ein Sinken des Lohnes zur Folge hat, so muß das Teurerwerden derselben, wenn der Lohn bereits so niedrig stand, um nur die unentbehrlichen Bedürfnisse zu befriedigen, ein Steigen des Lohnes nach sich ziehen. Der Uebergang ist im ersten Falle ein ebenso beweglicher, (der ganze deutsche Professor drückt sich hier in dem einen Wort aus!) wie im zweiten voll der traurigsten Krisen. Je langsamer die Preiserhöhung der Lebensmittel vor sich geht, umso eher ist zu befürchten, daß ihr die Arbeiter nicht etwa durch Auswanderung, verminderte Ehezahl usw., sondern durch Erniedrigung ihres Bedürfnismasses, Einführung schlechterer Nahrungsmittel usw. zu begegnen suchen. Uebrigens gilt das alles nur von den dauernden Veränderungen des Lebensmittelpreises, wie sie z. B. durch die Entwicklung des Ackerbaues, durch Steuern usw. hervorgebracht werden.

Der Engländer John Stuart Mill schreibt in seinen „Grundsätzen der politischen Ökonomie“ im Jahre 1848:

Alle Abgaben von notwendigen Lebensbedürfnissen sowie von Rohstoffen und Werkzeugen, die zur Hervorbringung dieser Bedürfnisse notwendig sind, auszuschließen, denn solche Abgaben nur leicht demjenigen Abbruch, was unbesteuert bleiben sollte, nämlich dem zu einer gesunden Existenz eben ausreichenden Einkommen.

In einem alten Lande Tagelöhner besteuern wollen, heißt also nur, eine Steuer mehr auf alle Arbeiter legen, es sei denn, daß die Steuer die viel schlimmere Wirkung habe, den Maßstab einer eben erträglichen Existenz in den Ansichten der ärmsten Volksklassen auf die Dauer noch tiefer herabzudrücken.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 23. November.

Stengels Steuer-Bukett.

Die Ausführungen der „Nordd. Allgem. Ztg.“ über die Stengelschen Steuerpläne finden natürlich in der bürgerlichen Presse eine sehr verschiedenartige Beurteilung, im allgemeinen gehen aber selbst die freisinnigen Blätter mit dem düstigen Steuerbukett weit milder ins Gericht als man nach der Ungeheuerlichkeit der Vorschläge erwarten sollte. Das ist erklärlich. Wenn man die Flottenborlage und die von der „Nordd. Allgem. Ztg.“ in Aussicht gestellten Heeresrüstungen zu bewilligen gedenkt, wenn man ferner im Prinzip der Regierung darin zustimmt, daß die Sanierung der Reichsfinanzen sich nicht durch Einschränkung der Ausgaben, sondern nur durch Vermehrung der Reichseinnahmen herstellen läßt, dann muß man auch bereit sein, neue Steuerquellen zu erschließen, und zwar solche, die reichlich fließen. Soweit reicht aber weder die sogenannte Vaterlandsliebe der liberalen Bourgeoisie, noch der konservativen Agrarier, daß sie geneigt wären, die Lasten der von ihnen befürworteten Flotten- und Heeresvermehrung auf ihre Schultern zu nehmen — folglich müssen sie der großen Volksmasse aufgeladen werden. Das sagen sich, wenn sie auch diese Schlussfolgerung aus Rücksicht auf die in ihrem Gefolge trotztenden Wähler der „niedereren Stände“ nicht offen ansprechen, auch die Herren Freisinnigen und beschränken sich deshalb in weiser Vorsichtigkeit auf allgemeine unverbindliche Rationnements und die Bekräftigung kleiner Nebensachen.

Eine Reihe der wichtigsten Blätter, die hinter sich größere politische und wirtschaftliche Parteigruppen haben, hat bisher noch nicht gesprochen; immerhin ergibt sich, wenn man die verschiedenen Äußerungen zusammenstellt, bereits eine recht interessante Blütenlese, die einen ziemlich sicheren Rückblick darauf gestattet, welche Behandlung die Stengelschen Vorschläge im Reichstag bei den Vertretern der Edelsten der Nation und der nach Besitz, wenn auch weit weniger nach Bildung maßgebenden Klassen finden werden.

Die „Freie Deutsche Presse“, die ehemalige „Freisinnige Zeitg.“ Eugen Richters hält noch mit ihrem Urteil zurück; sie hat ihren festen Standpunkt in der Erscheinungen Blut noch nicht gefunden. Vorläufig wird die Meinung der Freisinnigen Volkspartei nur erst durch die „Voss. Ztg.“ vertreten. Das Blatt meint:

„Bier und Tabak sollen mehr bluten. Von den hundert Millionen, die sie mehr aufbringen sollen, muß weitaus der größte Teil von der minder bemittelten Bevölkerung getragen werden. Es gehört wirklich keine Kunst und keine Wissenschaft zur Ausarbeitung solcher Projekte, sondern nur die Entschlossenheit, sich über die wichtigsten Bedenken, die namentlich auch vom sozialpolitischen Standpunkte erhoben werden können, hinwegzujagen. Und wenn solche Vorlagen eingebracht und gar durchgeführt werden, wundert man sich über das Wachstum der Sozialdemokratie? Nein, die Sozialdemokratie hat wirklich ein märchenhaftes Glück.“

„Besonders ärgert sich das freisinnige Blatt über die Duitungssteuer, während es die Reichs-Erb-schaftssteuer ganz unberücksichtigt läßt:

„Und dann die Duitungssteuer. Sie ist ebendem vom Reichstag fast einstimmig zurückgewiesen worden, weil sie gerade die ordentlichen und soliden Personen trifft, die gleich bar bezahlen und sich gegen Streitigkeiten und Prozesse schützen wollen. Sie unterwirft Handel und Wandel unerquicklichen Plakereien. Gleich, die Duitungssteuer besteht in einzelnen Staaten, deren Finanzen kläglich sind. Aber auch wo sie besteht, wird sie nur als trauriger Nothbehelf empfunden. Preußen hat sie 1873, Sachsen 1886 abgeschafft. Jetzt soll sie von Reich wegen wieder eingeführt werden. Sie wird namentlich dem Gewerbetreibenden, dem Handwerker, den Kaufleuten, dem Mittelstande lästig fallen. Ganz überwiegend werden die minder be-

mittelsten Klassen von den neuen Steuern betroffen, und das in einem Zeitpunkt, wo der neue Zolltarif denselben Mittelstand schwer zu belasten droht und die Erhöhung der Zölle des Auslandes den Warenanstand und damit den ganzen wirtschaftlichen Verkehr wesentlich einzuzwingen verheißt.“

Das „Berliner Tageblatt“ faßt sein Urteil in den Schluß zusammen:

„Für heute mag nur gesagt werden, daß diese „Reichs-Finanzreform“ gerade bei denen, die von der Notwendigkeit einer Sanierung unserer Reichsfinanzen überzeugt sind, ein Gefühl tiefen Bedauerns darüber erwecken wird, daß eine deutsche Regierung in diesen Zeitläuften mit solchen Finanzanstrengungen die schwierige und höchst bedeutungsvolle Aufgabe lösen zu können gedenkt.“

Noch kürzlicher verhält sich die im Mosse'schen Verlage erscheinende „arbeitsfreundliche Berliner Volksztg.“. Sie läßt die Steuererhöhungen auf Bier und Tabak sowie die Jahrtarife, Duitungs- und Reichs-Erb-schaftssteuer unberücksichtigt und behandelt dafür umso ausgiebiger in einem besonderen Leitartikel die Automobilsteuern.

Die agrarische Presse hat gegen die Vorlage nicht viel einzuwenden, nur die Reichs-Erb-schaftssteuer paßt ihr nicht. Die „Kreuz-Zeitung“ schreibt z. B.:

„Wir haben, wie sich unsere Leser erinnern werden, dem Gedanken der Reichs-Erb-schaftssteuer, als er zum erstenmal auftauchte, ablehnend gegenüber gestanden, weil wir alle direkten Steuern und diejenigen, die von den Mächtigen als direkte Steuern empfunden werden, den Einzelstaaten überlassen wissen wollten. Nachdem wir jedoch erkannt haben, daß bei der Stimmung der Reichstagsmehrheit ohne Reichs-Erb-schaftssteuer eine wirksame Finanzreform nicht durchführbar ist, werden wir uns mit dieser Steuer abzufinden haben. Jetzt liegt uns nur noch daran, sie so auszugestalten, daß die gegen sie zu erhebenden Bedenken nach Möglichkeit gemildert werden. In diesem Sinne ist, wie uns scheint, auch der Entwurf der verbündeten Regierungen gehalten.“

Noch schärfer äußert sich gegen die Reichs-Erb-schaftssteuer das Intelligenzblatt der Landbündler, die „Deutsche Tageszeitung“:

„Am allerunangenehmsten ist und bleibt uns die Reichs-Erb-schaftssteuer, sowohl aus konstitutionellen, wie aus sozialen Gründen. Unsere Bedenken werden zwar dadurch einigermaßen abgemildert, daß die Erbschaften, die auf Kinder und Gatten übergehen, steuerfrei bleiben sollen; andere Bedenken aber, die wir öfters an dieser Stelle angedeutet haben, bleiben bestehen. Ob man den Versuch gemacht hat, das vererbte mobile Kapital anders zu besteuern als das immobile, läßt sich aus den Andeutungen der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ nicht erkennen. Darüber, ob es zweckmäßig sei, die Verteilung des Ertrages der Erbschaftssteuer zwischen dem Reiche und den Einzelstaaten von Jahr zu Jahr durch das Statutgesetz bestimmen zu lassen, werden die Meinungen auseinandergehen; doch dürften diese Bedenken hinter den grundsätzlichen zurücktreten. Hätte man unsere Vorschläge, die wir nachher noch kurz wiederholen wollen, berücksichtigt, so würde man vermutlich überhaupt auf die Reichs-Erb-schaftssteuer verzichten können.“

Die Flotten-Demonstration der Demonstrations-Flotte.

Also, es wird Ernst! Der kranke Mann hat einen Anfall von Energie bekommen und läßt nicht so, wie es die Musikanten des berühmten europäischen Konzerts eigentlich erwartet hatten. Langsam und schwerfällig setzen sich die verammelten Schiffe in Bewegung, und die Komödie der bisherigen Vorbereitungen zur „Demonstration“ erhält einen etwas dramatisch-belegten Gang. Der gute Abdulkamid, der doch schon seine 63. Jahreshälfte auf dem Dufel hat, soll sich mit Gewalt eine „Finanzkontrolle“ gefallen lassen wie ein Schulbub, dem der besorgte Vater den Verbrauch des Taschengeldes kontrolliert. Die lieben Großmächte! Wenn's ihnen wirklich darum zu tun wäre, in die heillose türkische Wirtschaft ein wenig Ordnung zu bringen, könnte man sie zu ihrer bisher nicht allzu flotten Demonstration noch beglückwünschen. Aber — aber! Die ganze Geschichte läuft — wie gewöhnlich — in letzter Linie einfach darauf hinaus, den internationalen Kapitalismus vor allzu großen pekuniären Verlusten zu schützen. Und darum Räuber und Mörder! Darum Tausende von englischen, französischen, italienischen, österreichisch-ungarischen, vorwiegend auch noch russischen und anderen Seebären alarmiert, darum Panzerschiffe, Kreuzer, Zerstörer — und wie die Ungetümme sonst heißen mögen — unter Dampf gesetzt, darum ein Millionenreich aufgeregt und beunruhigt!

England hat zur Stunde 2 Fahrzeuge mit 53 Geschützen und 946 Mann, Frankreich ein Panzerschlachtschiff und einen Zerstörer mit 67 Geschützen und 64 Mann, Italien zwei Schiffe mit 43 Geschützen und 588 Mann, Oesterreich zwei Kreuzer mit 56 Geschützen und 839 Mann auf die Weine gebracht. Dabei sind Aviso, Depeschboote und ähnliches kleines „Krupp“-Zeug samt Besatzung nicht mitgerechnet. Was diese Demonstrations-Flotte alles leisten könnte und was nicht, darüber mögen sich andere Leute, die mehr Zeit haben als wir, die Köpfe zerbrechen. Wir werden ja hören, was für ein Mäuschen der gewaltig kreisende Berg schließlich geboren haben wird.

Eins ist ersichtlich: Deutschland, sonst Hans Dampf in allen Gassen und Gäßchen, sieht sich diese Geschichte ausnahmsweise einmal aus einiger Entfernung an! — Die anderen Staaten dagegen können sich ohne weiteres leisten; sie haben im eigenen Lande augenblicklich gerade gar nichts zu tun, weder England noch Frankreich, noch Italien, noch ganz besonders Oesterreich-Ungarn und Rußland!

Wer doch auch so wenig zu tun hätte wie die Kapellmeister, Musikanten, Komponisten und Notenschreiber unseres europäischen Orchesters. —

Deutsches Reich.

Aus dem bayerischen Landtage.

In der Fortsetzung der Beratung des liberalen Antrages betreffend die Gewährung von Däten an die Schöffen und Geschworenen erklärte der Justizminister, daß es sich hier um eine Frage handle, für die der Reichstag zuständig sei. Ohne eine entsprechende Aenderung des Gerichtsverfassungsgesetzes sei es den Einzelstaaten nicht möglich, Tagegelder zu gewähren, was an sich im Interesse der Justiz dringend zu wünschen sei. Der liberale Antrag wurde schließlich, soweit er die Gewährung von Däten von Landeswegen fordert, abgelehnt. Dagegen wurde beschlossen, die Regierung zu eruchen, unter Abänderung der betreffenden Verordnungen (jetzt erhalten die Geschworenen wöchentlich einmal freie Fahrt nach Hause vergütet) den Geschworenen für die Dauer der jeweiligen Schwurgerichtsperioden freie Fahrt auf den Eisenbahnen und Posten zwischen der Station ihres Wohnortes und dem Orte des Schwurgerichts in der Form der Anstellung von Freikarten zu gewähren. Ferner wurde der Antrag des Zentrumsgewählten Lerno angenommen, der die Regierung ersucht, sie möge im Bundesrat dahin wirken, daß dem Reichstage baldigst ein Gesetzentwurf vorgelegt werde, wodurch den Ge-

schworenen und Schöffen außer der Reisefostenentschädigung auch eine Vergütung für Zeiterfümmis aus den Landesmitteln der einschlägigen Bundesstaaten gewährt werde. —

Sozialistische Gemeindegewalt in Bayern. Bei den Gemeindegewahlen in Raitz i. B. hat unsere Partei außerordentlich gut abgeschnitten. In 6 von 14 Bezirken wurden ihre Kandidaten mit teilweise sehr großer Mehrheit gewählt. Es siegten die Genossen Berggruber, Horn, Reichler, Schönbach, Gabel, und Hofmann. Von den übrigen 8 Sigen fielen je 2 den Freisinnigen und Demokraten und 4 den Nationalliberalen zu, die sich zusammen gegen die Sozialdemokratie verbündet hatten, weshalb unter Erfolg um so höher anzuschlagen ist. Insgesamt wurden abgegeben für die sozialistischen Kandidaten 8041, für die Gegner 3041 Stimmen.

Vor drei Jahren ging unsere Partei mit den Demokraten zusammen und errang damals ebenfalls 6 Siege. Diesmal hatte sich die Volkspartei dem bürgerlichen Kartell gegen uns angeschlossen. Trotzdem siegten wir nicht nur in der gleichen Anzahl von Bezirken, sondern es fielen auf unsere Kandidaten noch 164 Stimmen mehr, als wir vor drei Jahren mit der Volkspartei zusammen hatten.

Eine neue Schluppe in Südwestafrika.

Amlich wird aus Windhuk gemeldet: Am 13. November d. J. beim Ueberfall eines Wagens bei Deutsch-Erde sind **Gefallen:** Gemeiner Bruno Stollenwerk, geboren am 12. 1. 82 zu Schleiden, Ropfschuh; Reiter Karl Krull, geboren am 18. 11. 82 zu Hasserode, Kopf- und Brustschuß; Reiter Max Lange, geboren am 18. 3. 82 zu Leipzig-Lindenau, Ropfschuh.

Verwundet und am 17. November d. J. tot aufgefunden: Unteroffizier Alfred Laudon, geboren am 3. 7. 81 zu Hameln, Wundschuß.

Verwundet: Reiter Oskar Wipper, geboren am 3. 8. 82 zu Langensalza, schwer; Reiter Hermann Herzog, geboren am 23. 12. 83 zu Mansfeld, schwer; Reiter Bruno Fichorn, geboren am 7. 12. 82 zu Gleiwitz, leicht; Reiter Paul Müllerschle, geboren am 21. 8. 82 zu Klein-Dels, leicht. —

Nachträglich gemeldet: Am 23. September d. J. beim Ueberfall der Station Das:

Gefallen: Reiter Willi Hornoff, geboren am 25. 9. 83 zu Dresden; Reiter Fritz Kothke, geboren am 3. 9. 83 zu Jittau.

Am 7. Oktober d. J. im Gefecht bei Jerusalem gefallen: Gefreiter Otto Gähre, geboren am 31. 10. 82 zu Grodzig; Reiter Friedrich Dähne, geboren am 7. 1. 81 zu Berlin; Reiter Friedrich Hessel, geboren am 9. 8. 79 zu Trier; Anführer Wilhelm Raber, geboren am 23. 4. 74 Vorl.

Seinen Wunden erlegen: Gefreiter Robert Lühr, geboren am 25. 5. 81 zu Wendessen, Reiter Richard Bennenwig, geboren am 6. 6. 88 zu Söben, am 18. November d. J. bei Heimschwer verwundet, Schuß Brust, linker Oberarm. **Lupere dem:** Reiter Michael Hofbauer, geboren am 25. 9. 79 zu Eberdrolsch, am 10. November d. J. beim Waden im Drangschuß ertrunken.

Eine böse Rute hat sich der Rürnberger Gemeindefreiwirtschaft gebunden. Um die Sozialdemokratie noch länger vom Rathaus fernhalten zu können, hat er sich bei den jüngst stattgefundenen Gemeindegewahlen mit der Mittelstandspartei verbündet, der er zwei Siege einräumen mußte. Aber schon in der ersten Sitzung stellte sich heraus, daß außer den offiziellen noch eine Anzahl verkappter Mittelständler im Gemeindefreiwirtschaftsrat sitzen, die als Freisinnige oder Nationalliberale gewählt worden sind. Sie wurden bald den Liberalen sehr unbequem. Das hat zu einer „reinslichen Scheidung“ geführt, indem die freisinnigen sowohl als die nationalliberalen Mitglieder des Gemeindefreiwirtschaftsrates dem Vorsitzenden desselben mitgeteilt haben, daß sie sich zu einer freisinnigen und einer nationalliberalen Fraktion zusammengeschlossen haben. So hat das Bündnis mit den Mittelständlern dazu beigetragen, daß die vor den Wahlen so vielgerühmte „Einigkeit des gesamten Bürgertums“ in die Brüche geht.

Zum Inkrafttreten des neuen Zolltarifs. In der Unternehmungs- und Verkehrs- und Handelspresse wurde während der letzten Monate mehrfach die Frage aufgeworfen, ob die Waren, die vor dem Inkrafttreten des neuen Zolltarifs und der neuen Handelsverträge, also vor dem 1. März 1906 über die Grenze in das deutsche Zollgebiet eingeführt werden, aber nicht mehr in den letzten Tagen des Februar zur Verzollung gelangen, noch nach dem alten, oder schon nach dem neuen Tarif zu verzollen sind. Jetzt erläßt der Finanzminister folgende Bekanntmachung:

„Die sich aus Eingaben an die Zollbehörden und Erörterungen in Zeitungen und Zeitschriften ergibt, ist mehrfach die Auffassung verbreitet, daß der geltende Zolltarif noch auf alle Waren Anwendung zu finden haben werde, die bis zum Ablauf des 28. Februar 1906 die Zollgrenze überschritten haben. Es wird hiermit ausdrücklich darauf hingewiesen, daß diese Auffassung nicht in vollem Umfang zutreffend ist. Nach § 9 des Vereinszollgesetzes vom 1. Juli 1869 (Bundesgesetzblatt S. 317) unterliegen den Sägen des geltenden Tarifs nur noch diejenigen Waren, die bis zum 28. Februar 1906 (einschließlich) bei der zuständigen Zollstelle zur Verzollung, zur Abfertigung auf Begleitschein II oder zur Anfertigung auf Privatfreitrag angemeldet und zur Abfertigung gestellt werden. Hieraus ergibt sich unter anderem, daß alle Waren, die bei Beginn des 1. März 1906 in öffentlichen Niederlagen, Privattransit- oder Privatteilungsanlagen mit oder ohne amtlichen Witterverschluß oder in den Beständen fortlaufender Konten vorhanden sind, den Sägen des neuen Tarifs unterliegen.“

Herr Matthias Erzberger.

Die bevorstehende Eröffnung des Reichstages gibt einem Teil der bürgerlichen Presse Anlaß, wieder über die parlamentarische „Viefrederei“ der sozialdemokratischen Abgeordneten, die angeblich in erster Reihe die „Verschleppung“ der Reichstagsarbeiten verschuldet, zu räsonnieren. Demgegenüber stellt die „Kreuz-Zeitung“ fest, daß der größte Vorkämpfer und Dauertredner des Reichstages nicht in der sozialdemokratischen Fraktion, sondern im Zentrum sitzt: es ist Herr Matthias Erzberger, der erst 1875 in Wittenhausen geborene Benjamin des Reichstages.

Die Reichstags-Stenogramme erzählen grauenhaftes über seine Geschwätzigkeit. Um nur einen Teil der „Materien“ zu nennen, die dieser Vielbegabte „anisiert“, sei angeführt: In der Session 1903 bis 1905 hat er gewissermaßen über Abzahlungsgefälle, unzulässigen Wettbewerb, koloniale und inländische Eisenbahnen, Besoldungsämter, Automobilverkehr, Baubehördenforderungen, Dienstfelder, Berufsvereine, Detailreisen, Arbeiterverhältnisse in den Militärverhältnissen, Hütten, Bergwerke, Seimverhältnisse, Textilindustrie, Beamtenverhältnisse, militärische Ausbildung und Rechtspflege, Post- und Telegraphen-Verwaltung, Reichsdruckerei, Submissionswesen, Fabrikspektorenberichte, Gewerbeordnung, Privatversicherung, Reichsarbeitsamt, Streifenposten, Unfallversicherung, Wasserindustrie, Wohnungsgesetzgebung, Post- und Steuerwesen, Strafvollzug, Statistisches Amt, Nebelau, Schlachtvieh- und Fleischbesam, Schutztruppe, Seemannsordnung, Servistarif, Glashütten, Gass- und Schanwirtschaftsbetrieb, Hausgewerbe, Lehrlingswesen, Ringwesen, Adressverzeichnisse usw. usw.

Unaufrichtig plätschert sein Redefuß, denn Herr Erzberger hält es mit der Ansicht, daß die Quantität die Qualität zu ersetzen vermag.

Und er sprach von vielen Dingen: Wie z. B. von dem Aufschwung der Marine, von der Presse, von der Kunstkrüdenfrage, von der Hader der Parteiführer.

Im Chemnitzer Reichstagswahlkreis, in dem bekanntlich infolge der Wahlenverteilung Schuppels eine Erlosgewahl stattfinden muß, wird nach der Meinung bürgerlicher Wähler für die Nationalliberalen der Landtagsabgeordnete Langhammer, für die konservativen Landtagsabgeordneter Vandenbrink und für die freisinnigen Vandenbrink Vahner-Chemnitz die Durchfallkandidatur übernehmen. —

Ein Schlachtschiff von 20 000 Tonnen soll in Portsmouth auf Stapel gelegt werden. Der Bau dieses Riesenschiffes soll als die Antwort Englands auf die deutsche Flottenvorlage angesehen sein. — Wenn die Werbung zutrifft, können wir uns demnach auf den Bau ebenso ungeheurer Panzerungstürme gefaßt machen. Ob freilich Deutschland nicht doch schließlich der Klein ausgeht? —

Flotten-Rinderstein. Eine „Flottenpende deutscher Gymnasialisten“ soll ins Leben gerufen werden. Die Prima des Kaiser-Wilhelm-Gymnasiums zu Hannover wendet sich an alle Gymnasialisten Deutschlands mit einem Aufruf, zu einer Flottenpende deutscher Gymnasialisten, die dem Kaiser am Tage seiner silbernen Hochzeit für die deutsche Flotte überreicht werden soll, je 50 Pf. beizutragen.

Man sieht die Bourgeoisjünglinge, die noch die Schulbank mit ihrem Stuhlpolster polieren, sind schon gerade so „opferwillig“, wie die Herren Eltern. Wenn die Herrchen wenigstens noch das Taschengeld eines Monats auf dem Alter des Vaterlandes opfern wollten!

Spann wird dem Parlament erhalten bleiben, da er noch der „Schlüssel“ ist, beabsichtigt, sich um die beiden Mandate für den Reichstag und das preussische Abgeordnetenhaus, die er wegen seiner Ernennung zum Oberlandesgerichtspräsidenten in Kiel verloren hat, wieder zu bewerben. —

Herr Giesberts in R. Gladbach wird nun doch nicht ins preussische Dreiklassenhaus einzichen. Er war von der Parteileitung des Zentrums ansehlich worden, bei der Erlosgewahl im Landtags-Wahlbezirk Siegen-Milheim-Wipperfurth in den Landtag gewählt zu werden. Der Kreis ist dem Zentrum todsicher. Die Vertrauensleute des Wahlkreises, unter denen das agrarische Element die Oberhand hat, stellten aber den Gutbesitzer Hubert Schild statt des Arbeitersekretärs auf, und dieser ist jetzt auch gewählt worden. Der Kreis, der stellenweise eine hochentwickelte Industrie hat, sendet nun drei Gutbesitzer in den Landtag, von denen zwei allerdings auch Juristen sind. Das Zentrum darf seine Arbeiterkraft nach wie vor als Stimmvieh behandeln. Bei der kürzlich erfolgten Erlosgewahl für den gestorbenen Stögel, der bekanntlich dem Arbeiterstande entsprossen ist, hat man ebenfalls, vermutlich infolge des Widerstandes der bürgerlichen Partei-Angehörigen, keinen Arbeiter aufgestellt. Jetzt hat das Zentrum, das sich arbeiterfreundlich und eine Volkspartei nennt, einen einzigen Arbeiter im preussischen Abgeordnetenhaus sitzen, und zwar den Bergarbeiter August Draht. Herrn Giesberts hat man übrigens den nächsten freiverwählenden Sitz im Landtag in Aussicht gestellt. —

Ausland.

Oesterreich-Ungarn.

Graz, 23. November. (Sig. Ver.) Für den 28. November, den Tag der Parlamentseröffnung, werden hier die umfassendsten Vorbereitungen getroffen. Alle Arbeiter, auch die christlichsozialen, haben gänzliche Arbeitseinstellung beschlossen, die sich auch auf den Wagenverkehr, mit Ausnahme der Postkutschen, teilweise auch auf die Zeitungsdruckereien erstrecken wird. Die Morgenblätter werden nicht erscheinen. Auch der Geschäftsverkehr dürfte größtenteils eingestellt werden, da die meisten Kaufleute teils aus Furcht vor etwaigen Demonstrationen, teils aus gütlicher Interdiction ihrer Angestellten Arbeitseinstellung gewähren. Gegen den Willen der Parteileitung haben arbeiterfeindliche Elemente unter der Landbevölkerung Furcht erregt, so daß die Landleute an dem kritischen Tage das Stadtgebiet verlassen werden, aus welchem Grunde man sich bereits vorher mit Milch und Marktwaren verproviantieren muß. Die städtischen Schulen werden geschlossen sein, bezüglich der anderen ist noch keine Verordnung erschienen. — In den Provinzorten finden täglich Kundgebungen zugunsten des allgemeinen Wahlrechts statt. —

Es marschiert.

Graz, 23. November. (S. I. B.) Der Landtag nahm heute nach längerer Debatte einen Ansuchen zugunsten der Einführung des allgemeinen, gleichen und geheimen Wahlrechts an.

Frankreich.

Die Opposition der Kämpfer.

Paris, 22. November. (Sig. Ver.) Herr Koubier operiert wirklich ausgeglichen. Um seine neue, aus den gemäßigten Parteien zusammengesetzte Majorität zu befestigen, mußte er die alte Bloc-Majorität desorganisieren, den bürgerlichen Radikalismus in die Zwangslage bringen, seine Unrechtmäßigkeit vor dem Lande aufzudecken. Er mußte die bourgeoise Demokratie „debauchieren“. Die Sozialisten waren entschlossen, den Kampf für die von der Regierung bedrohte Koalitionsfreiheit, der unmittelbar nach der Beendigung des Arsenalarbeitsstreiks nicht von augenblicklicher Notwendigkeit war, bis zur allgemeinen Beratung der Barthou'schen Novelle zum Gewerkschaftsgesetz zu vertagen. Aber die Herren Koubier und Thompson provozierten unsere Genossen in einer so heftigen Weise, daß diese es vorziehen mußten, sofort in die Debatte einzutreten. Herr Koubier wollte seinen „Sieg“ haben — die Vereinigung aller bürgerlichen Elemente der Kammer unter der Führung des Streikverbandes — und die Sozialisten hatten keinen Grund, ihm diesen Triumph zu gönnen, denn, wenn für Koubier diese Debatte ein Mittel war, die Verzerrung und Raubbildung in der radikalen Opposition zu steuern, so war sie für die Sozialisten das Mittel, volle Klarheit über den Massencharakter des Parlaments zu schaffen. Unseren Genossen Allard, Ferrero, Sembat und Jaurès war es beschieden, in vortrefflichen Reden das patriotische Argument der Gewerkschaftsfeinde in seiner inneren Natur bloßzulegen. In der Tat, wenn die Berufung auf die nationale Verteidigung das Streikrecht aufheben soll, warum sollte dann den Arbeitern der Privatindustrie, die für die Kriegsverwaltung liefern, den Arbeitern der Gefäßfabriken, der Sieheerzien, der Konservenfabriken usw., warum sollte dann den Eisenbahnern die Koalitionsfreiheit gewahrt bleiben? Der „Patriotismus“ wäre dann die Rechtfertigung der Verflachung des Proletariats. Auch die extremsten Radikalsozialisten ließen sich von diesem — aus den Wofebildern des großen Ausbeuteriums stammenden — patriotischen Wind ohne Widerstreben fortragen. Den traurigsten Eindruck machte Pelléan, der für die Verdienste, die er sich als Minister um die Marinearbeiter erworben hat, vor der kapitalistischen Mehrheit sammelnd Buße tat. Schließlich bekam die Regierung mit 445 gegen 86 Stimmen das Vertrauen votiert, und die Tagesordnung der Sozialisten vereinigte nur 50 Stimmen auf sich.

Koubier heimsucht die Gläubiger der ganzen reaktionären Presse ein. Diese kann in der Tat triumphieren; denn der Radikalismus hat, indem er den Hauptfach seines sozialen Reformprogramms preisgab, die Verlogenheit seiner Demagogie bloßgelegt. Geradezu grotesk aber ist das Geschrei, das die Bourgeoisie aller Richtungen darüber erhebt, daß die Sozialisten mit 50 Stimmen isoliert geblieben seien. Jaurès hat noch in der Kammer mit stolzen Worten diese Tatsache in ihrer wirklichen Bedeutung gewürdigt. Seit wann hat denn die sozialistische Partei, deren soziales und politisches Programm in dem Satz mündet: „Die Befreiung der Arbeiterklasse kann nur deren eigenes Werk sein“, das Bedürfnis nach dem Wohlwollen und nach der Hilfe der Bourgeoisie gefühlt, wann die Kraft der proletarischen Bewegung nach den Abstimmungsresultaten in den bürgerlichen Parlamenten bemessen? Nur das vollständige Unverständnis, das sich die liberale Presse in bezug auf alles, was mit dem Sozialismus zusammenhängt, bewahrt hat, erklärt die durch das gepöbelte Mittel nicht verdeckte Axt darüber, daß Jaurès nicht mehr bürgerliche Ministerien rettet, sondern als disziplinierter Soldat der geeinigten Partei gegen den Bloc der sozialen Reaktion zu Felde zieht. Jene Leute, deren politische Weisheit sich auf die parlamentarische Kombinationsrechnung beschränkt und sich an dem Glauben festhalten konnte, der Sozialismus werde sich damit bescheiden, beim Schmaus der bürgerlichen Beutepolitik einige Blöße zu belegen, sind freilich nicht inschande, zu begreifen, daß der Tag, an dem die sozialistische Partei den zusammenschließenden bürgerlichen Parteien im Lidie des unerbittlichen Massenkampfes allein gegenübersteht, hat, für den französischen Sozialismus geradezu ein Glücktag gewesen ist.

England.

Auch Rosebery.

London, 24. November. (S. I. B.) In einer gestern abend in Plymouth gehaltenen Rede bestritt Lord Rosebery, daß er seine Ansicht über das englisch-französische Marokko-Abkommen geändert habe. Man hat sich, führte der Redner weiter aus, deutsch-freundlich genannt. Ich bin ein Freund jedes zivilisierten Landes, und ich achte jede Nation. Wenn ich jedoch besondere Sympathie für irgend ein Volk hätte, so wäre es für Frankreich. Ich verheiß fast kein Wort Deutsch, und ich habe keine deutschen Freunde, während ich viele Franzosen liebe und lange Zeit in Frankreich zugebracht habe. Ich habe mich neulich über die Rede des Marquis of Lansdowne geäußert, in der er eine wohlwollende Haltung gegenüber allen europäischen Nationen einnahm. Der einzige Punkt der Rede, an dem man Ausstellungen machen kann, bezieht sich auf die angebliche Einwilligung Englands in die Teilnahme an einem kontinentalen Kriege in diesem Jahre. Ich müsse diesem Gerücht keinen Glauben bei, aber man kann sich nicht zu sehr beeilen, ihm zu widersprechen. —

Rosebery hat sich über Lansdownes Rede geäußert, also auch über die Stelle vom „stiften Potentaten“. Das ist bitter. —

Dänemark.

Reform der Militärrechtspflege.

Das Militärgericht in Kopenhagen hat dieser Tage drei Husaren, die zu einer 25-tägigen Uebung einberufen waren, zu Quästhausstrafen verurteilt: einen zu drei Jahren, die beiden anderen zu je zwei Jahren. Sie sollen einen Sergeanten, als er den Schlafraum betrat, überfallen und mißhandelt haben, erklären jedoch, daß sie unschuldig sind. Derjenige, der der eigentlich Schuldige sein soll, ist entflohen und nicht aufzufinden. Der Sergeant, der sich durch maßlose Schikanererei allgemein verhaßt gemacht hatte, ist ohne Schaden davongelommen.

Das barbarische Urteil, das in ganz Dänemark Entrüstung hervorrief, zumal es völlig unbescholtene Arbeiter trifft, hat unsere Parteigenossen im Kollektiv veranlaßt, eine Interpellation an den Landesverteidigungsminister über die Reform der militärischen Rechtspflege einzubringen. Bereits im Jahre 1903 interpellierte Genosse Vørgbjerg den damaligen Kriegsminister Rodden über dieselbe Angelegenheit, erhielt aber die Antwort, daß davon nicht die Rede sein könne, bevor nicht die Reform der Zivilrechtspflege vollendet sei. Diese Reform ist aber bisher an dem Widerstand des Landstings gescheitert und wird in den nächsten Tagen zum dritten Mal einem gemeinsamen Ausschuss beider Things überwiesen werden. Vielleicht gibt das furchtbare Urteil gegen die drei Soldaten den Anstoß dazu, daß die so dringend notwendige Reform der militärischen Rechtspflege etwas beschleunigt wird. —

Norwegen.

Das neue Königtum.

„Die ausländische sozialistische Presse folgt mit gespannter Aufmerksamkeit den Ereignissen in Norwegen“, schreibt „Social-Demokraten“ in seiner Mittwochnummer, „aber die Aufmerksamkeit ist leider nicht schmeichelhaft für uns. Wir müssen einräumen, daß unsere ausländischen Parteigenossen Grund haben, mit den Schultern zu zucken und uns zu ironisieren, wenn sie sehen, wie das stolze, selbstbewußte norwegische Volk seine untertänigen Gräße einem fremden Manne sendet, den es selbst aus der Unbemerklichkeit hervorgezogen hat, wenn sie sehen, wie dieses Volk in einer Veräugung von Königsberührung herumgeht und, gleichsam wie Geiden, um selbigen gemachte Höhenbilder tanzt. Der „Vorwärts“ schreibt, daß er an der Richtigkeit des Telegramms, das er über die einstimmige Königswahl des Storchings empfangen hatte, zweifeln müsse. Sonst hätten ja auch die Sozialdemokraten die Königswahl mitgemacht! — Es ist leider wahr, daß sie mitmachen mußten. Aber wir weisen unser werdes Brüberorgan auf Erfriß und auf unsere Begründung für das Verhalten der Sozialdemokraten zur Königswahl hin. Diese Begründung ist durchaus stichhaltig, auch für Sozialdemokraten.“ —

Die „Begründung“ lief bekanntlich darauf hinaus, daß die sozialdemokratischen Storchingsmänner infolge der vorhergegangenen Beschlüsse des Storchings und der Volksabstimmung gezwungen gewesen seien, für die Wahl des Königs zu stimmen, und daß es sogar verfassungswidrig gewesen wäre, mit „Nein“ zu stimmen oder sich der Stimme zu enthalten. Was wir von diesen „Gründen“ halten, haben wir bereits ausgeführt. Jedenfalls würde es einer ganz besondern Aufklärung bedürfen, wenn wir unsere Meinung über die sozialdemokratischen Königswähler ändern sollen. —

Niederlande.

Kein Schiedsgericht! Keine Gesetzesverletzung!

Haag, 24. November. (S. I. B.) Der Minister des Aeußern hat der Kammer eine Denkschrift zugehen lassen, in welcher er erklärt, er habe schon 1904 der englischen Regierung vorgeschlagen, die Frage der niederländisch-südafrikanischen Eisenbahn einem Schiedsgericht zu unterwerfen, eine Antwort Englands sei bisher nicht eingegangen. Weiter wird erklärt, die Regierung habe bei der Annahme des Kontrastes Hag und des Sozialisten Neuwenthuis aus Furcht nicht interveniert, weil keine Gesetzesverletzung stattgefunden habe. Endlich spricht der Minister die Hoffnung aus, daß die Grenze zur Ausfuhr von Vieh nach Deutschland geöffnet werden würde. —

Russen.

Japan arbeitet.

London, 23. November. (S. I. B.) „Morning Post“ meldet aus Schanghai: Chinesische und japanische Bevollmächtigte verhandeln in Peking über das Recht der Japaner, auf der Liautung-Halbinsel die ostchinesische Eisenbahn zu bauen und eine militärische Bedeckung für die Bahnstrecke zu unterhalten, sowie neue Eisenbahnlinien von Siamintun nach Mukden, von Mukden nach Widschu und von Tscharschun nach Kirin zu bauen. —

Soziales.

Terrorismus in der Orts-Krankenkasse der Schneider und Schneiderinnen in Berlin.

Der Reichsverband zur Bekämpfung der Sozialdemokratie hatte bekanntlich Ende Mai dieses Jahres die Delegiertenversammlung, an der leider nur sehr wenige Mitglieder teilnahmen, überumpelt und einen Herrn Broda an Stelle der Frau Reimann zum Vorsitzenden gewählt. Bald rückte sich der Reichsverband öffentlich, daß ihm der Sturz der sozialdemokratischen Vorstandsmittelglieder gelungen sei. Herr Broda waltete nun seines Amtes ganz im Sinne des Reichsverbandes. Ihm zur Seite stand insbesondere ein Kassenbeamter Pratorius. Pratorius war ein paar Jahre lang eingeschriebenes Mitglied des sozialdemokratischen Wahlvereins im vierten Kreise. Inbes war so manchem als verdächtig aufgefallen, daß er um allerlei Dinge sich kümmerte, die sonst Parteigenossen weniger interessierten. Es war bei nicht wenigen der Verdacht rege geworden, daß Pratorius nicht Sozialdemokrat sei. Und dieser Verdacht teilte nicht. Sobald der Reichsverband-Broda Vorsitzender geworden, war Pratorius mit diesem ein Herz und eine Seele. Nunmehr hielt er es auch für gemeßen, das sozialdemokratische Kleid abzulegen: Herr Pratorius meldete im Juli seinen Austritt aus dem sozialdemokratischen Verein an und wurde nun zu einem eifrigen Bekämpfer der Sozialdemokratie.

Wie unter der Herrschaft Broda-Pratorius nunmehr Gefinnungs-terrorismus getrieben wurde, mögen einige Proben veranschaulichen. Der Geschäftsführer Taterow, unter dessen Leitung, wie die Behörde ersicht konstatierte, endlich der früher recht im Regen liegende Geschäftszweig der Kasse ein geordnetes Gewand war, wurde zum 1. Januar 1906 gekündigt. Beamte, die zur vollen Zufriedenheit

gearbeitet hatten, wurden allein wegen ihrer sozialdemokratischen Gefinnung entlassen. So zum Beispiel Kiefl, Springer, Frau Bauschke, Schmidt. Die Dynastie Broda-Pratorius lehnte in der Generalversammlung vom 10. Juli es ab, eine befriedigende Auskunft über die Kündigungserlässe zu erteilen. Daraufhin verlangten 40 Delegierte die Einberufung einer Generalversammlung mit der Tagesordnung: Beschwerde gegen den ersten Vorsitzenden (Broda) und Aufhebung der Kündigung des Geschäftsführers. Herr Broda lehnte statuten- und gesetzwidrig die Einberufung der Versammlung ab. Später wurde er auf Veranlassung durch den Oberpräsidenten belehrt, daß er dem Verlangen nach Gesetz und Statut stattgeben müsse. Bevor Herr Broda diese Belehrung erhielt, berief er eine Generalversammlung mit anderer Tagesordnung zum 28. August ein. Zu dieser Versammlung hatte Herr Broda — Polizei requiriert. Zwei unformierte Polizeibeamte waren im Saal, etwa zehn vor dem Saal postiert. Gegen diese Überwachung wurde vergeblich aus der Mitte der Generalversammlung und vom zweiten Vorsitzenden protestiert. Da Herr Broda aber es ablehnte, die Hermandad wieder zu entfernen, so verließen fast sämtliche Arbeitgeber und ein Teil der Arbeitnehmer den Saal. Die Pumpsversammlung beschloß nun auf Vorschlag des Herrn Broda: den „Vorwärts“ und die „Berliner Volks-Zeitung“ nicht mehr als Publikationsorgan zu benutzen. Die von den Delegierten beauftragte Generalversammlung mußte endlich am 3. November auf Anordnung des Oberpräsidenten statifinden. Hier wurde zunächst nach angeblischen Verhören des Herrn Broda, sich zu rechtfertigen, beschloffen: dem Vorsitzenden Broda zu erklären, daß seine Amtsführung durchaus zu mißbilligen ist, und daß er ersucht wird, sein Amt niederzulegen. Ferner wurde einstimmig von der Generalversammlung beschloffen: dem Vorstand aufzugeben, zwecks Rücknahme der Kündigung Taterows mit diesem in Unterhandlung zu treten.

Zwischendurch hatte der reichstreue Vorstand die Aufsichtsbehörde gebeten, Taterow seines Amtes sofort zu entheben. Die Aufsichtsbehörde lehnte dies Ansuchen ab, da nicht das geringste gegen Taterow vorliege. Gegen Frau Reimann und andere frühere Vorstandsmitglieder stellten die Herren Broda-Pratorius außerdem einen Hausen Strafanträge bei der Staatsanwaltschaft — bislang trotz reichsverbändlicher Untriebe ohne Erfolg. Am 20. November fand eine öffentliche Mitgliederversammlung statt, um zu den bevorstehenden Neuwahlen Stellung zu nehmen. Einstimmig wurde das Vorgehen des reichstreuen Vorstandes als Terrorismus ungeheuerlicher Art verurteilt und beschloffen, nur für die Liste des Verbandes der Schneider und Schneiderinnen zu stimmen. Nunmehr hat Herr Ernst Pratorius, vordem scheinbarer Sozialdemokrat, jetzt Sozialdemokrat a. D. und lechziger Reichstreuer i. D. eine Proklamation erscheinen lassen, die unter dem schönen Titel: „Soll Parteiananismus und Selbstsucht oder Gelegentlichkeit in der Verwaltung der hiesigen Ortskrankenkasse der Schneider triumphieren?“ vertrieben wird. Dieses Werkchen wimmelt von Unwahrheiten und Entstellungen: es ist in derselben Art gefährlicher wie die berühmten Pamphlete des „Korbmacher Fischer“. Natürlich dient dieses Werk der „Post“, dem „Reich“ und dergleichen Blättern zu müßigen Ausfällen für die Schutzbesohlenen des Reichsverbandes. Die Neuwahl der Vertreter findet am 27. November statt. Die „Reichstreuen“ wählen außerordentlich für die Dynastie Broda-Pratorius von Reichsverbandes Gnaden. Ueber den Ausfall der Wählerarbeit dieser Terroristen werden wir berichten.

Giftige Farben bei Herstellung von Abziehbildern. Kürzlich, in Nr. 278 hatten wir darauf hingewiesen, daß die gefehwirdige Verwendung giftiger Farben bei Herstellung von Tapeten und dergl. eine so große Ausdehnung gewonnen hat, daß die Preussische Pflanzliche des Verbandes deutscher Tapezierer (Albert Voche, Weeslau, Färberstraße 21) dringend um Uebermittlung verbotswidrig hergestellter Tapetenproben ersucht hat. Heute können wir auf einem anderen Gebiete über massenhafte Verwendung von Giftfarben bei Herstellung von Spielwaren berichten. Es wird nämlich jetzt gegen Unternehmer der Abziehbilderfabrikation, die ihren Hauptstich in Nürnberg hat, von zahlreichen Staatsanwälten wegen Verwendung bleiweißhaltiger Farben vorgegangen. Den Anstoß hierzu gab die Enttarnung eines Töchterchens des preussischen Arztes Dr. Fode in Düsseldorf an einem Nierenleiden. Nach Ansicht des Dr. Fode lag eine Vergiftung vor, hervorgerufen durch das Hantieren mit Abziehbildern. Er schlug Vorn, sodas sich das Reichsgesundheitsamt mit der Sache beschäftigte. Gegen eine Anzahl Nürnberger Kunstankalen, die sich mit der Herstellung von Abziehbildern befassen, wurde darauf das Verfahren wegen Verwendung giftiger Farben eingeleitet. Jetzt sind mehr als 50 Fälle bei Gericht anhängig; die meisten Anzeigen sind aus Sachfen eingelaufen. Vom Ministerium erging an die Polizeibehörden der Aultrog, dem Verkehr mit Abziehbildern ein besonderes Augenmerk zuzuwenden. Das hat die Unternehmer in große Aufregung versetzt. Sie befürchten wieder einmal ihren völligen „Ruin“. Der Stadtmagistrat Nürnberg wurde mobil gemacht, es wurde ein Gutachten der städtischen Unteruchungsanstalt eingeholt, in dem die Bleifarben in den Abziehbildern für — unschädlich erklärt werden. Der Magistrat beschloß, an das bayerische Ministerium die Bitte zu richten, es möge bei den anderen Bundesregierungen darum nachsuchen, daß diese Veranlassungen eingestellt werden. Diese Fürsorge für Fabrikation und Verwendung gesundheitschädlicher Stoffe seitens des freistimmigen Stadtmagistrats ist überraschend. Das Gesetz vom 25. Juni 1887 zählt unter den gesundheitschädlichen Farbstoffen, die unter keinen Umständen zur Herstellung von zum Verkauf bestimmten Spielwaren Verwendung finden dürfen, solche auf, die Blei enthalten. § 12 des Gesetzes vom 14. Mai 1870 stellt allgemein die Herstellung, den Verkauf und die Feilhaltung solcher Spielwaren unter Strafe, deren bestimmungsmäßiger oder voranschbarer Gebrauch die menschliche Gesundheit zu bedingigen geeignet ist. Die Herstellung von Abziehbildern unter Verwendung von Bleiweißfarben dürfte unter diese Strafbestimmung fallen.

Verlängerung der Zwischenreise. Zwischenreisende werden bei ihrer Ankunft in Amerika einer gesundheitlichen Untersuchung unterworfen, nicht aber Kajütenpassagiere. Da in letzter Zeit auch Kajütenpassagiere bei ihrer Ankunft in Ellis Island einer ärztlichen Kontrolle unterstellt wurden, sieht sich die „New Yorker Handelszeitung“ veranlaßt, die Kajütenpassagiere darüber zu beruhigen, daß sie bei der Landung in Zukunft nicht befristet werden würden. Die „New Yorker Staatszeitung“ schreibt: „Einwanderungs-Kommissar Watson erklärte nachdrücklich, daß die Meldungen, welche in letzter Zeit über Verhaftung der auf Ozeandampfern eintreffenden Kajütenpassagiere verbreitet wurden, jeder Begründung entbehren. Er habe Superintendent Dohler beauftragt, darauf zu achten, daß die in den Kajüten eintreffenden Passagiere sorgfältig beobachtet werden, damit sich keine Einwanderer, die bei ihrer Landung auf Ellis Island zurückgewiesen wurden, als Kajütenpassagiere einschmuggeln können, doch sollte vermieden werden, „bona fide“ Kajütenpassagiere zu befristigen. Die Instruktion zur Ueberwachung der Kajütenpassagiere sei stets in Kraft gewesen; denn von Zeit zu Zeit seien Kajütenpassagiere auf ärztliche Gutachten hin nach Ellis Island gebracht worden, um dort ein Spezialgericht zu bestehen, ob sie zur Landung berechtigt wären, und dies würde in vereinigten Fällen auch ferner geschehen. Die kirchliche Entscheidung, daß es einem mit Trachoma behafteten Einwanderer gelungen ist, sich in der ersten Kajüte durchzuschmuggeln, habe die Einwanderungsbehörde veranlaßt nachzuforschen, ob dieser Veruch eine Wiederholung erfahren werde; doch sei damit durchaus nicht die Absicht verknüpft, die Kajütenpassagiere anders zu behandeln, als es bisher der Fall gewesen. Alle gegenständlichen Meldungen wären unbegründet.“ — Wird eine ärztliche Kontrolle von Reisenden aus hygienischen Gründen für nötig erachtet, so ist schlechterdings nicht einzusehen, weshalb die Zwischenreisenden „befristet“ werden dürfen, die Kajütenpassagiere aber nicht. Der Besig eines igurten Visitts kann schwerlich Krankheiten befürchten ist mit der Notwendigkeit der Freiheit des internationalen Verkehrs nicht vereinbar.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Die organisierten Arbeiter Berlins und der Vororte!

Wir ersuchen die Genossen, das Inserat in der heutigen Nummer des „Vorwärts“ zu beachten und eventuell aufzubewahren. Es ist für die Folge notwendig, darauf zu achten, daß die weißgrüne Kontrollkarte in den Barbiergeschäften im Spiegel sichtbar angebracht ist als Ausweis dafür, daß die Forderungen der Gehälften bewilligt sind. — Es ist um so notwendiger, daß die Arbeiterschaft darauf achte, ob nicht nur die Arbeitgeber bemüht sind, ihre Zusagen zurückzuziehen, sondern sie auch von einem kleinen Verein der Preisurgeschälften in ihrem Bestreben unterstützt werden, insbesondere dadurch, daß man die Kontrollkarte nachgeahmt hat. Diefelbe unterscheidet sich nur durch die dunkelgrüne Farbe. Die nachgeahmte Karte faunt als Ausweis dafür, daß der Inhaber zu den neuen Bedingungen bereitwillig ist, nicht gelten, da wir bereits das Gegenteil feststellen mußten. Auch andere Ausweise sind ungültig und werden nur hergestellt, um zu duplizieren.

Die von uns herausgegebenen Karten werden nach sorgfältiger Prüfung der Arbeitsverhältnisse nur demjenigen Gehälften ausshändig, der zu gleicher Zeit gewerkschaftlich organisiert ist und durch unseren Arbeitsnachweis vermittelt wurde.

Darum achtet auf die weißgrüne Kontrollkarte! Hoch die Solidarität!

Verband der Preisurgeschälften Deutschlands, Zweigverein Berlin und Vororte.

Betriebsstreik der Werkzeugmacher. Bei der Firma Tsch. u. Co., Oranienstraße 10a, haben sämtliche Schmitt- und Stanzmaschinen die Arbeit niedergelegt. Den Anlaß zu dem Ausstände gaben Maßregelungen und Lohnminderungen. Der Betrieb ist von allen Werkzeugmachern zu meiden.

Achtung, Zifseure!

Die Differenzen bei der Firma Gladenbecks Bronze-Gießerei G. m. b. H., Friedrichshagen, Seestraße, sind, nachdem die Firmeneinhaber mit der Organisationsleitung in Unterhandlung getreten, beseitigt.

Die im Ausstand gewesenen Kollegen nehmen am Sonnabend, den 25. d. Mts., die Arbeit unter den geregeltsten Bedingungen wieder auf.

Der Vorstand des Verbandes der Graveure, Zifseure etc.

Die Steinarbeiter beschäftigten sich in ihrer Versammlung am Donnerstag mit dem Streit bei der Firma Holzmann in der Dorfstraße. Die Forderung der Streitenden war: Anerkennung des für Berlin geltenden Tarifs, den die genannte Firma bisher noch nicht anerkannt hatte. Nachdem der Streit einen Tag gedauert hatte, trat die Firma Holzmann dem Tarif bei. Nach diesem Erfolge wurde der Streit als beendet erklärt.

Deutsches Reich.

Die Tarifbewegung der Buchdrucker in Bonn ist beendet. Zum Ausstände ist es nicht gekommen. Die Gehälften haben die Kündigung zurückgezogen, nachdem in allen zwölf in Betracht kommenden Betrieben der Tarif schriftlich anerkannt wurde. Nur zwei Buchdruckereien sind nun in Bonn noch nicht tariffrei; diese konnten aber in die jetzige Tarifbewegung nicht eingezogen werden, weil dort keine Verbandsmitglieder beschäftigt sind. Der eine der tariffeindlichen Betriebe ist die Druckerei der „Deutschen Reichszeitung“, des bekannten Zentrumsblattes. Es nennt den Buchdrucker-Tarif eine „sozialdemokratische Einrichtung“ und beruft sich gegen den § 94 des Tarifs auf — den jetzigen Popsst Pius X., gemäß dessen Motuproprio der Besitzer einer Schmalzfabrik als „unantastbares Recht der Natur und vernünftigerweise“ über diese verfügen kann nach seinem Belieben. — Pius X. geht es bereits wie der Bibel; sowohl die Befürworter als die Gegner einer Anschauung berufen sich auf ihn: Scharfmacher wie Sozialpolitiker, Freunde wie Gegner der christlichen Gewerkschaften, Tarifseinde und Tarifschwärmer. (Wiederholt, weil nur in einem Teil der Auflage.)

Die Barbiergehälften in Jena haben ohne Kampf einen schönen Erfolg erzielt. Nachdem der größte Teil der Arbeitgeber dem Verlangen der Gehälften auf vollständige Schließung der Geschäfte an den zweiten Feiertagen der drei hohen Feste schon vor einigen Tagen stattgegeben hatten, ist nun noch fast der gesamte übrige Teil der Prinzipale dem Beispiele ihrer Kollegen gefolgt. Nur ein paar „besser situierte“ Meister stehen noch schmolldend fern, doch auch sie müssen nun mitmachen, mögen sie wollen oder nicht.

Dem beendeten Streit der Leipziger Gummidrecker her sind noch 20 verheiratete Drecker ausständig, weil die Arbeitgeber ihr Versprechen, das ausdrückliche Bedingung der Streibeendigung war, bei Einstellungen die Streitenden zuerst zu berücksichtigen, nicht innehalten. Arbeitsannahme in Leipziger Gummiwarenfabriken ohne eingeholtes Einverständnis der Streikleitung ist daher Streikbruch. Auch vor den Gerichten zettelt der Streit immer noch seine Nachwirkungen, Beurteilungen aus § 152 bezw. § 153 der Gewerbeordnung sind an der Tagesordnung. So war ein Streikender, der Meister Paul Knof vom Amtsgericht durch Strafbefehl mit acht Tagen Gefängnis bestraft worden, weil er einem Arbeitswilligen zur Teilnahme am Streit durch die Drohung habe zwingen wollen, er werde ihn aus seiner Nebenverdienststellung als Portier im Saaleabstimmment „Schloß Lindenfeld“ bringen. Tatsächlich ist der Arbeitswillige aus dieser Stellung entlassen worden, der Wirt soll ihm gesagt haben, er könne sich wegen des Portiers nicht mit der Arbeiterschaft überwerfen. Knof, dem es gar nicht eingefallen war, den Arbeitswilligen irgendwie zu bedrohen, da er nur gutwillig diesen vor den Folgen seiner Handlungsweise habe warnen wollen, erhob Einspruch gegen den Strafbefehl, das Gericht aber erklärte in jener Neuerung, wie das selbstverständlich bei unseren Gerichten ist, eine Bedrohung, und ermäßigte nur die Strafe um zwei Tage, weil es annahm, daß an der tatsächlich erfolgten Kündigung der Angeklagte keine Schuld getragen habe.

Von der Tarifbewegung der Leipziger Buchhandlungs-Markthelfer. Ihren Kollegen in den Verlags- und Kommissionsgeschäften folgend, haben auch die Markthelfer in den Leipziger Sortimentbuchhandlungen mit ihren Arbeitgebern einen Lohn- und Arbeitsvertrag abgeschlossen. Danach sind die Löhne für Kaufleute je nach dem Alter auf 12 bis 18 M. wöchentlich, für Markthelfer auf 18 bis 25 M., eventuell aber nach Leistung mehr, festgesetzt. Die Arbeitszeit beträgt 10 Stunden, vom 15. September bis Sonntag Rogate 11 Stunden, Nachtarbeit wird mit 40 bis 75 Pf. pro Stunde entschädigt. Nach einjähriger Tätigkeit wird ein Urlaub von 3 bis 6 Tagen gewährt; die Kündigungsfrist ist vierzehntägig. Bei Tarifstreitigkeiten bildet ein Tarifauswah die erste, das Gewerbegericht die zweite Instanz.

Die zahmen Christlichen. In Nürnberg hielt der Christliche Bayerische Eisenbahnerverband eine Versammlung ab, in der ein Münchener Verbandsvorstand über die „Wünsche und Witten“ des niederen Eisenbahnerpersonals sprach, wobei er auch die Frage des aktiven oder passiven Streiks streifte. Er meinte, die Eisenbahner hätten sich nicht allein als Glieder der bestehenden Staatsordnung, sondern vornehmlich auch mit als deren Träger und Stützen zu betrachten. Mit Rücksicht hierauf und wegen der tiefgehenden wirtschaftlichen Folgen eines Eisenbahnstreiks und seiner Gefahr für die nationale Sicherheit lehne der Bayer. Eisenbahnerverband grundsätzlich Streik und Obstruktion als Mittel zum Durchbringen von Wünschen und Erledigen von Beschwerden ab. — Die braven Christlichen beschränken sich also aufs „Wünschen und Witten“, und wenn auch der Staat sich demgegenüber taub zeigt, so bleiben sie dennoch seine getreuen „Stützen und Träger“.

Russland.

Im Streit stehen 250 Metallarbeiter in Thun (Schweiz), da ihre Forderungen nach Erhöhung der ihnen gezahlten miserablen Löhne verweigert wurden. Die betreffende Metallwarenfabrik gehört dem deutschen Kommerzienrat Selbe, der hier mit Direktoren und Meistern preussische Ausbeutungspraktiken abt. Dabei arbeitet die Fabrik für die schweizerische Militärverwaltung. Selbe möchte bei der Gelegenheit auch die ihm verhasste gewerkschaftliche Organisation der Arbeiter vernichten, was ihm jedoch nicht gelingen wird.

Die Erdarbeiter von Paris sind in einer Zahl von 10 000 in den Ausstand getreten. Man befürchtet, daß sämtliche 80 000 der Hauptstadt der Bewegung folgen werden. Die Arbeiter verlangen einen Stundenlohn von 60 Centimes, statt der bis jetzt gezahlten 45 bis 50 Centimes.

Verfammlungen.

Weihnachtsheilighabend und Silvester der Barbiergehälften.

Es ist bis jetzt noch eine offene Frage, ob den Preisur- und Barbiergehälften am Weihnachtsheilighabend und Silvester, die beide in diesem Jahre auf einen Sonntag fallen, die Sonntagstrube beschränkt werden darf oder nicht. Bekanntlich haben die in Frage kommenden Innungen sich an die Behörden gewandt mit dem Ersuchen, daß ihnen gestattet werde, ihre Geschäfte am 24. und 31. Dezember d. J. bis 6 Uhr offen zu halten. Dadurch würde also die Sonntagstrube, welche den Gehälften sonst zusteht, um vier Stunden vergrößert werden. Die Behörden sind zwar bereit, dem Verlangen der Arbeitgeber nachzukommen, jedoch wollen sie die Arbeitszeit an den beiden Sonntagen nur unter der Bedingung verlängern, daß den Gehälften als Ersatz für die verlorene Sonntagstrube einer der Feiertage ganz freigegeben wird. Unter diesen Umständen sollen die Arbeitgeber, wie es in den Zeitungen steht, auf die Ausdehnung der Geschäftszeit an den beiden Sonntagen verzichtet haben.

Am Donnerstag beschäftigte sich eine gut besuchte Versammlung der Gehälften mit dieser Angelegenheit. Die Versammlung war einberufen von Verband der Preisurgeschälften Deutschlands, dem Verband deutscher Damenfrisier- und Perückenmachergehälften und dem Gehälftenausschuß der Perückenmacher- und Preisur-Innung. Der Mittheilung Robbe von der letztgenannten Innung referierte. Er betonte, daß man bis jetzt nicht mit Sicherheit wisse, ob die Arbeitgeber wirklich auf ihr Verlangen, die Geschäftszeit an den beiden Sonntagen zu verlängern, verzichten werden. Umso nachdrücklicher müßten deshalb die Gehälften ausdrücken, daß sie auf keinen Fall an den genannten Sonntagen länger als bis 2 Uhr arbeiten würden. Sie könnten ja dazu nicht gezwungen werden, auch wenn den Arbeitgebern das längere Offenhalten der Geschäfte gestattet würde. — Dieser Ansicht gaben auch die Diskussionsredner Ausdruck. — Zu der Versammlung waren auch die Korporationen der Arbeitgeber eingeladen. Vertreten war aber nur die Freie Vereinigung selbständiger Barbier. Der Redner derselben sagte, die Freie Vereinigung sei beim Polizeipräsidenten dahin vorstellig geworden, daß dem Ersuchen der Innungen nicht stattgegeben werde, da ein Bedürfnis, die Geschäftszeit an den beiden Sonntagen zu verlängern, nicht bestehe. Die Mitglieder der Freien Vereinigung würden wie immer um 2 Uhr schließen, ihren Gehälften aber dessenungeachtet den zweiten Weihnachtstag freigegeben, wie es im Tarifvertrage festgesetzt ist.

Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen:

Die öffentliche Versammlung der Preisurgeschälften Berlins und Umgegend protestiert auf das energischste gegen die Bestimmung der Innung, die Sonntagstrubebestimmung für den 24. und 31. Dezember d. J. zu durchbrechen, da hierfür gar kein Bedürfnis vorhanden ist, denn: an den Sonnabenden, den 23. und 30. Dezember, an welchen Tagen die öffentlichen Arbeiten, sowie die Arbeiten in den industriellen Etablissements usw. bereits am frühen Nachmittag oder doch etwas früher wie gewöhnlich beendet werden, bleiben die Preisurgeschäfte bis 10 Uhr abends offen. An den betreffenden beiden Sonntagen selbst sind die Preisurgeschäfte von 7 1/2 Uhr morgens bis 2 Uhr nachmittags ununterbrochen geöffnet, und am ersten Weihnachts- sowie dem Neujahrstage findet ebenfalls bis 2 Uhr nachmittags ein ununterbrochener Betrieb statt. — Die Versammlung beauftragt das Bureau, diese Resolution den Behörden zuzustellen und erklären, an den genannten Tagen nicht länger als bis 2 Uhr nachmittags arbeiten zu wollen.

Zur Abwehr der Beschlüsse des Militärmusikinteressenten-Kongresses, der am 25. Oktober stattfand, hatte der Verein Berliner Musiker zum 23. November nach seinem Vereinshaus, Kaiser Wilhelmstraße 18 m, eine allgemeine öffentliche Protestversammlung einberufen.

Aus verschiedenen Städten Deutschlands waren Delegierte von Musikvereinigungen erschienen. Auch der Zentralverband war vertreten. Der Präsident des Allgemeinen deutschen Musikerverbandes, Herr C. Vogel, hielt das erste Referat. Er wandte sich gegen die Angriffe, die auf jenem von Musikern veranstalteten und hauptsächlich von solchen besuchten Kongresse gegen die Zivilmusiker gerichtet worden sind. Er hatte den Einbruch, daß der Kongress dazu dienen sollte, die Zivilmusiker einzuschüchtern, damit die Lokalinhaber billigere Militärmusiker als jetzt bekämen. Man habe auf dem Kongress die Zivilmusiker beleidigend so hingestellt, als wären sie eine disziplinlose verlotterte Gesellschaft. Die Klagen, daß sie nicht besseren Ansprüchen genügen, kämen meist von den Seiten aus den Reihen der Lokalinhaber, wo man um der Melodie willen uniformierte Kollegen wüßte. Die Preise sollen durch die Zivilmusiker zu hoch geschraubt werden. Nun, vielfach würden Arbeiter besser bezahlt als Musiker. Sogar in Theatern gäbe es noch Monatsgehälter von 80 R. Bei Zivilmusikern gäbe es wahre Kunstleistungen, und wo das nicht der Fall wäre, da hätten die Militärmusiker durch ihre Konkurrenz die Zivilkapellen vernichtet. Redner führte an, wie durchaus anerkannte Leistungen von Orchestern im Theater des Westens, der Sommeroper im Neuen königlichen Opernhaus und der Oper am Weinbergsweg, die von Zivilmusikern zusammengestellt waren, geboten wurden. Auch noch andere Beispiele für die Leistungsfähigkeit von Zivilkapellen gab er zum besten. Redner schloß unter lebhaftem Beifall mit dem Wunsche, daß das objektive urteilende und wohlgesinnte Publikum sowie die Presse die Zivilmusiker in ihrem berechtigten Kampfe um die Existenz unterstützen möchten. In der Diskussion sprach unter anderem Leutnant a. D. Wasser Vogel, der Hauptreferent vom Militärmusikinteressenten-Kongress. Auf berufliche Einzelheiten in der Frage Militärmusiker—Zivilmusiker eingehend, suchte er seine Stellungnahme auf jenem Kongress zu rechtfertigen. Im übrigen bestritt er, daß er und seine Meinungsfreunde den Zivilmusikern feindlich gesinnt seien. Man hätte vielmehr den Wunsch gehabt, auf irgend einer Basis eine reelle Einigung zu erzielen. Die Valailonmusikern, wenigstens die in Berlin, wo sie sich erübrigten, gab er preis, weil sie eine minderwertige Musik machten. Die Ausführungen auf dem Kongress, die zur strittigen Frage gemacht seien, hätten sich mehr auf auswärtige Verhältnisse bezogen. Die Berliner Verhältnisse könnten nicht als Maßstab dienen. Mehr als 16 Militärmusiker. Dort müßten sich die Militärmusiker durchhängern. (Zwischenrufe: Obal Heiterkeit.) Die Abschaffung der gewerkschaftlichen Militärmusik, die an sich die Militärmusiker freuen könnte, würde aber bei minimaler staatlicher Befolgung dem Staat sehr viel Geld kosten, mindestens 1 1/2 Millionen. Die gegenseitige Erbitterung zwischen Zivil- und Militärmusikern führe zu nichts.

W. A. S. Berlin, vom Zentralverband, verwies darauf, daß auf dem Kongress der Musiker, weil sie nicht mehr bitten, sondern fordern, als sozialdemokratisch verfaßt hingestellt

worden seien. Nein, dazu seien sie leider noch zu dumm, um im ihrer großen Masse dieser Kulturbewegung nachzuleben. Eine Schande sei es nicht, der Sozialdemokratie anzugehören. (Sehr richtig!) Lebzigens nähmen gerade die Gastwirte das Geld der Sozialdemokraten sehr gern. (Heiterkeit.) Nachdem Redner die Interessen der Zivilmusiker gegen die Konkurrenz der Militärmusiker vertreten hatte, meinte er unter Bezugnahme auf den Kongress der Militärmusikinteressenten, daß die Zivilmusiker jetzt in den dort versammelten Gastwirten ein ganzes Unternehmertum gegen sich hätten, das geschlossen billige Musik erbräbe. Da gelte es, den Kampf geschlossen und energisch anzunehmen. Der Stärkere siege.

Nachdem noch verschiedene Redner, auch solche aus Hamburg und München, gesprochen hatten, wurde gegen 1/2 Uhr nachts einstimmig folgende Resolution angenommen:

Die Versammlung protestiert gegen die Beschlüsse des Militärmusikinteressenten-Kongresses, die darauf hingingen, die berechtigten Forderungen der feuerzählenden Zivilmusiker entgegen zu arbeiten. Die Versammlung drückt dem schwer um seine Existenz ringenden Zivilmusikerstande ihre volle Zustimmung zu seinem berechtigten Vorgehen aus.

Eine Massenversammlung der Berliner Gastwirtsgehälften, die am Dienstagabend in den Industriefesthallen, Deutschstraße, tagte, beschäftigte sich mit der Frage einer Erwekung des Arbeiterchutzes in den Gastwirtschaften. Der Referent, Reichstags-Abgeordneter Pöhlmann, betonte vor allem die Notwendigkeit der Gewährung einer Mittagspause für die Gastwirtsgehälften und der Verfürzung der Arbeitszeit. 60 freie Tage im Jahre müßte der Gastwirtsgehälften ebenso beanspruchen, wie alle anderen Arbeiter. Die Notwendigkeit des beehrten Arbeiterchutzes ergebe sich aus dem erheblichen Anwachsen der Arbeiterkrankheiten: Tuberkulose, Maffische und Verdamungskrankheiten. Solange noch die Zahl der arbeitslosen Gastwirtsgehälften so gewaltig groß ist wie jetzt, sei eine Verfürzung der Arbeitszeit sehr wohl möglich. Durch Stärkung der Organisation und Druck auf die Gesetzgebung müsse man die Forderungen durchsetzen. Nach eingehender Begründung durch den Verbandsvorsitzenden Pöhlmann vom Verband der Gastwirtsgehälften wurde folgende Erklärung einstimmig beschlossen:

Die von etwa 1000 Personen besuchte Versammlung der gastwirtschaftlichen Angestellten Berlins erklärte: „Der Arbeiterchut in den Gastwirtschaften (Wunderratsverordnung vom 23. Januar 1902) ist ein durchaus mangelhafter; er genügt kaum, die Arbeitskraft vor der allerschlimmsten Ausbeutung zu schützen. Im Interesse der Gesundheit sowie eines geordneten Familienlebens und der materiellen und sittlichen Hebung des Gastwirtsgehälftenstandes ist ein vermehrter Arbeiterchut unerlässlich. Als wichtiges Ziel ist anzustreben: 1. ein wöchentlich wiederkehrender Ruhetag von 36 Stunden; 2. die Verfürzung der effektiven Arbeitszeit auf zwölf Stunden pro Tag; 3. Festsetzung einer Mittagspause von mindestens einer Stunde; 4. Ausdehnung der gesetzlichen Arbeiterchutbestimmungen auf das gesamte im Gastwirtsberufe beschäftigte Personal.“

Erklärung.

Auf die in Nr. 268 des „Vorwärts“ gegebene Erklärung des Ausschusses der Berliner Gewerkschaftsorganisation in Sachen der Beschwerde der Steinarbeiter an die Ausschüsse über die geschäftsordnungswidrige Handlungsweise des Vorsitzenden der Allgemeinen Christenkrankenkasse Berlin erwidern wir, daß der Rangel an besserer Einsicht wohl auf Seiten des Ausschusses zu finden sein dürfte. Der Ausschuss scheint immer noch nicht einsehen zu wollen, daß, wer urteilen will, nicht nur die eine Seite, den Kläger, sondern auch die Beklagten zu hören und nicht nur die formelle, sondern auch die materielle Seite zu berücksichtigen hat — um den zu treffen, der durch seine Handlungsweise die Beschwerde herausbeizubringen und Material gegen die Selbstverwaltung geliefert hat. Wenn weiter der Ausschuss eine Beschwerde, welche im Interesse der Mitglieder geführt wird, Denunziation nennt, so können wir diese Ansicht nicht teilen. Wir bedauern dies lebhaft und weisen die Protokollation auf das entscheidende zurück. Wir haben den gesetzlichen und statutarischen Bestimmungen Rechnung getragen und können dies nicht als Denunziation ansehen.

Die Delegierten der Steinarbeiter der Allgemeinen Christenkrankenkasse Berlin.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Die Abgeordnetenwahlen in Hessen.

Großgeran, 24. November. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Bei der heutigen Abgeordnetenwahl wurde Genosse Verthold Darmstadt mit allen gegen zwei Stimmen gewählt.

Das „Bureau Herold“ meldet über den bisherigen Ausfall der Wahlen:

Darmstadt, 24. November. Von den heute neu zu wählenden Abgeordneten zur zweiten hessischen Kammer sind bis jetzt bekannt: Drei Nationalliberale, vier Zentrumsmänner, ein Bauernblinder, zwei Sozialdemokraten und zwei Freisinnige.

Neuer Ausstand der Hafenarbeiter.

Paris, 24. November. (B. G.) Der Ausstand der Hafenarbeiter ist für kommenden Sonntag aufs neue beschlossen worden.

Ueberflchwemmung.

Rom, 24. November. (B. G.) Sämtliche Flüsse Italiens sind über die Ufer getreten und haben großen Schaden angerichtet. Rom ist von einem großen See umgeben.

Britische Kabinettstreife.

London, 24. November. (B. T. B.) Dem Reuterschen Bureau wird als Ergebnis der heutigen Beratung des Kabinetts mitgeteilt, das Kabinett werde nicht wieder vor das Parlament treten und es schiebe die Lösung der Frage, ob Demission des Kabinetts oder Auflösung des Parlaments, um einige Wochen hinaus.

Der Semstwo-Kongress.

Moskau, 24. November. (B. T. B.) Der Kongress der Semstvos und Städte nahm nachfolgende Abänderungsanträge an: Abschaffung der Ausnahmegefesze, Ernennung neuer Polizei- und Verwaltungsbeamten, Unterordnung aller Minister mit Ausnahme des Hofministers unter den Ministerrat, Unteruchung sämtlicher unter Teilnahme des Publikums begangenen Ausschreitungen, Unterordnung der Polizei unter die Semstvos und Städte, Schaffung von öffentlichen Sicherheitskomitees und vollständige Amnestie für alle politischen und religiösen Verbrechen, welche vor und nach dem Manifest begangen worden sind. — Die Abwider in Moskau sind in den Ausstand getreten.

Die Autonomie Polens.

Moskau, 24. November. (Mitteilung der Petersburger Telegraphenagentur.) Das Bureau des Semstvoskongresses schlug vor, über den Entwurf der Resolution betreffend die politische Frage zu beraten und stimmte der früheren Entscheidung des Kongresses über die Autonomie Polens rückhaltlos zu. Die in dem Communiqué dargelegten Beweggründe für die Einführung des Delogationsaufstandes in Polen entsprächen nicht den wahren Tatsachen. Der Kongress erachtet als dringende Maßnahmen folgende: 1. Aufhebung des Belagerungszustandes in Polen; 2. Unterbrechung der Frage der Autonomie Polens der ersten russischen Nationalversammlung unter der Bedingung der Einheit des Reiches; 3. unverzügliche Einführung der polnischen Sprache in den Elementarschulen, in den Vereinen der Gemeinden und bei Verhandlungen vor den Friedensrichtern in Polen.

Die Revolution in Rußland.

Die augenblickliche Situation ist die einer Vorbereitung und Rüstung auf allen Seiten zum neuen scharfen Kampfe. Der soeben abgeschlossene Semstwo-Kongress hat die Stellung der Liberalen klar und deutlich bestimmt: Die formelle Ablehnung der Enderklärung einer konstituierenden Versammlung, womit die verfassunggebende Kompetenz auf die ordentliche „Duma“ übertragen wurde und der Beschluß, die Regierung bei der Durchführung dieser „Verfassung“ zu unterstützen ist ein der Arbeiterklasse, der Sozialdemokratie gemordeter Fehdehandschuh. Zwischen dieser Partei der konstitutionellen Konradisten, die von der Regierung der „schwarzen Hunderte“ eine Verfassung erwarten und mit ihr, nicht aber zusammen mit „der Straße“ die Freiheit durchsetzen wollen, und der Sozialdemokratie wird es über kurz oder lang zu scharfen Kämpfen kommen, die umso schroffer werden, je mehr die Bauernunruhen zunehmen. Schon der erste Feuerschein des Bauernaufstandes hat genügt, um den agrarischen Liberalismus in die Flucht zu jagen: die Angst vor der Revolution war die Grundnote aller Reden auf dem Kongress. Jetzt drängen die Herren auf die schleunigste Durchführung der Duma-Wahlen zur Wiederherstellung der „Ordnung“. Und man kann sicher erwarten: wenn diese liberalen Männer erst ihre Portefeuilles haben und an der Macht sind, sie werden im rücksichtslosen Gebrauch der Gewalt gegen die revolutionäre Arbeiterklasse und das Bauerntum den Absolutismus noch in den Schatten stellen! ... Mittlerweile rüstet die städtische Arbeiterschaft fieberhaft zu weiteren Kämpfen. Die ganze Energie der Sozialdemokratie in Rußland wie in Polen ist jetzt auf die Organisation der Klasse gerichtet. In erster Linie steht hier neben der Gründung einer legalen Parteipresse die Schaffung legaler oder halblegalen Gewerkschaften, sodann auch die Legalisierung der politischen Organisation der Sozialdemokratie. Neue Probleme der Taktik und der Organisation tauchen dabei auf Schritt und Tritt auf, und so geht, äußerlich unbemerkt, besonders für das Ausland unsichtbar, das Werk der inneren Stärkung und Festigung des Klassenkampfes unermüdet fort. Die Revolution ruht nicht eine Sekunde auf den Lorbeeren. In den Momenten, wo sie keine lauten Schlägen schlägt und die Welt nicht mit Waffengeklirr füllt, verrichtet sie den wichtigeren Teil ihrer historischen Arbeit: sie formt Klassen und Parteien, vertieft das politische Bewußtsein, organisiert; sie trennt das sozial Verschiedenartige und vereint, was zu einander gehört. Und als bewusster Träger dieses Revolutionswertes funktioniert eben zum ersten Male die Sozialdemokratie.

Der Semstwo-Kongress.

Moskau, 24. November. (Meldung der „Petersburger Telegraphen-Agentur“.) Der Kongress der Semstvos und Städte hat die Enderklärung einer konstituierenden Versammlung abgelehnt und sich für konstituierende Funktionen der ersten Versammlung der Duma erklärt.

Moskau, 24. November. Der Kongress der Semstvos und Städte fordert die Unterordnung sämtlicher Minister unter den Ministerrat mit Ausnahme des Ministers des kaiserlichen Hofes. Der Kongress hat sich mit 2/3 Mehrheit für das allgemeine direkte Wahlrecht erklärt.

Die Bourgeoisie organisiert sich.

In Moskau wird demnächst, wie der „Russische Kurier“ meldet, ein altrussischer Kongress der Kaufleute und Industrieller stattfinden, der das Programm für die handelsindustrielle Partei in der Reichsduma feststellen soll.

Extremes Schynsoll, schwächlicher Konstitutionalismus, Scharfmachertum gegen die Arbeiter, das ist die politische Fahne der künftigen „Nationalliberalen“ Rußlands, wie man schon voraussehen kann.

Der Kampf geht weiter.

Petersburg, 24. November. Mehrere Fabrikbesitzer haben beschlossen, morgen die Arbeit wieder einstellen zu lassen, da die Arbeiter noch immer nicht ihre Forderung hinsichtlich Einführung des Achtstundentages ausgegeben haben.

Petersburg, 23. November. Der Marineminister Witkow läßt die Rewa-Werke, die geschlossen worden waren, am morgigen Freitag wieder öffnen. Er erklärt, den Arbeitern solle dadurch eine letzte Gelegenheit geboten werden, zur Arbeit zurückzukehren. Die meisten anderen Werke in Petersburg haben bis Anfang nächster Woche geschlossen. Sie wollen abwarten, wie sich die Arbeiter zu den Maßnahmen der Regierung stellen werden. Die Zahl der gegenwärtig in Petersburg unbefähigten Arbeiter wird auf 80 000 angegeben.

Petersburg, 24. November. Die oberste Klasse der Ingenieurschule ist wegen der Entlassung des liberalen Kompaniechefs in den Streit getreten. — Die Arbeiter der neuen Admiralitätswerft boykottieren ihren Chef, den Admiral Kusmitsch.

Verband der Scharfmacher.

Dem „Russischen Kurier“ wird geschrieben: In Moskau hat sich ein neuer Verband der Fabrikbesitzer gebildet. Der Verband will ein Kapital von etwa 10 Millionen Mark aufbringen, wozu jeder Fabrikant seinem Umsatz entsprechend beizutragen hat. Der Zweck dieses Verbandes ist, Kampf gegen die Streiks durch gegenseitige Unterstützung und gegenseitige Versicherung.

Petersburg, 24. November. Der Verband der Druckereibesitzer beschloß, den in den politischen Kundstreichenden Angestellten während dessen Dauer kein Gehalt zu zahlen. Dasselbe beschloßen die Moskauer Straßenbahngesellschaften. Wie aus Moskau gemeldet wird, haben die Zeitungshändler die Zeitung „Wschernaja Wolga“ boykottiert und gestern die Druckereien derselben gänzlich zerstört.

Moskau, 23. November. Ausländische Arbeiter zerstörten heute die Tabakfabrik von Wollanskoglo sowie mehrere andere Gebäude und warfen einen Straßenbahnwagen um. In Wusulul (Gouvernement Samara) entstanden Unruhen durch einen Konflikt zwischen Polizei und Rekruten. Unter Führung von Handwehrem verübte der Pöbel (d. h. das Volksgewühl) Ausschreitungen und besetzte 21 Kriminalverbrecher. Mit großer Mühe wurde die Plünderung der Löden verhindert.

Moskau, 24. November. Die Telephonarbeiter sind wegen der Arbeitsdauer in den Kundstreich getreten. Auf der Nikolajew-Eisenbahn wird gleichfalls der Ausbruch eines neuen Streiks befürchtet.

Immer noch Eisenbahnerstreik.

Breslau, 23. November. Wie die Eisenbahndirektion Breslau mitteilt, ist der Güterverkehr nach Rußland über Brajzew

zurzeit gesperrt, ebenso auf der Straße Walschand-Walschaharow der transkaukasische Eisenbahn. Auf der Strecke nach Rischni-Kotgorod und den dahinter gelegenen Strecken der Moskauer-Kaschah-Bahn sind die Güter nach den sibirischen Stationen vorläufig eingelagert worden, bis die Weiterbeförderung möglich ist.

Hülfe notwendig!

Aus Moskau wird geschrieben: Die Kasse der Streikkommission scheint erschöpft zu sein, denn in den letzten Tagen haben die Streikenden trotz aller Bemühungen keinen Kopfen aus dem Streikkapital erhalten können.

Warschau, 24. November. Der Gouverneur von Kurland hat an alle Militärgouverneure einen Befehl erlassen, daß alle Personen, welche Versammlungen abhalten, als Aufwärtler zu betrachten seien und daß die Versammlungen gänzlich untersagt werden. Sollten jedoch Versammlungen abgehalten werden, so seien dieselben mit Gewalt aufzulösen. Die Telegraphenbeamten in Petrikau wurden angewiesen, Telegramme an Witte und den Zaren nicht zu übermitteln, wenn sie persönlichen Inhalts seien. In Lodz streiken in 37 Fabriken etwa 7—8000 Arbeiter. In Dombrowsa wurden 12 Studenten verhaftet.

Die Rebellion in der Marine.

Braila, 24. November. Trotz Intervention des russischen Konsuls können die hier vor Anker liegenden russischen Schiffe nicht nach Vessarabien und Ailla abdampfen, da die meuternden Matrosen erklären, nicht mehr nach Rußland zurückkehren zu wollen. Ein anderer russischer Dampfer, der zahlreiche russische Revolutionäre an Bord hat, und der erklärt, die Matrosen des „Potemkin“ abholen zu wollen, damit sie sich an der Revolution in Rußland beteiligen können, darf auf Befehl der Regierung nicht landen.

Rosafen gegen Rosafen.

Einer hiesigen Korrespondenz wird mitgeteilt: In Moskau wurde in diesen Tagen eine große Versammlung von Don-Rosafen abgehalten. Auf dieser Versammlung wurde ein Beschluß gefaßt, der die Regierung auffordert: 1. alle Rosafen, die auf wehrlose Bürger geschossen haben, zu bestrafen. 2. Die Rosafen für alle Zeiten vom Volkdienst zu entheben. 3. Alle 13 Rosafen-Regimenter, die sich im Zentrum Rußlands befinden, in ihre Heimat am Don zurückzuführen.

Ein Erfolg der Kronstädter.

Die Kronstädter Matrosenunruhen haben zur Folge gehabt, daß das Marineministerium beschlossen hat, den Dienst in der Marine, der bisher sieben Jahre dauerte, um zwei Jahre zu verringern. Außerdem soll die Marine vollständig reorganisiert werden.

Aus der Partei.

Die Organisationen und der „Vorwärts“-Konflikt.

Eine gutbesuchte Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Vereins zu Frankfurt a. M. beschäftigte sich am Dienstag mit der Sache. Im Auftrage des Vereinsvorstandes begründete Genosse Hüttmann folgende Resolution:

„Die am 21. November 1905 im Gewerkschaftshause in Frankfurt a. M. tagende Parteiversammlung präzisiert ihre Stellungnahme zum „Vorwärts“-Konflikt und seinen Begleiterscheinungen folgendermaßen:

Die Parteiversammlung steht auf dem Standpunkt, daß Parteivorstand und Preßkommission in Ausübung eines ihnen zugehörigen Rechtes handelten, als sie eine Umgestaltung der „Vorwärts“-Redaktion vornahmen, um die notwendige Uebereinstimmung in der prinzipiellen und taktischen Haltung des Zentralorgans der Partei mit den in Parteitagbeschlüssen ausgesprochenen Anschauungen der Gesamtpartei herbeizuführen.

Ein Protest gegen diese Umgestaltung und die einzelnen dabei ergriffenen Maßnahmen durfte lediglich im Rahmen der Parteiorganisation erhoben werden und war an die Beschwerdebefugnisse der Partei, zunächst an die Kontrollkommission und dann eventuell an den nächsten Parteitag zu richten. Die Entscheidungen dieser Partei-Institutionen konnten für die Partei wie für jeden Parteigenossen allein als maßgebend in Betracht kommen.

Daher verdient die sensationelle, auch durch keinerlei vermeintlich erlittenes Unrecht zu entschuldigende, aller Disziplin und allen Organisationsgrundsätzen Hohn sprechende Art, wie die ausgeschiedenen „Vorwärts“-Redakteure unter mißbräuchlicher Ausnutzung ihrer Vertrauensstellung und völliger Nichtbeachtung des organisationsmäßigen Beschwerdeweges den Konflikt in die Öffentlichkeit getragen und in parteischädigender Weise zu einem unerhörten Skandal breitgetreten haben, die allerentschiedenste Mißbilligung der Gesamtpartei.

Die Versammlung spricht die Ueberzeugung aus, daß dieser Standpunkt, der sich aus dem demokratischen Charakter und der Kampfstellung der Partei innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft von selbst ergibt, von vornherein ohne weiteres von allen Parteigenossen und besonders den Preßorganen der Partei mit allem Nachdruck zu vertreten war, unbeschadet ihrer Ansicht über die instanzmäßig zu entscheidende Frage, ob den Redakteuren Unrecht geschehen ist oder nicht.

Das vollständige Ignorieren dieses vom Partei-Interesse klar vorgeschriebenen Standpunktes und die jägellose Unentschiedenheit des gegenseitigen organisatorischen Vorgehens der Redakteure durch einzelne Parteiblätter, unter denen sich leider auch die Frankfurter „Volkstimme“ befunden hat, qualifiziert sich daher als eine unverantwortliche Pflichtvergessenheit gegenüber der Partei und ihren Organisationsgrundsätzen. Ebenso ist die in der gleichen Richtung entfaltete publizistische Tätigkeit einzelner Parteigenossen, besonders auch die der Genossen Südekum und Stampfer, zu beurteilen.

An der Stellungnahme der Frankfurter „Volkstimme“ zu der Angelegenheit mißbilligt die Versammlung in Uebereinstimmung mit einem am 10. November gefaßten Beschlusse der Preßkommission und des Parteivorstandes in Frankfurt im besonderen die Voreiligkeit und Einseitigkeit des Urteils, im weiteren den Mangel an Takt und Zurückhaltung, die tendenziöse und irreführende Art der Berichterstattung, sowie die Ausbeutung der Affäre zu einer Parteikrise.

Die Versammlung spricht die bestimmte Erwartung aus, daß die Redaktion der „Volkstimme“ in der Zukunft sich ihrer Verantwortung gegenüber der Partei besser bewußt zeigen wird. Sie legt ferner bei diesem Anlaß der Redaktion die Pflicht auf, die fortgesetzte Untergrabung des Vertrauens in der Partei durch ihre immer wiederkehrenden unmotivierten Angriffe auf den Parteivorstand, dem die Versammlung ihr unerschütterliches Vertrauen ausdrückt, zu unterlassen.

An die Parteigenossen richtet die Versammlung die dringende Mahnung, aus dem ganzen Vorgänge die Lehre zu ziehen, daß allen solchen Ver suchen, die individualistische Ueberhebung, Annäherung und Willkür zum leitenden Prinzip für das praktische Handeln in der Partei zu machen, auf das allerentschiedenste entgegen zu treten ist durch energische Geltendmachung des demokratischen Organisationsprinzips der Partei.

Den Standpunkt der Redaktion der „Volkstimme“ vertritt demgegenüber Genosse Quara, der seine Ausführungen mit den Worten schloß: „Die Redaktion sei froh und stolz, zu den „Vorwärts“-Redakteuren als Kollegen und Genossen gestanden zu haben und bitte um Ablehnung der Vorstandesresolution.“

Nach einer lebhaften Diskussion wurde der Schluß der Diskussion angenommen, nachdem der Vorsitzende darauf hingewiesen hatte, daß nach 17 Redner eingezwungen seien. Der Vorsitzende teilte ferner mit, daß der Vorstand aus seiner Resolution zwei Absätze zurückziehe, die sich vornehmlich gegen die „Volkstimme“ wendeten. Weiter gab er davon Kenntnis, daß von Genossen Stolt die Vorstandesresolution unter Fortlassung eines weiteren Absatzes eingebracht worden und daß schließlich von Genossen Peter eine Resolution gestellt sei, die sich gegen die Haltung der „Volkstimme“ zum „Vorwärts“-Konflikt ausspreche und dem Parteivorstande Vertrauen befinde. Ein von Genossen Scheuing gestellter Antrag, überhaupt keine Resolution anzunehmen, wurde mit beträchtlicher Mehrheit abgelehnt. Bei den darauf vorgenommenen Abstimmungen wurden jedoch sämtliche Resolutionen gegen mehr oder minder starke Minoritäten, wie es in dem Bericht der „Volkstimme“ heißt, per Affirmation abgelehnt. Damit wurde die Versammlung kurz nach 2 Uhr geschlossen.

Der Sozialdemokratische Verein in Bockenheim bei Frankfurt am Main beschäftigte sich am Sonnabend in einer Mitgliederversammlung mit der „Vorwärts“-Affäre. Das Resultat der zweistündigen Diskussion war, wie die Frankfurter „Volkstimme“ ganz kurz meldet, die Annahme folgender Resolution: „Die Versammlung billigt rückhaltlos das Vorgehen der Preßkommission und des Parteivorstandes in der „Vorwärts“-Affäre und spricht dem Parteivorstand ihr Vertrauen aus.“

Die Kreisversammlung des Wahlkreises M.-Gladbach, welche am 22. November in Bieren tagte, befaßte sich auch mit der „Vorwärts“-Angelegenheit. Von sämtlichen Rednern wurde das Verhalten der sechs Redakteure gemißbilligt. Mehrere Genossen, die zugleich Vorstandsmänner in den Gewerkschaften bekleiden, verurteilten scharf das Verhalten der Generalkommission. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen: „Die Kreisversammlung des Wahlkreises M.-Gladbach nimmt Kenntnis von den Vorgängen in der „Vorwärts“-Redaktion. Sie erklart in der Handlungsweise des Parteivorstandes und der Berliner Preßkommission keinen Verstoß gegen die Taktik unserer Partei. Die Kreisversammlung sieht auf dem Boden des marxistischen Sozialismus und vertritt, die bewährten Prinzipien der Partei auch fernerhin hochzuhalten.“

Der Vorstand des Volksvereins für Wilhelm-Bipperfähr-Gummersbach beschloß unter Hinzuziehung sämtlicher Bezirksvertrauensleute einstimmig eine Resolution, die sich völlig auf die Seite des Parteivorstandes stellt. Die Resolution soll in allen Bezirken des Wahlkreises den Mitgliedern zur Beschlußfassung unterbreitet werden.

Der Sozialdemokratische Verein in Kassen nahm in einer schwachbesuchten Versammlung in Sachen des „Vorwärts“-Konflikts eine Resolution an, die dem Parteivorstande volles Vertrauen ausdrückt und diejenigen Parteiblätter tadelt, die in der Sache ein Urteil fällten, ehe die Differenzen von beiden Seiten klargestellt waren.

Eine Wahlvereinsversammlung in Denabrad beschloß mit allen gegen 2 Stimmen folgende Resolution: „Die Versammlung, die von dem Entstehen und dem Verlauf des „Vorwärts“-Konflikts Kenntnis genommen und billigt die Haltung des Parteivorstandes in dieser Frage. Sie bedauert lebhaft, daß die ausgeschiedenen Redakteure in so sensationeller Weise an die Öffentlichkeit getreten sind, ohne die im Organisationsstatut vorgeschriebenen Instanzen zur Entscheidung der Streitfrage anzurufen. Vor allem kann sich die Versammlung mit der Stellungnahme der Redaktion des „Volkswille“ (Hannover) in der Nummer vom 3. November nicht einverstanden erklären.“

Der Vorstand des Sozialdemokratischen Vereins für den 7. sächsischen Reichstags-Wahlkreis (Weißer-Großhain) nahm in seiner letzten Sitzung zur „Vorwärts“-Affäre Stellung und erklärte dazu in folgender einstimmig angenommener Resolution: „Die heutige Sitzung, in der sämtliche Ortsgruppen des Kreises vertreten sind, verurteilt die anlässlich der „Vorwärts“-Affäre in den Parteizeitungen aufgetretenen, die Partei so schwer schädigenden Polemiken auf das entschiedenste und erwartet, daß die betreffenden Aufsichtsinstanzen alles daransetzen werden, um zu verhindern, daß unsere Zeitungen in Zukunft für solche, die persönlichen Angelegenheiten einzelner Parteigenossen betreffenden Dinge mißbraucht werden. In wiederkehrenden Fällen sind die Betroffenen auf den legalen, den Instanzenweg zu verweisen. Die Parteizeitungen sind geistiges Gemeineigentum der gesamten Partei und haben deshalb nur den Interessen der Gesamtheit zu dienen. Das können sie aber nur, wenn der verfügbare Raum vornehmlich zur Aufklärung, Belehrung und Propagierung unserer Ideen benutzt wird.“

Die Genossen Hue und Leimpeters sollten nach der Meldung eines bürgerlichen Blattes infolge ihrer von dem Vorstand des Bergarbeiter-Verbandes nicht gebilligten Haltung der „Bergarbeiter-Zeitung“ im „Vorwärts“-Konflikt ihre Stellungen gekündigt haben. Wie hatten diese Nachricht feinerzogen in unserem gewerkschaftlichen Teil mit Vorbehalt wiedergegeben; die neueste Nummer der „Bergarbeiter-Zeitung“, in der man ein Demütlich dieser Nachricht erwartete, bringt nichts in der Angelegenheit.

Zur Mandatniederlegung Schippels bemerkt die Wiener „Arbeiter-Zeitung“ folgendes: Der Abgeordnete für Uebenau, Genosse Max Schippel, hat sein Mandat für den Reichstag niedergelegt. Die Mandatniederlegung dürfte wohl mit den Angriffen in Zusammenhang stehen, die Schippels letztes Buch — wie schon mancher seiner früheren — in Parteikreisen erfahren hat. Es behandelt die Handelspolitik der Vereinigten Staaten und läßt den Schluß zu, daß Schippel zu einem Bollwerk mit Amerika rate. Mit der Partei ist Schippel innerlich schon seit Jahren zerfallen; insbesondere hat seine, wenn auch verschleierte, Verteilung der Agrarfrage lebhaftest Ansehen erfahren und seine sich daran anschließende Kritik in dem Chemnitzer Parteiblatt auf dem Bremer Parteitag zu einem Tadelvotum gegen Schippel geführt. Ursprünglich einer der Radikalführer, Anhänger der sogenannten „Jungen“ und Redakteur des „Sozialdemokrat“, ist Schippel, bald aus einsamer Verbitterung, bald aus Ueberzeugung, unausgesetzt nach rechts geschritten. Bis er den Zusammenhang mit der Gesamtpartei immer mehr und mehr verlor. An Kenntnissen reich und von einem unermüdeten Fortschereist erfüllt, hat er in den letzten Jahren doch allzu sehr Mangel an sozialdemokratischer Ueberzeugung geoffenbart. Seine Mandatniederlegung kommt also fast einer Trennung von der Partei gleich, mit der er ohnedies nur durch das Mandat verknüpft war. Den Wahlkreis Chemnitz, einer der allerersten der Partei, hat er 1890 erobert und ohne Unterbrechung vertreten.“

Von der Schweizerischen Partei- und Klassenjustiz. In Solothurn war unmittelbar vor der Nationalratswahl vom 20. Oktober der sozialdemokratische Kandidat Rüdiger wegen angeblicher „unzüchtiger Handlungen“ an einem 20-jährigen Mädchen zu sechs Tagen Gefängnis, Geldbuße, Entschädigung u. verurteilt worden. Unser Genosse rekurrierte sofort an das Solothurnische Obergericht und trat von seiner Kandidatur zurück. Die bürgerliche Presse frustrierte den Fall sofort in der bekannten schamlosen Weise und die Folge war, daß die sozialdemokratische Stimmenzahl stark zurückging und unsere Partei keinen Vertreter erhielt. Nun hat das Obergericht unseren Genossen von der „unzüchtigen Handlung“ freigesprochen und ihn nur wegen Befehdung zu einer Geldbuße verurteilt. Ein Rechtsgelehrter des Zürcher Universitätsprofessors Dr. Zürcher kommt zum Schluß:

daß weder objektiv noch subjektiv von einer „unzüchtigen Handlung“ die Rede sein könne und daß das erstinstanzliche Amtsgericht dem Sinne wie dem Buchstaben des Gesetzes Gewalt angetan habe. So treiben es in der Schweiz die bürgerlichen Parteipolitiker als Richter gegenüber ihren sozialdemokratischen Gegnern. Ein schändliches Massenregiment, eine korrupte Klassenjustiz. Wir freuen uns über die Rehabilitierung des Genossen Fühler.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.
Sonnabend, 26. November.
Anfang 7 1/2 Uhr:

Cyrenhaus, Garmen.
Schauspielhaus. Der Hochkönig. Neues. Ein Sommernachtsstraum. Weisen. Der Barbier von Seville. Nachmittags 2 1/2 Uhr: Kleines Bild.

Deutsches. Der Kaufmann von Venedig.
Berliner. Anne-Marie. Vorher: Der Geigenmacher von Cremona. Nachmittags 3 Uhr: Kabale und Liebe.

Zeffing. Zwischenspiel.
Anfang 8 Uhr:

Schiller O. (Wallner-Theater.) Hofganz.
Schiller N. (Friedrich Wilhelm-Bühne.) Hofganz.

Romische Oper. Der Gaukler unserer lieben Frau.
General. Misset.

Nachmittags 3 1/2 Uhr: Minna von Barnhelm.
Reichens. Der Pringemahl.
Kleines. Ghetto.

Trianon. Der letzte Troubadour.
Zirkus. Die heilige Sache.
Volks. Das fröhliche Häufchen.
Nachmittags 4 Uhr: Hünkel und Gretel.

Carl Weiß. Maria Magdalena.
Nachmittags 4 Uhr: Schneewittchen und die sieben Zwerge.
Julien. Der Reichenfresser.

Deutsch-Amerikanisches. Über, Herr Herzog!
Nachmittags 4 Uhr: Hünkel und Gretel in Amerika.

Metropol. Auf - in's Metropol!
Rasmo. Das Esperlamm.
Stoll. Pringel Hofme.
Volks. In Lebensgefahr.
Derufelb. Familienfest im Hause Prekheim.

Wintergarten. Dero. - Spezialitäten.
Folies Caprices. Nach dem Zapfenstreich. Vorher: Familie Knopfloch. Spezialitäten.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Passage. Spezialitäten.
Urania. Taubenstr. 48/49.
Nachmittags 4 Uhr: Tierleben in der Wildnis.
Abends 8 Uhr: Im Lande der Mitternachtssonne.

Wendts. 8 Uhr: Im Lande der Mitternachtssonne.
Sternwarte. Invalidenstr. 157/62.
Täglich abends von 7 bis 1 Uhr.

Berliner Theater.
Nachm. 3 Uhr: Schülervorstellung: Kabale und Liebe.
Abends 7 1/2 Uhr zum erstenmal: Annemarie.

Neues Theater.
Zum 200. Male:
Ein Sommernachtsstraum.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Morgen und folgende Tage:
Ein Sommernachtsstraum.

Kleines Theater.
Anfang 8 Uhr:
Ghetto.
Sonntag 7 1/2 Uhr: Ghetto.

Zentral-Theater.
3 1/2 Uhr: Minna v. Barnhelm.
Abends 8 Uhr:
Musette.

Luisen-Theater.
Abends 8 Uhr:
Der Heidenfresser.
Sonntag: Hamlet.
Montag: Hamlet.

Kasino-Theater.
Lohringerstr. 37. Täglich 8 Uhr.
Abendlich andauernd.
Glänzender Erfolg!
Das Opferlamm.
Vorher: Kapitän Martens etc.
Sonntag, abends 8 Uhr: Lolos Vater von L'Arrouge.

Apollo-Theater.
Abends 8 Uhr:
Die November-Spezialitäten.
9 1/2 Uhr:
Prinzess Rosine
von Paul Lincke.
Sonntag, den 26. November (Totensonntag): Einmaliges Gastspiel der Pariser Straßensängerin Mad. Eugénie Buffet.

Urania Taubenstr. 48/49.
4 Uhr:
Tierleben in der Wildnis.
8 Uhr:
Im Lande der Mitternachtssonne.
Hörsaal 8 Uhr:
Elektromotoren u. Dynamomaschinen.

Sternwarte Invalidenstr. 57/62.
P. CASTAN'S PANOPTICUM.
Friedrichstr. 165.
„Ernte“.
Schattenspiel in 9 Bildern.
Wanderung durch das Nilthal.
Restaurant:
Original Nürnberger Säger.

Trianon-Theater.
Heute und folgende Tage:
Der letzte Troubadour.
Anfang 8 Uhr.
Sonntag abend:
Das Ende der Liebe.

Metropol-Theater
Anfang 8 Uhr.
!Auf - in's Metropol!
Große Jahresrevue mit Gesang u. Tanz in 9 Bildern v. Jul. Freund. Musik von Viktor Hollaender. Rauchen in all. Räumen gestattet.
Totensonntag, den 26. November:
Einmalige Aufführung:
Der Totschläger.
Pariser Volksstück in 5 Akten von Emil Zola.
Gervaise: Elsa Schiff v. Lessing-Theater.
Coupeau: Josef Giampleto.

Residenz-Theater.
Direktion: Richard Alexander.
Sonnabend Anfang 8 Uhr:
Der Pringemahl.
Satirischer Schwank in 3 Akten von L. Xantus und J. Thanel.
Sonntag Anfang 8 Uhr: Donise.
Montag und folgende Tage: Der Pringemahl.

Komische Oper.
Friedrichstr. 104-104a.
Sonnabend, den 26. November, abends 8 Uhr:
Hoffmanns Erzählungen.
Oper in 3 Akten, einem Prolog und einem Nachspiel v. Jacques Offenbach.

Passage-Theater.
Anf. der Abendvorstellung 8 Uhr.
Bozena Bradsky
in ihrer erfindenden Dancan-Parodie.
Paul Jülich
der unverwundliche Humorist.
14 neue erstklassige Nummern.

Bernhard Rose-Theater
Gesundbrunnen, Badstraße 58.
Morgen Sonntag, den 26. November (Totensonntag).
Nur Abend-Vorstellung.
Die eiserne Maske
oder:
Die Geheimnisse eines Königsrauchs.
Schauspiel in 5 Akten von einem Geistesgenossen v. C. Lehmann.
Anf. 7 Uhr. Kasseneröffnung 6 Uhr.
Billet-Verkauf von 10-1 Uhr an der Theaterkasse.

Reichshallen.
Heute:
Stettiner Säger.
Zum Schluss:
Fräulein Doktor.
Zeitbarste von Kiesel.
Anfang:
Sonntag 8 Uhr.
Montag 7 Uhr.

Öffentliche Bibliothek und Lesehalle zu nützlichem Gebrauch.
Ankunft für jedermann, SW. Alexandrinenstr. 26. Gedruckt täglich von 5 1/2-10 Uhr abends, an Sonn- und Feiertagen von 9-1 und 3-6 Uhr. In der Lesehalle liegen zurzeit 515 Zeitungen und Zeitschriften jeder Art und Richtung aus.

Freireligiöse Gemeinde. Sonntag, den 26. November, vormittags 8 1/2 Uhr, im Rathaus, Saal 100, Eingang Adenstraße: Versammlung. Freireligiöse Versammlung. - Um 10 1/2 Uhr vormittags in der Schul-Kula, Al. Frankfurterstr. 6: Festvortrag des Herrn Walded Ranaissa. Gäste, Damen und Herren, sehr willkommen.

Schiller-Theater.
Schiller-Theater O. (Wallner-Theater).
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Hofganz.
Dustspiel in 4 Aufz. v. Thilo v. Trotha.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Nora.
Montag, abends 8 Uhr:
Flachmann als Erzieher.

Schiller-Theater N. (Friedr.-Büh. Th.)
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Zapfenstreich.
Drama in 4 Aufzügen von Franz Adam Begeleit.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Gyges und sein Ring.
Montag, abends 8 Uhr:
Der Traum ein Leben.

Zirkus Buseh.
Das diesjährige große Manège-Schauspiel:
Indien.
Die 6 indischen Original-Fakire. Zum erstenmal in Deutschland: Mr. Hagedorns Transformations-Grotte u. Eine Tigerjagd. Außerdem: Zum 1. Male: Mr. Pearson mit seinem komischen Jongleurakt. Persönliches Auftreten des Direktors Busch mit seinen sechs englischen Vollblütern. Hierauf eine Steeple-Chase ohne Reiter, ausgef. von engl. Voll- u. Halbblutpferden. Sprünge bis über 12 Pferde. Herr Burkhardt-Football-Schulmeister. - Prl. Kaminska, Schulmeisterin. - Zwergelohn François mit dem Zwergpferd.

Zirkus Albert Schumann
Heute Sonnabend, abends 7 1/2 Uhr:
X. Grande Soirée High-Life. Gala-Programm.
Zum viertennal:
Autobolide
La belle Mlle. Mauritzia de Thiers
Neu! Neu!
Los Queirolos.
6 Personen. Original spanische Truppe.
Neu! 4 indische Fakire. Neu!
Miß Texas Hattie.
Die beliebteste jugendliche Schilfleiterin. Neu! Dora Schumann. - Sämtliche Spezialitäten und Direktor Albert Schumanns neueste Schul- und Freizeits-Dressuren. Außerdem:
Die reizende Sportpantomime:
Der Tag des Englischen Derby.

Carl Weiß-Theater.
Gr. Frankfurterstr. 132.
Nachm. 5 Uhr: Kinder-Vorstellung. Keine Preise!
Sneewittchen u. die sieben Zwerge. 12 Vorstellungen im Volks- u. Schauspielhaus. Gastspiel Paula Clara: Maria Magdalena.
Morgen einmalige Aufführung: Im Hause der Sünde.

Variété Elysium
Kommandantenstraße 3/4.
Bis 30. November 1905:
Großer internationaler Soubretten-Wettstreit.

W. Noacks Theater.
Direktion: Rob. Dill. Brunnstr. 16.
Mit neuer Ausstattung zum 1. Male:
Nathan der Weise.
Ein dramatisches Gedicht in 5 Aufzügen von G. E. Lessing.
Anf. 8 Uhr. Eintritt 30 Pf.

Folies Caprice.
Budapester Possen-Theater
132 Linienstr. 132.
Ecke Friedrichstraße.
Zum 70. Male:
Nach dem Zapfenstreich.
Vorher:
Familie Knopfloch
u. d. ausgezeichn. Spezialitätenentw.
Anfang 8 Uhr.
Vorverkauf täglich b. A. Werthaim und an der Theaterkasse v. 10 Uhr vormittags an.

Wintergarten
OTÉRO
und ein auserlesenes Künstler-Programm.

Gebrüder Herrnfeld-Theater.
Heute präzise 8 Uhr:
Familientag im Hause Prellstein
Komödie in 3 Akten mit den Autoren
Anton und Donat Herrnfeld
in den Hauptrollen.
Vorverk. 11-2 Uhr. (Theaterkasse).

W. Noacks Theater.
Direktion: Rob. Dill. Brunnstr. 16.
Mit neuer Ausstattung zum 1. Male:
Nathan der Weise.
Ein dramatisches Gedicht in 5 Aufzügen von G. E. Lessing.
Anf. 8 Uhr. Eintritt 30 Pf.

Folies Caprice.
Budapester Possen-Theater
132 Linienstr. 132.
Ecke Friedrichstraße.
Zum 70. Male:
Nach dem Zapfenstreich.
Vorher:
Familie Knopfloch
u. d. ausgezeichn. Spezialitätenentw.
Anfang 8 Uhr.
Vorverkauf täglich b. A. Werthaim und an der Theaterkasse v. 10 Uhr vormittags an.

Carl Weiß-Theater.
Gr. Frankfurterstr. 132.
Nachm. 5 Uhr: Kinder-Vorstellung. Keine Preise!
Sneewittchen u. die sieben Zwerge. 12 Vorstellungen im Volks- u. Schauspielhaus. Gastspiel Paula Clara: Maria Magdalena.
Morgen einmalige Aufführung: Im Hause der Sünde.

Variété Elysium
Kommandantenstraße 3/4.
Bis 30. November 1905:
Großer internationaler Soubretten-Wettstreit.

W. Noacks Theater.
Direktion: Rob. Dill. Brunnstr. 16.
Mit neuer Ausstattung zum 1. Male:
Nathan der Weise.
Ein dramatisches Gedicht in 5 Aufzügen von G. E. Lessing.
Anf. 8 Uhr. Eintritt 30 Pf.

Folies Caprice.
Budapester Possen-Theater
132 Linienstr. 132.
Ecke Friedrichstraße.
Zum 70. Male:
Nach dem Zapfenstreich.
Vorher:
Familie Knopfloch
u. d. ausgezeichn. Spezialitätenentw.
Anfang 8 Uhr.
Vorverkauf täglich b. A. Werthaim und an der Theaterkasse v. 10 Uhr vormittags an.

Carl Weiß-Theater.
Gr. Frankfurterstr. 132.
Nachm. 5 Uhr: Kinder-Vorstellung. Keine Preise!
Sneewittchen u. die sieben Zwerge. 12 Vorstellungen im Volks- u. Schauspielhaus. Gastspiel Paula Clara: Maria Magdalena.
Morgen einmalige Aufführung: Im Hause der Sünde.

Variété Elysium
Kommandantenstraße 3/4.
Bis 30. November 1905:
Großer internationaler Soubretten-Wettstreit.

W. Noacks Theater.
Direktion: Rob. Dill. Brunnstr. 16.
Mit neuer Ausstattung zum 1. Male:
Nathan der Weise.
Ein dramatisches Gedicht in 5 Aufzügen von G. E. Lessing.
Anf. 8 Uhr. Eintritt 30 Pf.

Folies Caprice.
Budapester Possen-Theater
132 Linienstr. 132.
Ecke Friedrichstraße.
Zum 70. Male:
Nach dem Zapfenstreich.
Vorher:
Familie Knopfloch
u. d. ausgezeichn. Spezialitätenentw.
Anfang 8 Uhr.
Vorverkauf täglich b. A. Werthaim und an der Theaterkasse v. 10 Uhr vormittags an.

Carl Weiß-Theater.
Gr. Frankfurterstr. 132.
Nachm. 5 Uhr: Kinder-Vorstellung. Keine Preise!
Sneewittchen u. die sieben Zwerge. 12 Vorstellungen im Volks- u. Schauspielhaus. Gastspiel Paula Clara: Maria Magdalena.
Morgen einmalige Aufführung: Im Hause der Sünde.

Variété Elysium
Kommandantenstraße 3/4.
Bis 30. November 1905:
Großer internationaler Soubretten-Wettstreit.

W. Noacks Theater.
Direktion: Rob. Dill. Brunnstr. 16.
Mit neuer Ausstattung zum 1. Male:
Nathan der Weise.
Ein dramatisches Gedicht in 5 Aufzügen von G. E. Lessing.
Anf. 8 Uhr. Eintritt 30 Pf.

Folies Caprice.
Budapester Possen-Theater
132 Linienstr. 132.
Ecke Friedrichstraße.
Zum 70. Male:
Nach dem Zapfenstreich.
Vorher:
Familie Knopfloch
u. d. ausgezeichn. Spezialitätenentw.
Anfang 8 Uhr.
Vorverkauf täglich b. A. Werthaim und an der Theaterkasse v. 10 Uhr vormittags an.

Carl Weiß-Theater.
Gr. Frankfurterstr. 132.
Nachm. 5 Uhr: Kinder-Vorstellung. Keine Preise!
Sneewittchen u. die sieben Zwerge. 12 Vorstellungen im Volks- u. Schauspielhaus. Gastspiel Paula Clara: Maria Magdalena.
Morgen einmalige Aufführung: Im Hause der Sünde.

Variété Elysium
Kommandantenstraße 3/4.
Bis 30. November 1905:
Großer internationaler Soubretten-Wettstreit.

W. Noacks Theater.
Direktion: Rob. Dill. Brunnstr. 16.
Mit neuer Ausstattung zum 1. Male:
Nathan der Weise.
Ein dramatisches Gedicht in 5 Aufzügen von G. E. Lessing.
Anf. 8 Uhr. Eintritt 30 Pf.

Folies Caprice.
Budapester Possen-Theater
132 Linienstr. 132.
Ecke Friedrichstraße.
Zum 70. Male:
Nach dem Zapfenstreich.
Vorher:
Familie Knopfloch
u. d. ausgezeichn. Spezialitätenentw.
Anfang 8 Uhr.
Vorverkauf täglich b. A. Werthaim und an der Theaterkasse v. 10 Uhr vormittags an.

Carl Weiß-Theater.
Gr. Frankfurterstr. 132.
Nachm. 5 Uhr: Kinder-Vorstellung. Keine Preise!
Sneewittchen u. die sieben Zwerge. 12 Vorstellungen im Volks- u. Schauspielhaus. Gastspiel Paula Clara: Maria Magdalena.
Morgen einmalige Aufführung: Im Hause der Sünde.

Variété Elysium
Kommandantenstraße 3/4.
Bis 30. November 1905:
Großer internationaler Soubretten-Wettstreit.

Allgemeine Familien-Vierbekasse. Heute: Jahrlag Adenstraße 123 bei Biesenhal und Mariannestr. 48 bei Liebenfeld von 3-6 Uhr.
Sozialdemokratischer Zentral-Verein für den Reichstag. Wahlkreis Kalau-Ludau. Ortsverein Berlin. Sonnabend, den 26. November, abends 8 1/2 Uhr, findet unter 5. Stiftungsfest in den „Acuminhallen“, Kommandantenstr. 20, statt.
Der große Lichtbilder-Vortrag vom Verein für Gesundheitspflege des Volkes (Berlin-Road 11), welcher am Vortage nach der polizeilichen Genehmigung wieder verbolten worden ist, findet heute Sonnabend statt. Raheres im Inserat.

Deutsch-Amerikanisches Theater.
Köpenickerstr. 67.
Heute nachmittags 4 Uhr:
zum 1. Male:
Kinder-Vorstellung.
„HÄNSEL u. Gretl in AMERIKA“.
Zum Jaden Abend 8 Uhr!
Gastsp. ADOLF PHILIPP
84. ABER!
Male. Herr Herzog
Sonntag, 26. Novbr., abends 8 Uhr:
Einmalige Aufführung:
„ARME MÄDCHEN“.
Montag, den 27. November und jeden folgenden Abend: „ABER HERR HERZOG“!

Palast-Theater
Burgstr. 24, 2. Min. v. St. Seite.
Heute wegen Privat-Festlichkeit
Keine Vorstellung.
Totensonntag:
Abends 7 1/2 Uhr. Entree 50 Pf.
Elite-November-Programm.

Braun
Verwandl.-Schauspieler.
Bargold
der einbainige Univ.-Artist.
12 erstklassige Nummern.
Försters Wilhelm.
Lebensbild von Stud. Studienbr.

Belle-Alliance
Theater-Variété.
Anfang 8 Uhr.
Ein Abend in einem amerikanischen Tingle-Tangel.
Georg Kaiser
La Laure
Etoile Excentrique.
16 sensationelle Debüts.
Rauchen im Winterg. gestattet.

Colosseum
Tredenerstr. 97.
Anfang 8 Uhr - Sonntag 7 Uhr.
grandiose Spezialitäten
die best. Komiker u. Soubretten.
Deniz, Rilla Carlsen, Ostar Bär, Hochgemuth, van Roy, Janny Behrens.
Debüt: Flora Fleurette.
Geschwister Andraschy.
Sonntagvormittag 3 Uhr:
Humoristische Volksvorstellung.
Jeder Platz 50 Pf., Loge und I. Parquet 70 Pf. 1 Kind frei.
Im Konzert-Saal:
Täglich: 2 Kapellen mit der Naturorgeln.

Arbeiter-Raucher-Bund
Berlins u. Umgegend.
Sonntag, den 26. Nov., nachm. 3 Uhr,
im Carl Weiß-Theater,
Gr. Frankfurterstr. 132:
Theater-Vorstellung
„Maria Magdalena“.
Billetts sind bis zum 26., mittags 12 Uhr, beim Staffierer Rob. Ehrke, Schöneinstr. 14, zu haben. 2 1/2/11*
Um rege Teilnahme eruchtet D. V.

Gustav Behrens
Spezialitäten-Theater
Frankfurter-Allee 85.
Abendlich tollerater Beifall!
Neu! Signor Franzoso. Neu! 1 wunderbarer Rechenreißer am Trapez.
Neu! Die 4 Vollmers. Neu! 1 Witte-Hofballet.
Neu! Das gebildete Dienstmädchen, Witte mit Gelang.
Neu! Der eifersüchtige Ehemann, Witte mit Gelang.
und 15 Spezialitäten.

Schöneberger Wintergarten
Goltzstraße 9.
Täglich Theater und Spezialitätenvorstellung.
Sonntag 2 Vorstellungen.
Nachmittags 4 Uhr zu halben Preisen.
Jede erwaschene Person hat ein Kind frei. - Abends 7 1/2 Uhr Große Gala-Vorstellung. Die Direktion.

Etablissement Buggenhagen
Moritzplatz.
Täglich
in den unteren Sälen
Gottschalk-Konzert.

Gratis
erhält jeder Leser des „Vorwärts“ bei Einkauf eines Anzuges oder Paletots eine
hochelegante bunte Weste
im
Spezialhaus
guter Herren- und Knabenbekleidung
fertig und nach Maß.
Spezialabteilung: Bekleidung für jeden Beruf.
Leske & Lehrer
78 Kottbuser Damm 78
Durch sehr vorteilhaften Einkauf, geringe Spesen und durch große Fachkenntnisse sind wir nur allein in der Lage, dem kaufenden Publikum das denkbar Beste zu außergewöhnlich billigen, aber **streng festen Preisen** zu bieten.
Winter-Paletots □ Winter-Anzüge □ Loden-Joppen
Knaben-Paletots □ Knaben-Anzüge
Unerreicht ist unsere Auswahl in Stoffen zur Anfertigung feiner Herrenmoden nach Maß.
Unsere Grundsätze:
Wir verarbeiten nur gute, reelle, ausgeprobte Stoffe.
Wir haben in sämtlichen Abteilungen enorme Auswahl.
Wir achten auf tadellose Verarbeitung und guten Sitz.
Wir werden stets das Neueste zum Verkauf bringen.
Wir verkaufen zu billigen, aber streng festen Preisen.
Wir haben auf jedem Gegenstand den festen Verkaufspreis mit Zahlen vermerkt.
Der hochelegante - Kalender 1906 - ist erschienen und geschieht auf Wunsch Zusendung kostenlos.
Bitte, beachten Sie genau unsere Firma und Hausnummer.
Original-Inserat! Nachdruck verboten.
4787L*

Lustspielhaus.
Abends 8 Uhr:
Die heilige Sache.
Fröbels Allerlei-Theater
Schönhäuser Allee Nr. 148.
Jeden Sonntag und Mittwoch:
Konzert, Theater u. Spezialitäten.
Anfang Sonntags 6 Uhr,
Wochentags 8 Uhr.
Nach jeder Vorstellung: Großer Tanz.



Album- und Lederwaren-Fabrik
Oskar Gundau
Oranienstr. 30, Ecke Adalbertstr.
Gr. Lager aller Arten Leder-
waren und Schmucksachen
zu billigen Preisen. [51717]

Nathan Wand
129 Stalitzerstr. 129.
Die schönsten
Herren - Winter - Paletots
und Anzüge
in neu
sonstige speziell
Monats-Garderobe
von Kavaliere getragen Sachen,
fast neu, für jede Figur passend,
speziell Dauchanzüge sind in
großer Auswahl stets zu staunend
billigen Preisen zu haben.
Nathan Wand
129 Stalitzerstr. 129.
Dochbahrung Kottbuser Tor.
Bitte auf Hausnummer zu achten.

Carl Stier
Fabrik für Herren- und Knaben-Garderobe
Berlin SO., Oranienstraße 166
Berlin W. Potsdam
Potsdamerstr. 113a. * Nauenerstr. 23.

Jackett-Anzüge,
ein- u. zweireihige Form, elegant und tadellost sitzend, vornehm
chike Verarbeitung, in allen modernen Farben und Stoffarten,
kariert, gestreift, gepunktelt oder meliert
15, 17, 50, 20, 22, 50, 25, 30, 35, 40, 45, 50 u. 55 M.



Jackett-Anzüge,
ein- oder zweireihige Form, von
schwarzem oder blauem Cheviot,
20, 25, 30, 35, 40, 45 u. 50 M.

Jackett-Anzüge,
einreihige Form, in peinlich sauberer
Ausführung, von schwarzem Twill,
Diagonal oder Rips-Kammgarn
20, 25, 30, 35, 40, 45 u. 50 M.

Schwarze Rock-Anzüge
in bester Verarbeitung, von Satin,
Rips oder Tuchkammgarn, Diagonal
oder Twill
27, 33, 38, 43, 48 u. 53 M.

Farbige Rock-Anzüge
einreihige moderne Form, von nur
modern gemusterten Stoffen
30, 35, 40, 45, 50 und 55 M.

Schwarze Gehrock-Anzüge
zweireihige Form, in bester Ver-
arbeitung, vollständiger Ersatz für
Maßarbeit, v. Satin-Kammgarn, Rips-
Kammgarn, Tuch-Kammgarn od. Tuch
30, 35, 42, 45, 54, 60 u. 66 M.

Farbige Gehrock-Anzüge
chike, moderne Form, feinste Ver-
arbeitung, von melierten oder gem-
ustert. Cheviot- od. Kammgarnstoff.
36, 42, 48, 54 und 60 M.

Große Welten für extra starke Herren stets vorrätig.
Sämtliche Artikel sind für jede Figur passend
auf Lager und werden etwaige kleine Änderungen, da solche
nicht immer ausgeschlossen, kostenlos von sachkundigen
Personen angeführt. 5001L
Knaben- und Burschen-Anzüge, Paletots, Joppen und Hosen
in größter Auswahl zu billigsten Preisen.
Die Abteilung für Maß-Anfertigung ist mit allen Neuheiten der
Winter-Saison
ausgestattet u. geschieht die Anfertigung in vollendet schöner
Ausführung unter Garantie für guten Sitz zu billigsten Preisen.
Verkauf nur gegen Barzahlung.
Illustrierten Katalog versende gratis und franko.

Otto Pritzkows
Berliner
Abnormitäten-Theater
Hünemannstr. 16.
Die drei lebenden
gr. anatomischen Wunder
Muskelmensch
Skelett-Mensch
Gummihautmensch
Entree 20 Pf.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.
Verwaltungsstelle Berlin.
Haupt-Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1-5. Fernsprecher Amt IV, 9079.
Arbeitsnachweis Zimmer 34, Amt IV, 3353.

Sonntag, den 26. November, vormittags 10 Uhr, in der „Neuen Welt“, Hafenseite 108/114:
General-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. „Die Aussperrung in der Elektrizitätsindustrie.“ 2. An die Verwaltung
gelangte Anträge. 155/3
Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.
Zahlreichen Besuch erwartet Die Ortsverwaltung.

Sanssouci, Kottbuserstr. 4
Direktion Wilhelm Reimer.
Sonnt. Mont. Donnerst.:
Hoffmanns
Norddeutsche Sänger
und Tanztruppen.
Sonntags Beginn 8 Uhr,
wochentags 8 Uhr.
Dienstag, Mittwoch:
Theater-Abend.
Gesp. d. Löwe-Ensembles.
Der kleine Saal (150 Pers.) ist noch
einige Sonntage zu vergeben.

4504L
Ein Riesenposten
Mocketplüsch
130 Cmt. Meter von 4 65
breit, à Mk.
haltbarster buntpigmentierter Möbel-
stoff. Reste spottbillig!
Proben franko.
Teppichhaus
Emil Lefèvre,
BERLIN S. Oranienstr. 158.

Achtung! Kleber. Achtung!
Von Montag, den 27. November, tritt bis Ende des Jahres die
grüne Kontrollmarke in Kraft. Jeder zu
sachmäßigen Bedingungen arbeitende Kleber muß im Besitze dieser Marke
sein. Die Marken werden veraholgt Sonntag, den 26. November,
von 9-12 Uhr, in folgenden Lokalen: 103/11
Krüger, Köpenickerstr. 8; Stephan, Wienerstr. 31; Tabe, Kunst-
straße 6; Kiderl, Steinmehrerstr. 35; Pantow, Veitbergstr. 32.
Jerner Sonnabend und Sonntag bei Reiter, Bergstraße 10;
Kauf, Charlottenburg, Vestalogsstr. 82. Querg. I, sowie wochentags im
Arbeitsnachweis Köpenickerstr. 9 von 8-10 Uhr. Arbeitslose Kollegen erhalten
dieselbst an Stelle der Marke einen Stempel im betreffenden Felde der Karte.
Vom 1. Januar 1906 tritt eine neue
Kontrollkarte in Kraft.
Die Verbandsleitung.

**Verband der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter
und Arbeiterinnen Deutschlands.**
Zahlstelle Berlin.
Bureau: Linienstr. 215. Geöffnet von 8-1 u. 4-8 Uhr. Tel.: Amt 3, 608.
Sonntag, 26. November 1905, mittags 12 Uhr, in den Rüstertafeln
(großer Saal), Kaiser-Wilhelmstr. 18m:

Öffentl. Gummiarbeiter-Versammlung.
Tages-Ordnung: 104/4
1. Der Generalkonferenz der Gummiarbeiter bei Metzler u. Co.-München
und die Stellung der Berliner Kollegen. Referent: E. Brunst.
2. Diskussion.
Die Versammlung wird pünktlich eröffnet und darf
kein Gummiarbeiter und -Arbeiterin fehlen.
Der Einberufer.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
Montag, den 27. November, abends 8 1/2 Uhr,
im Lokale des Herrn Bailschmieder, Badstr. 16:
Mitglieder-Versammlung
der folgenden Bezirke:
**Wedding u. Gesundbrunnen, Moabit,
Rosenthaler und Schönhauser Vorstadt.**
Tages-Ordnung:
Lichtbilder - Vortrag des Herrn Bergen
(Vielbesuchte eines deutschen Ingenieurs auf der Reise nach Japan und der
Insel Sumatra).
Eintritt mit Familienangehörigen nur mit Mitgliedsbuch. 97/10
Zahlreichen Besuch erwarten Die Bezirksleiter.

Branche d. Musikinstrumenten-Arbeiter.
Montag, den 27. November, abends 8 1/2 Uhr,
im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15 (Saal 5):
Branchen-Mitgliederversammlung.
Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Genossen Brückner über Arbeiter-
bewegung einst und jetzt. 2. Diskussion. 3. Unser Weihnachtsgewinn.
Wahl einer Vergütungskommission. 4. Andere Branchen- und Verbands-
angelegenheiten. - Mitgliedsbuch legitimiert. - Gäste willkommen.
Die Branchenkommission.

TUMA-ZARI
Beste 2 Pfg.-Zigarette.
51682

Richard Augustin Oranienstr. 103, Hof part.
Säle. | Vereinszimmer
noch mehrere Wochentage frei!
Mittagsstisch (wie früher). Amt 4, 5052.
Sonntag: Familienabendsessen.
Artus-Hof
Perlebergerstr. 20. Ständlerstr. 18.
Säle von 100-1200 Pers. stehen den
geehrten Vereinen zur Verfügung.
Jeden Sonntag, Dienstag u. Freitag:
Gr. Theater-Vorstellung.
Jeden Montag: Quartett-Sänger und
humoristische Solos.
Jeden Donnerstag: **Gr. Konzert.**

**Deutscher
Metallarbeiter-Verband**
Verwaltungsstelle Berlin.
Nachruf.
Den Kollegen zur Nachricht,
daß unser Mitglied, der Revolver-
dreher
Johann Werner
gestorben ist. 167/6
Ehre seinem Andenken!
Die Ortsverwaltung.

**Zentral-Kranken-Unterstützungs-
Verein der Schmiede**
u. verwandten Gewerbe Deutschl.
Zahlstelle Berlin IV.
Todes-Anzeige.
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unser Mitglied, der Metall-
arbeiter
Otto Gelschmann
gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet statt am
Sonntag, den 26. November, nach-
mittags 1 Uhr, von der Leichen-
halle des Emmaus-Kirchhofes in Beiz
6655 Die Ortsverwaltung.

**Deutscher
Metallarbeiter-Verband**
Verwaltungsstelle Berlin.
Todes-Anzeige.
Den Kollegen zur Nachricht, daß
unser Mitglied, der Nadler
Karl Moritz
gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Montag, den 27. November, nach-
mittags 1 1/2 Uhr, von der Leichen-
halle des Zentral-Friedhofes in Beiz
Friedrichstraße 13, aus statt.
Rege Beteiligung erwartet!
167/7 Die Ortsverwaltung.

**Verband der Graveure,
Ciseleure u. v. B.**
Filiale Berlin.
Den Kollegen zur Nachricht,
daß unser langjähriges Mitglied,
der Ciseleur
Friedrich Heidemüller
am 21. d. M. verstorben ist.
Die Beerdigung findet Sonn-
abend, den 26. November, nach-
mittags 2 Uhr, von der Leichen-
halle des Emmaus-Kirchhofes, Köpen-
ickerstr. 9, nach dem neuen Jakob-
Kirchhof, Altköpenickerstr., statt.
Um rege Beteiligung ersucht
6498 Die Ortsverwaltung.

Allen Freunden und Bekannten
die traurige Nachricht, daß meine
liebe unvergessliche Frau und gute
Mutter
Bertha Schaale, geb. Johow
am Mittwoch, 22. November nach
schweren Leiden verstorben ist.
Die Beerdigung findet am Son-
tag, den 26. November, nachmit-
tags 2 Uhr, von der Leichenhalle
des Schönberger Friedhofes, Nay-
straße, aus statt.
Der trauernde Gatte
Th. Schaale nebst Kindern.

**Orts-Krankenkasse
der
Handschuhmacher**
u. verw. Gewerbe zu Berlin.
Die 13. Veränderung des Statuts,
betreffend Erhöhung der Kosten-Be-
träge, ist vom Bezirksauschuss ge-
nehmigt und treten die neuen
Satzungen vom Montag, 4. De-
zember d. J., in Kraft. Druck-
exemplare zum Statut, werden von
Kassendirektor Berner, Wladimirstr. 29/30,
verabfolgt. 6530
Berlin, den 23. November 1905.
Der Vorstand.
J. A. Herm. Ding. Vorsitzender.

Josef Fischer
Kohlen-Großhandlung
Berlin O. 34, Brombergerstr. 19/20.
Preis ab Platz von 10 Str. an
Indust.-Briketts, Halbheine, Str. 80 Pf.
la. Sontenberger Salon-Briketts
„Anna“ oder „Marie“ p. Str. 80 Pf.
Henckels Werke „85“
1100 u. Anh. Mariengrube „90“
la engl. Anthrazit, Bruch, Koks,
Stelakohlen, Holz u. s. w.
zu billigsten Tagespreisen.
Handwagen verleihe zu Kohlen.
Strickm. Bienenkorb sucht zu
kaufen Frau S., Etollg. 17 Tr., Köpenick.

Sozialdemokratischer Wahlverein
für den
6. Berliner Reichstags-Wahlkreis.
Todes-Anzeige.
Am Mittwoch, den 22. November,
verstarb unser Mitglied, der Arbeiter
August Wolff
Zwinglistr. 15c.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet Sonntag,
den 26. November, nachmittags
3 Uhr, von der Halle des Heiland-
Kirchhofes in Köpenick aus statt.
Um zahlreiche Beteiligung ersucht
Der Vorstand.
269/1

**Verband der baugewerblichen
Hilfsarbeiter Deutschlands.**
Bezirk Moabit.
Todes-Anzeige.
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unser langjähriges Mitglied,
der Kollege
August Wolff
am 22. d. M. an der Proletarier-
krankheit verstorben ist.
Die Beerdigung findet am
Sonntag, den 26. d. M., nach-
mittags 3 Uhr, von der Leichen-
halle des Heiland-Kirchhofes in
Köpenick aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Zweigvereinsvorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein
für den Bezirk
Rummelsburg.
Den Genossen zur Nachricht, daß
unser altes, treues Mitglied, der
Arbeiter
Franz Herrmann
am Mittwoch, den 22. d. M., nach
langem, schwerem Krankenlager
an der Proletarierkrankheit ver-
storben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Sonntag, nachmittags 2 Uhr, vom
Trauerhause Lützowstr. 17
aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
8/11 Der Vorstand.

**Allgemeine Kranken- und
Sterbekasse der Metallarbeiter**
E. H. 29, Hamburg.
Filiale Rummelsburg.
Todes-Anzeige.
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß das Mitglied
Franz Herrmann
nach langem schwerem Kranken-
lager verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Sonntag, den 26. November,
nachmittags 2 Uhr, vom Strei-
berhause Lützowstr. 17 aus nach
dem Rummelsburger Friedhof statt.
Zahlreiche Beteiligung der Mit-
glieder erwünscht.
6576 Die Ortsverwaltung.

**Verband der Porzellan- und
Ledergalanterie-Arbeiter
und Arbeiterinnen** (Zahlstelle
Berlin).
Am Mittwoch, den 22. November,
nachmittags 4 Uhr, verstarb nach
langem Leiden unser Mitglied,
der Ledergalanterie- und Ornate-
arbeiter, Kollege
Otto Kluge
an der Lungenschwindsucht im
Alter von 40 Jahren. 132/2
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Sonntag, nachmittags 3 Uhr,
von der Leichenhalle des alten
Thomas-Kirchhofes aus statt.
Um rege zahlreiche Beteiligung
ersucht Die Ortsverwaltung.

**Zentralverband der Handels-
Transport- u. Verkehrsarbeiter
Deutschlands.**
Verwaltungsstelle Berlin I.
Hierdurch diene den Kollegen
zur Nachricht, daß unser lang-
jähriges Mitglied, der Hausdiener
Paul Pfeiffer
an der Proletarier-Krankheit ver-
storben ist. 71/20
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute
Sonntag, den 26. November,
nachmittags 2 1/2 Uhr, vom Trauer-
hause, Wallstr. 3, aus nach der
Gildenhof-Gemeinde, Pringen-
allee, statt.
Um rege zahlreiche Beteiligung
ersucht Die Ortsverwaltung.

Dankjagung.
Allen Verwandten, Kollegen und
Bekanntem, sowie dem Gefangenen
Hammerich und den Genossen
aus dem Strafbau 1905 sage ich
hiermit für die rege Teilnahme und
rechten Anteilnahme bei der Be-
erdigung meiner lieben Frau meinen
aufrichtigsten Dank.
61782
Paul Pohley.

Verein für Gesundheitspflege des Volkes Berlin-Moabit.
Der für Bußtag polizeilich verbotene
Große Lichtbilder-Vortrag
findet heute, Sonnabend, den 25. November, abends 8 1/2 Uhr, im großen Saale der
Brauerei Patzenhofer, Turmstraße 26/27, statt.
Es ladet zu diesem hochinteressanten und belehrenden Vortrag ergebenst ein
6656
Der Vorstand.

Extra-Preise:
Montag,
Dienstag, Mittwoch.

S. Weissenberg

Extra-Preise:
Montag,
Dienstag, Mittwoch.

Große Frankfurterstr. 126

Eckhaus Koppensstraße.

Neue Damen-Kleiderstoffe für den bevorstehenden Weihnachtsbedarf!

Hervorragend billiges Sonder-Angebot, solange der Vorrat reicht:

Neue Kostümstoffe mit angewebtem Futter für Kostüme und fullreife Röcke, 130 cm breit . . . Mtr. **1.65—3.00**
Neue englische Noppenstoffe für praktische Straßenkleider, doppelt-breit . . . Mtr. **0.75—1.50**
Einfarbige Satinfuche u. Lastings, reine Wolle in d. schönsten Farben, auch schwarz, 110 cm breit, Mtr. **1.45—2.50**
Reinwollene Cheviots, schwere Qualität, in allen Farben . . . Mtr. **0.75—1.85**
Neue Jacquard- u. Broche-Gewebe für Ball- u. Gesellschaftskleider in Wolle u. Halbseide . . . Mtr. **0.90—2.25**

Neue Schotten u. Phantasiemuster für Blusen- und Kinderkleider, doppelt breit, . . . Mtr. **0.85—1.50**
Gestreifte und karierte Blusen - Samte in moderner Muster-pressung . . . Mtr. **1.25—2.50**
Reinseidene karierte u. gestreifte Blusenstoffe in den schönsten Farbenstellungen, Mtr. **1.55—2.75**
Reinseidene Chinés in entzückenden Farbenstellungen . . . Mtr. **1.85—3.00**
Reinseidene Louisine und Messaline in allen Farben . . . Mtr. **1.45—2.00**

Halbfertige Roben in Japon, Voile und Seiden-Batist . . . M. **8.00—25.00**

Ein Posten Blusen in allen Größen Stück M. **1.65, 2.50—3.50**

Ein großer wollener Tuch-Unterröcke mit reicher Garnierung M. **1.95, 2.50—4.50**

Ein Posten Sportröcke mit reicher Garnierung Stück M. **3.85**

Wohlfeile Hauskleiderstoffe in jeder Geschmacksrichtung pr. Mtr. **35, 45, 55—85 Pf.**



Stola Muffen
etc. etc.
Nur eig. Fabrikat.
Große Auswahl.
Kalman,
Dresdenerstr. 75
vorn II.
2. Haus v. Thalia-Th.
Kein
Zwischenhändler.
Verk. auch Sonnt. u.
Wechent. v. 9 U. ab

Achtung! Vereine, Gewerkschaften!
Dem verehrten Publikum, Vereinen und Gewerkschaften sowie allen Freunden und Bekannten zur gef. Kenntnisnahme, daß ich das herrlich an der Obersprosse gelegene, mit Veranden und Hallen versehene zirka 15 000 Personen fassende Etablissement **Hasselwerder** käuflich erworben habe. — Begunnt vom Bahnhof **Nieder-Schöneweide—Johannisthal** in 5 Minuten zu erreichen. 4990L.
Ausspannung für 200 Pferde. Im großen Saale jeden Sonntag: Ball. 6 Kegelbahnen.
 △△△△ **Volksbelustigungen aller Art.** △△△△
 In meinen Festsälen Rüdersdorferstr. 45 setze ich mein Geschäft bis zum 1. Oktober 1906 unverändert fort.
Albert Scheruch, Rüdersdorferstr. 45.

Neu! Petroleum-Glühlicht
Auf jed. Lampe pass.
Große Auswahl von
Tisch- u. Hängelampen.
Echle Bronzegaskronen
3-flammig, M. 18,50.
W. Krusemark,
Berlin 50.,
205, Oranienstr. 205.
Tel.: Amt IV. No. 1039.
5 Proz. Rabatt.

Rob. Sohn
invalidenstr. 135
Laden u. I. Etage.
Herren- u. Knaben-Moden
Berufskleidung.
Große Auswahl in
Paletots, Joppen.
Gediegene Kon-
fektion, streng
reell, feste Preise.
Maßanfertigung
in eig. Werkstatt
unter Garantie.

Die Neu-Eröffnung

meiner durch **Umbau** bedeutend vergrößerten und der **Neuzeit** entsprechend hergerichteten

Geschäfts-Lokalitäten

findet **heute**

Sonnabend, den **25. November**, nachmittags **5 Uhr** statt.

Max Arnsdorff

Spezialhaus für Damen-Kleiderstoffe, Samt- u. Seidenwaren,
Blusen, Kostüme, Kostümröcke, Matinés u. Unterröcke.

Berlin, **Oranien-Straße 176**, Ecke **Adalbert-Straße.**

Gratis erhält jeder Käufer einen praktischen Gegenstand.

Ein verurteilter Prügelpädagoge.

Ein recht eigenartiger Jugendzieher war der 21jährige Volksschullehrer L. in D. M., dem eine Mädchenklasse anvertraut war. Seine Prügelmethode bestand darin, daß er die Mädchen mit dem Rohrstock auf das völlig nackte Gesicht schlug. Zwei Fälle sind festgesetzt, wo die Mädchen wegen der erhaltenen Prügeln eine ganze Woche lang nicht sitzen konnten. Ein dritter besonders schwerer Fall trug sich wie folgt zu: Das Mädchen W. sollte bestraft werden und mußte sich auf Befehl des Lehrers in ein besonderes Zimmer begeben. Hier befahl er dem Mädchen, sich wegen der stattgehabten Züchtigung des Oberkörpers zu entblößen. Das Mädchen gehorchte, hielt sich aber die Kleider um die Hüften fest, damit sie nicht herabfielen. Damit war L. aber nicht zufrieden, er befahl dem Mädchen die völlige Entkleidung! Dann mußte sich das Mädchen langhin auf eine Bank legen, worauf es mit dem Rohrstock verprügelt wurde. Durch ärztlichen Befund wurden am Körper des Kindes sechs blutunterlaufene Streifen festgestellt, welche Sanitätsrat Marx aber nicht als eigentliche Körperverletzung ansehen will. Bei seiner Vernehmung durch den Kreisinspektor Dr. Heibingfeld hat der Lehrer ein Geständnis abgelegt, er würde auch noch weitere geschlagen haben, wenn er nicht geglaubt habe, an der Tür habe sich etwas bemerkbar gemacht. Weitere Befundungen dieses Zeugen vor der Duisburger Strafkammer, wo der Fall zur Beurteilung stand, fanden unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt. Kreisinspektor Pastor Koch erklärte jede Prügeln der Mädchen auf das beste oder unbefehelte Gesicht für unstatthaft, wenn darüber auch keine bestimmten Vorschriften existierten. Als Grund der Züchtigung gibt der Lehrer an, das Mädchen habe die Bibel nicht gelernt (!!). Er wurde wegen Ueberschreitung des Prügelnrechts mit drei Monaten einer Woche Gefängnis bestraft. Seine Entlassung aus dem Schuldienst ist bereits verfügt. — Es ist der behandelte Fall einer der leider seltenen Fälle, in denen eine Prügelei, die seitens des Lehrers vorgenommen ist, bestraft wurde. Jeder Lehrer, der prügelt, bezuget in der Regel dadurch seine Unfähigkeit, zu lehren. Der Verurteilte kann schwerlich angenommen haben, daß das Organ zur Aufnahme des Sinnes von Bibelstellen das Rückenende ist. Die gesamte Prozedur legt den Verdacht nahe, daß die Prügelei der Verdrängung einer perverben Reizung dienen sollte. Nimmt man dies an, so gehörte der Mann ins Irrenhaus oder ins Zuchthaus. Wahrer Sittlichkeit würde durch eine dahin gerichtete Anklage weit mehr gedient sein als durch den Saug perverben Reizungen durch strafrechtliche Verfolgungen von Amtszeugnissen. Unrecht wäre es, für die brutalen Verfassungen, leider meist straflosen Prügeln, die der Lehrer allein verantwortlich zu machen. Ein gut Teil Schuld trifft auch die häuslichen Erzieher, die sich von ihrer Pflicht der geistigen Bildung der ihnen anvertrauten Kinder oft durch Schläge befreien. Ein noch größeres Maß von Schuld ist den gesellschaftlichen und gesellschaftlichen Zuständen beizumessen. Ein Frevler an den Kindern und an den Lehrern ist die Ueberschreitung der Klassen, die unzureichende ökonomische Lage der Lehrer und die unwürdige Stellung der Lehrer. Das sind Faktoren, die der Prügelpädagogik Vorschub leisten. Nicht zuletzt aber dem Vorgesetzten das gemeingefährliche Streben der herrschenden Klasse Vorschub, die Kinder des arbeitenden Volks und die erwerbstätige Bevölkerung selbst zu willenlosen Werkzeugen des Augenblicksinteresses der herrschenden Klasse herabzubringen. Prügel in den Schulen, Mißhandlungen beim Militär, rohe Behandlung von Landarbeitern und des Gefinbes, Schlägereien auf Polizeiwachen sind im letzten Grunde weniger auf besondere Verfassungen einzelner, als auf das herrschende Unrechtsystem zurückzuführen.

Im Anschluß an den vorstehenden Fall sei registriert, daß gestern in Gartz in Pommern ein Sekundaner sich erdunkelt haben soll, um von den Dippoldereien seines Lehrers befreit zu werden.

Aus Industrie und Handel.

Zollbehandlung nach dem 1. März 1906. Die Schwierigkeit der Zollbehandlung jener Waren, die knapp vor dem Inkrafttreten der neuen Handelsverträge die Grenze passierten, aber erst am 1. März 1906 oder an den folgenden Tagen zur Abfertigung gelangen, war Gegenstand einer vom Handelsvertrags-Verein einberufenen Sachverständigen-Konferenz, die am 21. November tagte. Die Konferenz war zahlreich besucht. Etwa 80 wirtschaftliche Vereine und größere Einzelfirmen hatten Vertreter entsandt und besonders aus den Hansestädten waren viele Interessenten erschienen. Die Versammlung war sich darüber einig, daß es sich hier um eine Angelegenheit handle, die für Handel und Industrie von der allergrößten Wichtigkeit sei, und daß unbedingt Schritte getan werden müßten, um sowohl die deutsche Regierung wie auch, wenn irgend möglich, das Ausland zu einer liberalen Behandlung der am 1. März und den folgenden Tagen zur Zollabfertigung gelangenden Waren zu bestimmen, zum mindesten aber die Regierungen zu einer schleunigen Erklärung über ihre Absichten zu veranlassen.

Der Geschäftsgang in der Spielwaren-Industrie war in der nun zu Ende gehenden Saison recht befriedigend. Wenn auch die Aufträge aus dem Inlande stärker zugenommen haben, als die aus dem Auslande, so hat doch auch der Export wieder große Fortschritte gemacht. Die Ausfuhr in den ersten drei Quartalen betrug 228 867 Doppelzentner im Werte von 37,56 Millionen Mark im Jahre 1903, 246 814 Doppelzentner im Werte von 41,13 Millionen Mark im Jahre 1904 und 262 963 Doppelzentner im Werte von 44,99 Mill. Mark im Jahre 1905. Bestiegen ist der Export hauptsächlich nach Belgien, Dänemark, Italien, Rußland, Argentinien, Mexiko, Kuba und nach den Vereinigten Staaten von Nordamerika; abgenommen hat er dagegen vor allem nach Frankreich, England, Kanada und nach Australien.

Deutschlands Maschinexport. Ganz besonders kräftig nahm im laufenden Jahre der Export von landwirtschaftlichen Maschinen zu. Der stärkste Abnehmer dieser Art ist Rußland, das in den ersten drei Quartalen circa 50 000 Doppelzentner oder die Hälfte der gesamten Ausfuhr bezug. Die Verwendung landwirtschaftlicher Maschinen hat in Rußland während der letzten Jahre besonders unter der Bauernbevölkerung stark zugenommen; von Deutschland allein wurden circa 60 000 Doppelzentner in den ersten 9 Monaten 1905 bezogen gegen 53 000 im Jahre 1904. 1904 trat infolge des Krieges eine vorübergehende Abnahme ein. Stark gestiegen ist ferner

die Ausfuhr von Mältereimaschinen, die vor allem von Argentinien erheblich mehr als 1904 bezogen wurden. Ueberhaupt ist Mittel- und Südamerika im laufenden Jahre stark an der Ausfuhrsteigerung beteiligt. Chile führte in den ersten 9 Monaten 2000 Doppelzentner elektrische Maschinen aus Deutschland im gegen 800 im Vorjahre; Mexiko 5000 gegen 1900. Werkzeugmaschinen wurden namentlich nach Rußland, Frankreich und Oesterreich mehr exportiert. Auch Belgien war im laufenden Jahre ein kräftiger Abnehmer von Maschinen aller Art als 1904.

Geschäftsveränderungen — Kapitalerhöhungen. In der Generalversammlung der Allgemeinen Berliner Omnibus-Gesellschaft wurde die in der Verwaltung beantragte Erhöhung des Aktienkapitals von 6 300 000 M. auf 12 600 000 M. genehmigt. Die Geldmittel sollen der Vermehrung der Betriebsmittel, Anlage neuer Depots und Inbetriebnahme neuer Linien dienen. Mit den vor kurzem eingestellten Motoren hat man gute Erfahrungen gemacht. Obwohl ein abschließendes Urteil noch nicht gegeben werden kann, denkt man doch an ahmlichen Erlass des Pferdebetriebs durch Motoren, falls die Behörden keine zu großen Schwierigkeiten in den Weg legen. — Die Verwaltung des Rhein.-Westf. Elektrizitätswerkes legt der am 17. Dezember stattfindenden Generalversammlung einen Antrag auf Erhöhung des Aktienkapitals von 10 Millionen auf 25 Millionen Mark vor. Die Annahme des Antrages ist sicher.

Dividenden. Die Verwaltung der Aktiengesellschaft für Elektrizitätsanlagen schlägt die Verteilung einer Dividende von 6 Proz. vor. — Das Brauhaus Nürnberg Aktiengesellschaft kann 8 Proz. zur Verteilung bringen. — 7 Proz. Dividende schütten diesmal die Vereinigten Straßburger Spielarten-Fabriken aus. — Bei 316 088 M. Reingewinn verteilen die Norddeutschen Spritwerke-Hamburg 10 Proz. Dividende. — 11 Proz. gegen 10 Proz. im vorigen Jahre erhalten für das abgelaufene Geschäftsjahr die Aktionäre der Perlesbrauerei-Kassel. — 10 Proz. gegen 8 1/2 Proz. im vorigen Jahre verteilt nach Antrag des Aufsichtsrates die Waggonfabrik Akt.-Ges. vorn. P. Herbrand u. Co. — Der Aufsichtsrat der Adler-Brauerei-Köln schlägt eine Dividende von 11 Proz. gegen 10 Proz. im vorigen Jahre vor.

Neues Syndikat. Durch Gründung einer Verkaufsvereinigung sind circa 90 Proz. der gesamten deutschen Zeeproduktion handigiert worden. Eine Preisverhöhung wird nun wohl nicht lange ausbleiben.

Erhöhung der Beteiligungsziffer beim Kohlenyndikat. Der Vorstand des Kohlenyndikats beantragt eine Erhöhung der Beteiligungsziffer in Kohlen von 80 auf 90 Proz. In Köln ist kürzlich die Beteiligungsziffer auf 80 Proz. festgesetzt, nun konnten aber für November 92 Proz. überwiesen werden.

Verkauf eines Werkes. Das ein kombiniertes Werk eine Betriebsabteilung abtrotzt, ist bei dem allgemeinen Bestreben nach Kombinationen eine seltene Erscheinung. Diesen seltenen Fall haben wir jetzt bei der Phönix, Aktiengesellschaft für Bergbau und Hüttenbetrieb, Ruhrort. Die Gesellschaft beruht auf den 16. Dezember eine außerordentliche Generalversammlung, in welcher über den Verkauf des Werkes Schweißer-Aue definitiv Beschluß gefaßt werden soll.

Dieser Verkauf ist eine Folge der technischen Entwicklung in der Maschinenfabrikation. Das abzutrotzende Werk produzierte früher hauptsächlich Doppelschneidräder aus gewalztem Eisen. Durch Fortschritte im Stahlguß sind heute alle Schneidräder verdrängt, außer sogenannten Balzschneidern, werden nur noch gegossene Räder verwendet. Aus diesem Grunde hat das Werk in Schweißer für den Phönix keine Bedeutung mehr, es fehlt dort an Gleiseanlagen. Das Werk wird von einer Bergwerks-Gesellschaft übernommen, die dort ihre Eisenkonstruktionen in eigener Regie ausführen will.

Syndikatscredere. In einer am 24. d. M. in Hamburg stattgehabten Versammlung fand die Konstituierung der Syndikatscredere G. m. b. H. statt. Die aus Gesellschaftskapital und Prioritätsanleihe bereitgestellten Mittel beziffern sich auf 13 Millionen. Man hofft, durch noch in diesem Jahre beabsichtigten Ankauf sieben Dampfer, die für die Zwecke des Unternehmens passen, bereitzustellen, während fünf Schiffe demnächst zum Bau in Auftrag gegeben werden sollen.

Ein Reichsverband aller Arbeitgeberverbände der Bekleidungsindustrie tritt demnächst ins Leben. In der Besprechung meinte man, es müsse der Streik lust der Arbeiter entgegengetreten werden. — Die Herren sollten den Arbeitern lieber die Streikveranlassung nehmen. Das wäre noch eine Tat, wohl des Schwelgers der Edlen wert.

Rivalitäten. Weil verschiedene Großbanken Norddeutschlands eine Anzahl kleinerer Banken in Bayern verdrängt haben, wollen die großen Banken Bayerns sich für den Einbruch in ihre Interessensphäre rethanzieren, indem sie gemeinsam eine Filiale in Berlin errichten.

Preisveränderungen. Das belgische Kohlsyndikat hat die Preise für ordinären und halb gewaschenen Steins um 2 bis 3 Frank erhöht. — Eine Veranlassung der Schwelgerwerke, die heute (Sonntag) in Köln tagt, wird über weitere Steigerungen der Schwelgerpreise beschließen. — Auch der Preis des Stahls muß bluten. Die preussische Staatsbahnverwaltung hat laut „R. Ztg.“ den Abschluß in Lokomotivlohlen mit dem Rheinisch-Westfälischen Kohlsyndikat erneuert und zwar mit Wirkung vom 1. April 1906 an bis zum 1. April 1908. Dabei hat der Eisenbahnminister einen um 60 Pf. für die Tonne höheren als den laufenden Preis bewilligt. Auch für Weizen stellt sich der neue Preis um 25 Pf. für die Tonne höher als der laufende. Die Jahresmenge an Lokomotivlohlen beträgt rund 3 000 000 Tonnen, die Jahresmenge an Weizen rund 875 000 Tonnen. — Danach hätte der Preis über 2 Millionen Mark mehr zu zahlen. Der Patriotismus der Kohlenmagnaten wird dadurch sicher nicht leiden.

Aus W. Gladbach wird berichtet, daß die Spinnereibesitzer wegen Steigerung der Preise für Baumwollgarne, um 2 Pf. pro engl. Pfund, mit Käufen zurückhalten.

Vom amerikanischen Eisenmarkt. Umfangreiche Aufträge werden noch immer in allen Zweigen der Eisen- und Stahlindustrie erteilt. Die an den Markt gestellten Anforderungen sind außerordentlich groß und die Preise werden mit aller Gewalt niedergebhalten. Der Drahtstrick erhöht die Preise für Weichblech um 10 Cent. Die Viehschleifanten setzen die Preise um 2 Dollar in die Höhe. Die Drahtfabrikanten halten am alten Preise fest, es werden jedoch häufig Prämien bezahlt, besonders starke Nachfrage ist aus Kanada. Während der letzten Woche wurden an Schienen 65 000 Tonnen verkauft.

Die Wagenstellung im mitteldeutschen Braunkohlengbiet hat sich, wie der Berliner Handelskammer mitgeteilt wird, in der Zeit vom 1. bis 15. November d. Js. wie folgt gestaltet: Es sind im ganzen 82 950 Wagen oder durchschnittlich für den Arbeitstag 6381 Wagen (im Vorjahre 5666) zu 10 Tonnen Ladegewicht gestellt worden; nicht gestellt wurden 6080 Wagen oder durchschnittlich pro Tag 891 Stück.

Aus der Frauenbewegung.

Wahlhüte. Unsere Genossinnen in Essen haben schon mehrfach attestiert bekommen, daß sie bei den Wahlen sehr wertvolle Hilfe geleistet haben. Auf der am letzten Sonntag in Heisingen stattgefundenen Kreisversammlung des Reichstagswahlkreises Essen wurde bei der Berichterstattung über die im September stattgefundenen Reichswahl aber auch die finanzielle Opferfreudigkeit der Genossinnen hervorgehoben. Diese haben nämlich 120 M. aus dem eigenenbeutel zum Wahlfonds gesteuert.

Reinlebens-Ost. Der Bildungsverein für Frauen und Mädchen hält am Dienstag, den 28. d. M., abends 8 1/2 Uhr, seine Vereinsversammlung ab. Tagesordnung: 1. Vortrag von Frau Fischer. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. Gäste willkommen. Zahlreiches und pünktliches Erscheinen erwartet. Der Vorstand.

Borsigwalde-Tege. Der Frauen- und Mädchen-Bildungsverein hielt am 15. November seine regelmäßige, gut besuchte Mitglieder-Versammlung ab. Hr. Dr. Bogodjinski hielt einen sehr interessanten Vortrag, dem sich eine kurze Diskussion anschloß. Am Mittwoch, den 29. November, abends 8 1/2 Uhr, findet in Tege bei Schmidt, Schlieperstr. 64, die nächste Mitgliederversammlung statt, zu der Gäste Zutritt haben. Auch werden neue Mitglieder aufgenommen. Auf der Tagesordnung steht: „Wie erziehen wir unsere Kinder ohne Prügel?“ Um recht zahlreiches Erscheinen aller Mitglieder wird gebeten.

Versammlungen.

Die Wahlagitator im 7. Bezirk.

Eine öffentliche Kommunalwähler-Versammlung hatten die Genossen des 7. Bezirks am Donnerstag in der Anhaltischen Ressource, Rödernstraße 114, veranstaltet. Der Referent Walded Kanasse schilderte in einem wirkungsvollen Vortrage die traurigen, kulturwidrigen Zustände unter der gegenwärtigen Klassenherrschaft, die ja auch in der Berliner Gemeindeverwaltung maßgebend ist, so daß hier, wie überall, eine realistische Klasse der um die höchsten Kulturwerte kämpfenden Sozialdemokratie gegenüberstehe. Zum Schluß forderte der Redner alle, die das Kommunalprogramm unserer Partei anerkennen, auf, mit ganzer Kraft für die Wahl des Genossen Dr. Herzfeld zu wirken. — Der Vorsitzende Schröder fragte sodann, ob Gegner das Wort wünschten, denen selbstverständlich, wie es in sozialdemokratischen Versammlungen üblich ist, volle Redefreiheit zugesichert war. Aber keiner meldete sich. Genosse Herzog forderte die Parteigenossen des Bezirks auf, alles zu tun und an jeden Wähler, von dem angenommen ist, daß er für die Sozialdemokratie stimmen wird, heranzutreten, um den Kandidaten der Partei zum Siege zu führen. Sodann nahm der Kandidat Genosse Dr. Herzfeld das Wort. Er wies zunächst darauf hin, daß unsere Genossen in Charlottenburg gegen eine ganz zweifelhafte Agitation ihrer politischen Gegner, den sogenannten Liberalen zu kämpfen haben. In Berlin und im 7. Bezirk sei man in dieser Hinsicht etwas besser gestellt. Sein Gegenkandidat, Rechtsanwalt Wilsch, sei persönlich ein unabhängiger Gegner, stehe aber wie die kleine Gruppe der Sozialpolitischen, der er angehört, auf kapitalistischem Standpunkt. So müßten denn die Reformer, für die er einzutreten verspricht, Halbsheiten bleiben, und selbst wenn er etwas Bedeutendes leisten wolle, könne er nicht wie er wolle, weil er ja abhängig sei von den drei anderen großen Fraktionen, die ihn sonst verdrängen würden. Der Redner ging sodann auf einige Bemerkungen im Behauptung des Gegners ein. Es wird in diesem Flugblatt auch der im Laufe der diesjährigen Wahlbewegung schon oft widerlegte Vorwurf aufgewarnt, daß unsere Vertreter im Rathause seinerzeit für die Verlängerung des Vertrages mit der Großen Berliner gestimmt haben. Der Redner zeigte, daß die Bedingungen, die daran geknüpft waren, durchaus diese Abstimmung rechtfertigten. Wenn ferner der Gegner der Wohnungsnot durch Unterstützung der Baugenossenschaften steuern will, so zeigte unser Kandidat, obgleich er sich selbst als Anhänger und Förderer des Baugenossenschaftswesens bekannte, wie unzulänglich dieses Mittel zu wieselfähiger Abhilfe der Wohnungsnot ist. Ebenso beleuchtete der Redner treffend Wilschens „entschiedene Gegnerschaft gegen das Massenwahlrecht“ und seine „abgefeigte Gegnerschaft gegen den sozialistischen Zukunftsstaat“. Er, Redner, stehe dagegen auf dem Boden des sozialdemokratischen Programms. Als man seine Kandidatur aufstellte, hätten die Genossen nach dem Grundgesetz gehandelt, sich ihre Leute ganz genau anzusehen, und dessen freute er sich. Wer für ihn stimme, der wisse, daß er nicht für allerlei Halbsheiten, sondern für die kommunalen Forderungen der Sozialdemokratie einträte. — Vor Schluß der Versammlung gab der Vorsitzende einige Ausführungen über die Stellung der Parteien bei der Wahl von 1899 und der Hauptwahl dieses Jahres. Damals erhielt die Sozialdemokratie 529 Stimmen, nun nach sechs Jahren 913, also 884 Stimmen mehr; die Freisinnigen brachten es 1899 auf 810, jetzt nur auf 681 Stimmen; die Bürgerpartei erhielt damals 521 Stimmen, die Konservativen jetzt nur 408. Es muß also möglich sein, den Bezirk zu gewinnen. Der Redner forderte die Parteigenossen auf, alle Kraft einzusetzen, damit der Genosse Herzfeld am 29. November als Sieger aus dem Wahlkampfe hervorgeht.

Briefkasten der Redaktion.

Juristischer Tell.

Die juristische Sprechstunde findet täglich mit Ausnahme des Sonntags von 7 bis 9 1/2 Uhr statt. Öffnung: abends 7 Uhr. Wilsch. Beantragen Sie bei der Aufsichtsbühde (Gewerbebehörden, Straßensitz 1-3), die Rasse zur Anerkennung Ihrer Mitgliedschaft, event. zur Nachzahlung der geleisteten Beiträge anzuhalten. Soweit ohne Einsicht in das Statut ersichtlich, sind Sie nicht kostenpflichtig geworden. — G. M. 17. 1. Alle Beiträge — Sie müssen eine Form haben, welche Sie wollen — sind unzulässig oder anfechtbar, wenn sie in der Absicht der Beschäftigung eines Gläubigers vorgenommen sind. Es gibt keinen Weg zur Sicherstellung mit der von Ihrem Freund beschlagnahmten Wirkung. 2. Gütergemeinschaft besteht für die seit dem 31. 12. 1899 geschlossenen Ehen nur, wenn sie besonders vereinbart ist.

Teures Fleisch — billige Seefische!! Bester Fleischersatz, schmackhaft und durch hohen Nährgehalt sich auszeichnend! Große Fänge in lebendfrischer Ware sind soeben eingetroffen!

Ein Versuch mit diesen äußerst schmackhaften Fischen ist jeder Hausfrau zu empfehlen. Seefisch-Kochbücher gratis. Deutsche Dampffischerei-Gesellschaft „Nordsee“ Filiale: Berlin C. 2, Bahnhof Börse, Bogen 8-10. Zentral-Fernsprecher: Amt III, 6304. Verkauf-Niederlagen: Prinzenstraße 80 (am Moritzplatz), Madaisstraße 22 (am Schlesischen Bahnhof), Landsbergerstraße 52-53 (der Kurzenstr. gegenüber).

Seefische — Volksnahrung! Wir notieren die billigsten Tagespreise für Schellfische in allen Größen Cabliau, Seelachs, Schollen in allen Größen sowie für die übrigen Sorten Seefische.

Weihnachts-Prämie für unsere Leser!

Sie sind in der Lage, unserem Leserkreis in diesem Jahre als Weihnachtsprämie:

Fritz Reuters sämtliche Werke

in einer neuen illustrierten Prachtausgabe

zwei Bände, elegant in Halbledern gebunden, Groß-Deggen-Format, circa 1200 Seiten, mit Illustrationen und ausführlichem hochdeutschem Wörterbuch

zu dem außerordentlich billigen Preise von **3.- Mark** abgegeben.

Die Ausgabe ist gut ausgestattet, sie enthält gelungene Illustrationen, klaren Druck und gutes Papier.

Bei der großen Beliebtheit, deren sich dieser Volksbibliothek erfreut, dürfte die Nachfrage eine sehr rege sein, so daß wir unseren Lesern empfehlen, ihren Bedarf möglichst bald zu decken. Das vorstehende Werk ist zu beziehen durch unsere Hauptexpedition Lindenstraße 69 im Laden und durch sämtliche Vertikal-Expeditionen.

Weiter empfehlen wir die zweite Auflage des Buches:

Gesundheitsschutz

in Stadt, Gemeinde und Familie.

Herausgegeben unter Mitwirkung von Hygienikern und Fachgelehrten von **Emmanuel Warm**. 824 Seiten Groß-8 mit 10 Texten und 134 in den Text gedruckten Abbildungen.

Das Werk ist ein vorzüglicher Ratgeber im Hause, ein Wegweiser in allen Fragen der Hygiene, von der sachmännlichen Sprache gut verstanden und kann jedem Arbeiter zur Anschaffung dringend empfohlen werden.

Der Preis des elegant gebundenen Buches beträgt nur **4 M.**, die erste Auflage kostete **6.70 M.**

Expedition des „Vorwärts“, Berlin SW. 68, Lindenstraße 69, Laden.

285/10*

Wo tanzen wir Sonntag?
Linden-Garten, Nieder-Schönhausen, 43, Linden-Strasse 43.

S. Piket

jetzt nur: **44 Prinzenstraße 44**

Laden und I. Etage

empfiehlt sein reichhaltiges Lager in

Monats-Garderobe

sowie neuer Garderobe zu bekannt billigen Preisen.

Winter-Paletots v. M. 7,00 an. Joppen v. M. 4,50 an.
Anzüge von M. 8,00 an. Hosen von M. 2,00 an.

Bitte genau auf No. 44, Laden, zu achten!

Eine Mark

wöchentlich liefern selbstspielende

Musikwerke,

Sprechmaschinen

und echte

Menzenhauer-Zithern.

Schönste Familienunterhaltung.

J. Kurzberg,

An der Jannowitzbrücke I, 1,
direkt am Banhof.



KNORR'S

Hafermehl,

in 30jähriger Erfahrung als bester Zusatz
zur Kindermilch erprobt.

15. Ziehung 5. Kl. 213. Kgl. Preuss. Lotterie.

Ziehung vom 24. November 1905, vormittags.
Nur die Gewinne über 240 Mark sind den betreffenden Nummern in Klammern beigefügt.

(Ohne Gewähr.) Nachdruck verboten.

278 569 706 (500) 84 822 33 42 653 56 1189 364 577
87 953 76 79 94 2092 329 (500) 54 62 428 39 526 624
813 19 38 931 3027 205 16 18 583 785 932 (500) 69
4157 243 487 637 (1000) 701 71 826 27 998 5009 (1000)
40 54 89 149 231 28 423 801 916 64 (3000) 997 228 89
457 668 992 7288 372 422 688 90 709 89 (500) 836 942
55 (500) 70 8050 128 409 614 (3000) 701 22 66 822 56
9001 225 (1000) 322 31 406 563 764

10014 332 57 429 85 749 (500) 75 974 11007 161
202 358 (500) 500 632 83 736 96 (500) 803 (3000) 769
789 380 (3000) 467 528 69 901 53 63 93 (500) 894
13104 85 968 (3000) 87 (1000) 604 (1000) 26 719 889
14126 240 376 431 506 68 691 723 53 50 74 15068 230 477
577 (500) 70 698 701 876 965 16007 281 416 (500) 519
25 (500) 767 809 17015 176 223 458 87 890 18181 205
409 643 54 714 (1000) 91 828 (500) 19000 (3000) 907

20024 181 238 708 89 21136 334 35 47 439 65 613
86 704 97 (500) 920 99 22457 (3000) 68 541 63 85 788
821 39 23036 (3000) 288 (500) 868 69 86 829 675 772
24030 80 163 291 432 873 728 83 862 68 79 919 71 25011
31 22 283 427 35 687 859 26308 34 440 (500) 543 646
61 27542 74 75 844 49 28089 146 419 71 652 841
29042 74 289 500 605 32 709 849 (500) 887 (500)
30172 436 588 652 99 909 31014 63 117 335 459 72

506 (500) 630 723 889 (1000) 964 32017 (500) 77 173 77
345 75 643 773 85 810 78 33099 110 (3000) 235 456
34002 35 69 82 (500) 156 (1000) 364 464 524 701 821
47 64 90 35348 542 82 809 39 79 96 (1000) 36015 222
38 81 83 (500) 185 292 55 615 57 735 58 801 856
37152 240 (500) 65 334 32 489 96 707 29 71 890 (1000)
6 38257 (500) 99 323 639 769 899 39078 159 273 619
(1000) 769 88 845 931 42 72 (500)

40063 307 520 813 47 923 31 50 41140 381 481 607
20 906 42165 638 723 877 969 43032 127 (500) 39 (500)
62 (3000) 433 56 75 893 44423 589 710 39 823 63 73
976 90 45411 96 580 44034 147 307 9 415 692 (500) 97
863 47257 78 324 27 33 (3000) 67 986 48201 (1000) 238
(3000) 819 646 49021 33 112 35 (1000) 386 443 61 616
725 (30 000) 74 824 908 27

50119 224 342 546 710 817 901 5 51147 422 65
719 38 829 52166 77 281 313 27 67 732 81 874 53054
(3000) 89 244 (500) 440 91 (500) 582 631 519 34 97
54217 84 447 553 681 876 963 55367 61 659 56904 117
398 59 501 19 20 644 56 (3000) 874 86 57022 161 77 277
422 678 854 985 58235 91 632 46 749 970 901 63
(5000) 59099 60 148 225 (5000) 445 658 59 85

60050 214 301 472 736 (500) 82 913 61117 291
653 (500) 65 707 (500) 939 44 62120 (3000) 342 665 792
63268 471 822 772 64118 45 264 87 98 442 (500) 44
57 (1000) 87 99 (500) 508 635 760 65079 167 83 340 55
(1000) 59 405 78 545 (3000) 629 (500) 926 66117 38 208
381 441 329 67099 218 43 84 464 82 (3000) 544 632 75
727 39 (3000) 98 962 68045 72 301 4 706 505 89 69373
444 543 890 726 821 982 95

70153 (3000) 65 255 87 454 91 94 529 94 71706 442
(1000) 84 (3000) 578 (1000) 625 72078 181 258 459 888
740 367 973 73365 12 505 14 32 767 884 (1000) 74222
312 867 792 1012 25 46 75203 (3000) 82 411 549 977
74649 77 (500) 86 209 572 641 53 780 866 923 77099
367 449 (1000) 323 639 49 38 59 972 88 78454 840 79006
69 172 363 425 89 384 729 31 47

80034 296 447 (3000) 86 531 81092 298 345 523
65 751 82034 125 394 89 (500) 691 718 83099 139 250
303 643 779 881 927 84003 322 662 895 84521 376 1371
532 80 98 624 59 (3000) 76 821 86032 127 32 98 229
322 751 (3000) 842 76 291 63 87053 62 72 382 434 578
684 895 946 88049 61 104 6 240 (500) 503 10 708 13
987 87034 332 660 64 817 38 76 200

90009 91232 109 44 67 70 222 339 518 809 54
(3000) 92114 233 586 762 93122 36 99 (1000) 256 327
433 602 (1000) 74 740 (500) 963 76 94053 100 202 91
531 330 69 60 655 806 95102 385 406 (3000) 13 82
685 790 825 964 72 98144 (3000) 528 97105 91 312 14
629 87 896 98130 222 425 516 701 99 271 99 615 (500)
62 907

100021 100021 20 127 236 301 11 463 531 69 750 87
769 101029 71 107 46 (500) 63 201 371 (500) 577 907
77 729 37 92 856 102378 103173 362 63 73 91 504
14 655 (500) 87 848 104176 258 327 532 91 695 (1000)
728 44 46 67 944 105123 225 54 672 849 354 106645
59 128 312 29 496 88 573 749 813 107136 404 81 531
694 972 108068 (3000) 277 345 632 38 (500) 74 701
831 109110 12 (1000) 371 419 629 (3000) 42 82 725 971
110888 182 (3000) 289 313 (1000) 91 463 (1000) 354
51 724 922 111426 (500) 548 776 112617 309 39 80
406 619 796 929 112941 800 47 614 (500) 721 864 (500)
80 971 114914 25 376 (500) 77 633 634 751 886 115222
(1000) 175 81 85 (500) 666 973 116096 138 77 245 308
561 771 530 940 117091 124 (500) 32 52 328 36 442 368
636 890 118133 (500) 314 492 52 512 (1000) 47 53 (500)
90 (1000) 612 84 (1000) 801 8 11 119651 409 524
609 39 987

120035 72 127 (3000) 446 735 63 908 121277 408
802 (500) 76 767 122123 78 499 574 683 (1000) 803
(3000) 93 123605 107 61 422 70 85 530 (3000) 759 71

820 900 83 124051 277 453 (500) 78 (3000) 627 774 815
65 964 125004 (3000) 455 778 126057 95 106 56 248
98 (500) 429 53 57 515 (1000) 711 994 19 40 86 127503
84 613 25 70 72 702 15 25 27 917 88 128356 (500) 73
85 99 459 72 (500) 584 (500) 922 58 129008 672 (500)
722 93

130127 55 98 282 482 591 745 997 131035 290
459 (1000) 681 97 854 960 89 132158 (3000) 59 516 68
83 133043 (3000) 73 144 63 86 409 29 (3000) 788 837
926 44 134622 241 43 308 488 93 504 77 673 99 818 80
135006 84 139 240 33 476 755 657 136340 40 430 500
625 79 (3000) 820 29 900 137128 204 (3000) 15 483 (500)
960 138011 163 356 403 (500) 536 770 804 (3000)
139071 890 898 987

140113 17 303 355 85 96 801 (3000) 695 68 730 74
88 856 141022 366 (500) 682 87 832 142905 341 89
(500) 535 39 74 679 809 39 56 143115 368 469 525 748
804 9 144040 504 56 (500) 73 615 902 145119 80 307
(500) 34 44 72 447 86 567 635 95 857 922 24 (1000)
146253 314 53 478 94 147038 55 92 69 139 200 668
84 704148805 180 242 359 549 74 632 93 882 149066
70 (1000) 688 930

150126 10001 41 (3000) 547 616 63 768 66 894 90
930 (3000) 151290 394 434 627 789 934 152041 303
419 87 941 48 153012 60 75 429 528 91 609 14 73
154108 995 704 (3000) 25 33 980 155002 (500) 19 163
237 399 (5000) 415 638 (500) 85 737 873 77 905 156005
175 89 479 628 713 390 157395 413 658 955 570 (500)
(3000) 158264 390 783 95 815 40 (1000) 150015 99
(3000) 242 51 398 54 406 39 73 842 83

160065 161 269 98 516 683 802 943 161098 161
202 86 355 58 77 612 19 39 972 162092 426 579 933
163124 322 44 79 637 60 81 727 (3000) 42 893 164106
229 54 435 51 509 37 606 943 165071 113 23 351 410
530 (500) 699 87 888 977 166080 300 14 480 80 95
865 167064 482 327 728 824 51 944 168002 39 162 94
217 540 735 39 72 943 (1000) 694 568

170301 40 446 (3000) 294 670 714 19 171000
(3000) 179 285 301 31 307 99 820 54 172384 414 385
(500) 708 54 (1000) 832 173102 60 174031 214 48 373
523 741 43 (500) 835 904 175210 369 60 89 432 38 (500)
696 706 5 6 851 176233 302 445 628 864 97 177012 55
89 95 124 283 (500) 339 437 669 622 48 719 47 96 807 79
(500) 941 55 178148 240 411 41 51 536 (500) 179042
53 163 (3000) 228 436 (500) 696 805 87 930 (500)

180197 215 36 55 402 28 825 72 (500) 678 821 42
181167 438 844 182013 29 163 66 74 422 95 512 634
77 87 769 899 914 183003 (3000) 336 (500) 70 84 427
(1000) 515 94 88 820 41 90 955 90 184151 289 398 71
402 622 730 859 962 55 185033 39 136 292 (1000) 452
88 (500) 607 71 762 95 (500) 808 918 186025 178 244
549 695 932 187257 480 (500) 604 (1000) 949 (500) 75
89 188177 227 554 70 683 730 (1000) 819 54 82 976
189165 72 (1000) 247 531 672 7 718 (500)

190017 119 74 253 58 359 820 191000 122 38 75
284 92 600 727 817 192166 99 250 (1000) 345 72 483 679
707 536 193016 63 238 590 32 808 33 (1000) 942
194173 246 305 19 484 665 195233 392 884 634 (1000)
45 (500) 24 743 (3000) 813 61 (500) 939 196426 29 674
792 800 992 197117 438 598 (1000) 72 870 983 198060
69 76 360 407 689 854 918 199009 69 176 272 77 369
429 71 567 679

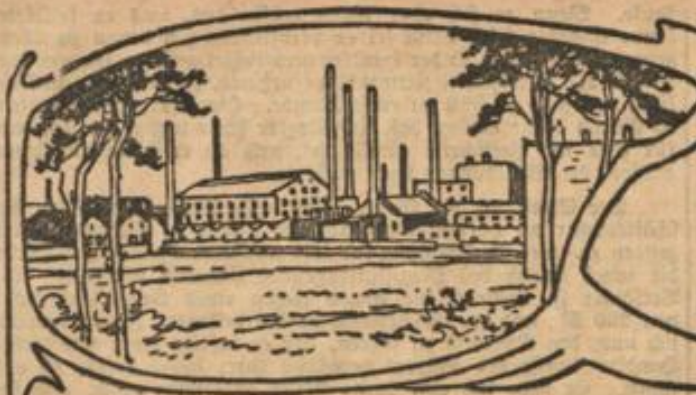
200009 204 406 (3000) 67 572 633 (500) 201011
123 245 399 814 79 202027 130 57 241 58 306 33 499 732
81 81 69 931 203020 131 46 78 (500) 394 80 423 508
71 (500) 678 (1000) 834 73 (500) 204062 109 76 250
357 520 205094 264 710 815 901 82 206112 291 381
572 323 839 (3000) 207004 128 297 (500) 384 (1000)
90 (500) 430 598 652 69 734 71 896 45 208129 288 403
91 678 842 53 65 84 209005 (500) 24 374 (1000) 94
(3000) 422 64 692 763 43 47 865 964

210229 328 33 61 85 88 604 841 79 211301 302
421 608 38 212332 49 518 (3000) 21 44 657 72 759 99
835 868 78 213173 215 32 330 545 99 604 747 883
214119 (3000) 96 222 568 28 62 626 48 (3000) 816 42
909 20 81 215130 370 401 24 (1000) 766 216193 334
88 94 (3000) 591 92 718 833 43 (1000) 217090 26 35
381 87 437 596 874 918 65 218075 97 259 346 483 825
731 868 619 (500) 39 44 89 (1000) 219159 22 (1000)
453 611 48 883

220101 79 84 216 596 805 978 (500) 221015 197
(500) 335 418 670 701 892 355 98 (500) 222035 (500)
75 170 95 238 36 488 562 (1000) 5 680 894 984 223219
57 69 573 633 763 69 858 989 224226 551 37 603 14 58
225739 87 226134 318 619 41 (1000) 67 880 227182
229 45 (1000) 508 28 64 228616 54 769 890 (500) 85
229244 83 (500) 319 485 84 (3000) 512 718 59 822 46
81 963

230099 576 783 (3000) 844 231041 87 281 87 444
53 814 47 910 27 30 232086 92 111 453 89 619 906 (500)
233073 104 77 318 98 590 660 500 38 94 (500) 988
234045 296 492 90 535 758 235014 (3000) 22 32 173
517 621 736 236179 238 85 85 (500) 73 75 374 574 778
896 82 946 237167 678 784 985 238004 40 66 338 509
636 777 895 (1000) 239236 466 584 629 80 (500) 958
240152 260 859 796 833 241131 (3000) 395 483
751 878 912 242018 190 217 487 588 821 (3000) 26 734
48 859 972 (500) 243037 164 491 503 715 244295 663
902 245005 30 158 264 394 (500) 444 535 770 881
246015 (500) 177 253 407 595 63 730 55 845 935 (1000)
247013 25 61 291 324 62 801 (500) 635 717 (500) 823

15. Ziehung 5. Kl. 213. Kgl. Preuss. Lotterie.



Vorort

Beilage des „Vorwärts“ Berliner Volksblatt



Redaktion und Expedition:
Berlin, Lindenstr. 69. Fernsprecher: Amt 17, 1983.

Nr. 276. Sonnabend, den 25. November 1905.

Inserate sechsgepaltene Kolonetzelle 20 Pfg.
Bei größeren Aufträgen entsprechenden Rabatt.

Partei-Angelegenheiten.

Charlottenburg. Arbeitlosenzählung. Sonntag, den 26. November, vormittags 9 Uhr, findet die letzte Arbeitlosenzählung statt; da die kombinierte Sitzung erst um 9 Uhr beginnt, so haben die Bezirksführer erst das Material auszugeben, respektive einen Genossen damit zu beauftragen. Um der Arbeitlosenzählung einen würdigen Abschluss zu geben, erwarten wir eine recht gute Beteiligung der Genossen und zwar haben sich die Genossen morgens 8 Uhr in folgenden Bezirkslokalen einzufinden: 1. Bezirk: Ferdinand Pasche, Potsdamerstr. 44; 2. Bezirk: a) Hermann Bode, Rehringstr. 25; b) Wilhelm Fuhrmann, Kaiser Friedrichstr. 45; 3. Bezirk: a) Emil Müller, Kottbusstr. 8, und Otto Fischer, Gutenbergstr. 8; b) Ernst Kai, Osnabrückerstr. 4; c) Fritz Lindstedt, Erasmustr. 6; 4. Bezirk: Eduard Dörre, Wallstr. 90; 5. Bezirk: Adolf Bartsch, Seseheimerstr. 11; 6. Bezirk: Alfred Wertens, Krummstr. 46; 7. Bezirk: Adolf Graffunder, Wielandstr. 4; 8. Bezirk: Wilhelm Campowski, Kleiststr. 15.

Der Wahlvereinsvorstand.

Brig. Die zu Sonntag, den 26. November 1905, in Aussicht genommene Volksversammlung kann nicht stattfinden; sie ist nach § 10 der Oberpräsidialverordnung von 1898 des Lotensonntags wegen nicht genehmigt worden.

Alt-Mienke. Sozialdemokratischer Wahlverein. Sonntag, den 26. November, nachmittags 4 Uhr, Mitgliederversammlung bei Sob. Willmauerstraße. Tagesordnung: Vortrag des Genossen F. Jubel. Erscheinen aller Mitglieder ist notwendig.

Vorort-Nachrichten.

Allgemeiner Zweverband Groß-Berlin.

Der Verein der Vororte Berlins hielt vorgestern abend in den Johannis-Sälen eine Hauptversammlung ab, in der Stadtrat Bürker-Rigdorf über das Thema „Groß-Berlin in seiner Verwaltung und seinen Finanzen“ eingehend referierte. In der Sitzung waren nicht weniger als 41 Vororte vertreten. Der Redner bezeichnete in seinem Vortrage den vergangenen 4. November, den Tag, an welchem im Rathaus die Konferenz mit den Vorortvertretern stattfand, als den „Geburtsstag von Groß-Berlin“ und war der Meinung, daß sich aus weiteren Konferenzen, die sicher nicht ausbleiben würden, ein Zweverband zwischen Berlin und den Vororten herausbilden werde. Dies dürfte nicht allein dazu führen, mit der Großen Berliner Straßenbahn einen Vertrag abzuschließen, der beiden Teilen gerecht wird, sondern auch später die Übernahme der Bahn und anderer öffentlicher Anlagen, wie beispielsweise die Charlottenburger Wasserwerke zeitigen. Nachdem die Eingemeindungsfrage „eingelagert“ sei, scheine die Regierung ein Zusammenfassen der Landgemeinden um Berlin zu Stadtkreisen anzustreben. In finanzieller Beziehung würde ein Groß-Berlin zu einem wünschenswerten Ausgleich führen, da z. B. die Schullasten in den östlichen Vororten wie in Rigdorf, Lichtenberg usw. die dreifache Höhe erreicht hätten wie in den westlichen Vororten. Nach dem Beispiel von Groß-London, wo die gesamte Mietssteuer auf die Teilgemeinde nach ihrer Seelenzahl verteilt wird, könnte der Ausgleich hier durch die Einkommensteuer bewirkt werden. Jedenfalls sollte die Erhebung einer gemeinschaftlichen Abgabe nach gleichen Prinzipien zunächst in Betracht gezogen werden zur Entlastung der durch hohe Schul- und Armenlasten schwer bedrückten Gemeinden. Auch auf anderen Gebieten könnte eine gemeinschaftliche Behörde sehr nützlich sein, um so aus dem geographischen auch ein kommunales Groß-Berlin zu schaffen. In der nun folgenden sehr anregenden Debatte wurde auch das Wohnen der Beamten in den Vororten erörtert und gewünscht, daß auch in dieser Frage endlich ein Friedensschluß erfolgen möchte.

Schulfreie Tage in den Vororten.

Die königliche Regierung zu Potsdam hat an die Gemeindevorstände der Ortsschaften in der näheren Umgebung Berlins ein Schreiben gerichtet, das die Schließung der Schulen in den Vororten an allen Tagen anordnet, an denen dies auf Befehl des Kaisers in Berlin geschieht.

Charlottenburg.

Der Stadtverordneten-Wahlkampf ist vorüber. Das Ergebnis desselben ist, daß die sozialdemokratische Fraktion fortan 13 statt bisher 12 Mandate, die vereinigten Gegner 59 statt bisher 60 Mandate besitzen. Von den sozialdemokratischen Vertretern ist Genosse Boake nicht wiedergewählt, an seiner Stelle ziehen die Genossen Bartsch und Klitz ins Stadtparlament ein. Die Tatsache, daß Boake dem Amtstum der Gegner unterlegen ist, veranlaßt das liberale Schmutzblatt, die leider allzu sehr von Arbeitern unterstützte „Neue Zeit“ zu einem wahren Indionergeheil. „Erfreulicherweise“, so schreibt diese Ablagerungsstätte für Kot, „ist es gelungen, einen der schlauesten sozialdemokratischen Parteiführer, den Stadtv. Boake, aus dem Stadtparlament zu beseitigen. Er erlitt eine klägliche Niederlage im 1. Bezirk, den die Sozialdemokratie als eine ihrer Hochburgen ansah.“ Zur Steuer der Wahrheit ist, sei nur so viel gesagt, daß der erste Bezirk, in dem Boake kandidierte, früher stets konservativ vertreten war. Vor zwei Jahren ist zum erstenmal dort der konservativ durch einen Sozialdemokraten verdrängt worden, und trotz des Zusammenschlusses der Gegner, trotz der unläutersten Mittel, mit denen sie die Agitation betrieben, ist unsere Stimmenzahl in diesem Jahre um mehrere Hundert angewachsen.

Wenngleich wir über ein Mandat mehr als bisher verfügen, können wir doch mit dem Ausfall der Wahlen nicht zufrieden sein. Weshalb wir es offen, wir haben eine Niederlage erlitten, und diese Niederlage ist durch die Richtigkeit der Arbeiter herbeigeführt, die bei der Hauptwahl nicht von ihrem Wahlrecht Gebrauch gemacht haben. Hätten wir bei der Hauptwahl sozial Stimmen aufgebracht, wie bei der Stichwahl, so hätten wir den zweiten, dritten und sechsten Bezirk erobert. Das beweisen die Zahlen. Öffentlich werden die Charlottenburger Arbeiter daraus die Lehren ziehen und dafür sorgen, daß in Zukunft jeder Klaffgenosse gleich im ersten Wahlgange seine Pflicht erfüllt.

Bei der Stichwahl hatten wir die gesamte Bourgeoisie und gegenüber stehen. Die Charlottenburger Lokalmütter überhäufte unsere Kandidaten mit den gemeinsten Verdächtigungen, und der Kampf selbst wurde in der steupellosesten Weise und mit den verwerflichsten Mitteln geführt. Das Niederwerden der Liberalen um die konterbaiten und antisemitischen Stimmen wurde erkauft, der konservative Wahlverein forderte zur Unterstützung des Liberalen

auf, und es war ein erbauliches Schauspiel, wie nun die verbissensten Antisemiten Arm in Arm mit waschechten Wirtsweibern an den Wähltischen traten, um ihre Stimmen gegen die verhassten Sozialdemokraten abzugeben.

Der ganze behördliche Apparat ist in den Dienst der heiligen Sache des Liberalismus gestellt worden. Bahnbeamte und Postbeamte sind zur Wahl kommandiert. So wurde den Beamten des Postamts II in der Goethestraße von einem Vorgesetzten ganz offen gesagt, wer am Nachmittage dienstfrei ist, muß zur Wahl gehen. Briefträger haben für die Liberalen sogar Schließerdienste geleistet. Vor keinem noch so unläuterem Mittel schreckten die Liberalen zurück. So hat z. B. der liberale Kandidat im sechsten Bezirk, ein Herr Josenberg, Wahlaufrorderungen herstellen lassen, die den amtlichen Einladungen täuschend ähnlich sahen. Dieser Herr, der seinen eigenen Worten noch genötigt zu werden verdient, da er wie ein Pferd gearbeitet habe, hat also zu dem Mittel der Täuschung gegriffen. Er sann auf keinen Sieg Holz sein.

Die Liberalen sind vor Uebermut geradezu toll geworden, und ihr Leib- und Magenblatt überschlägt sich vor Freude. Es lohnt sich nicht, auf das ganze Getraße näher einzugehen. Wir werden unserezeitlich die richtigen Lehren aus dem Wahlschicksal ziehen. Deutlich wie nie zuvor hat es sich gezeigt, daß das Bürgertum der Arbeiterklasse als die eine reaktionäre Klasse gegenübersteht, daß es nur ein Hüden, ein Trüben gibt. Jetzt gilt es, die Indifferenten darüber aufzuklären, sich sofort auf neue Kämpfe zu rüsten, die Organisation zu befestigen, die Agitation besser als bisher zu gestalten. Tun wir das, dann werden wir schließlich über unsere vereinigten Gegner triumphieren, mögen sie sich jetzt auch noch so übermütig gebärden; dann werden wir das, was diesmal verfehlt ist, in zwei Jahren doppelt und dreifach nachholen.

Lichtenberg.

Die Gemeindevertretung eine Filiale des Grundbesitzervereins. Die Gemeindevertreter-Sitzung am 23. November hatte wiederum das Vergnügen, etwa 12000 M. den Hauseigentümern auf Grund der bekannten Reichsgerichts-Entscheidung — als für Bürgersteigregulierung verauslagt — zurückzugeben. Der Antrag der sozialdemokratischen Vertreter, die Vorlage, die erst am Beginn der Sitzung verteilt wurde, zu verlagern, wurde abgelehnt; die Herren und der Magistrat hatten es so eilig, daß selbst die bei der Sache interessierten Gemeindevertreter sich nicht einmal von ihren Plätzen entfernen konnten!

Ein Antrag des Rittergutsbesizers Adler, einen im Bebauungsplan auf dem Terrain dieses Herrn vorgesehenen, an der Landsberger Chaussee belegenen Platz zu kassieren, erhielt die Zustimmung der Majorität; es wurde aber eine nochmalige Verhandlung über eventuelle gleiche Breite der dortigen Straßen mit den Nachbargemeinden gewünscht. — 88000 M. wird für die anbaufähige Herstellung des Bienenweges, der Straße an den Gemeindegas- und Elektrizitätswerken, die Gemeinde für die Anlieger verauslagt und die Verzinsung tragen, bis bei einer Bebauung Anliegerbeiträge eingezogen werden.

Die Aktiengesellschaft Saceri, die wie die meisten unserer Großgrundbesitzer selbstverständlich auch einen „Vertreter“ in der Gemeindevertretung hat, wünscht die Abnahme eines durch projektierte Straßenanlage der Bebauung entzogenen Landstreifens zum Preise von 90,90 pro Meter. Das bis zum Anlauf durch die Fabrik im Laufe dieses Jahres mit 8 M. pro Meter zur Grundwertsteuer veranlagte Aderland, soweit es zum Straßenland benötigt ist, glaubt der Gemeindevorstand mit 10 M. pro Meter erwerben zu müssen. Nach einigen Erörterungen über die Bewertung dieses Landes wurde die Sache vertagt.

500000 M. sollen als Anleihe aufgenommen werden, um zu Grunderverbänden für Grundstücke der Gasanleihe, einer Volksschule, für die Kabelneberlegung usw. verwendet zu werden.

Friedenau.

Der Wahlverein Friedenau hielt am Dienstag, den 22. d. M., eine gut besuchte Vereinsversammlung ab. Genosse Dr. Vorchardt hielt einen mit Beifall aufgenommenen Vortrag über: „Die äußere und innere Politik Deutschlands“. Daraus gaben die Delegierten den Bericht von der letzten Kreis-Generalversammlung. Die Erwähnung des „Vorwärts“-Konflikts rief eine ausgedehnte lebhafteste Debatte hervor, in welcher sich die Redner für und gegen die Handlungsweise des Parteivorstandes erklärten. Es liefen zwei Resolutionen ein, von welchen nachstehende gegen eine Stimme angenommen wurde.

„Die Wahlvereinsversammlung zu Friedenau mißbilligt auf das Entschiedenste den Beschluß der letzten Kreis-Generalversammlung in der Frage des „Vorwärts“-Konflikts.“

Die Versammlung erklärt demgegenüber sich mit den Beschlüssen des Parteivorstandes, der Prekominmission und sämtlicher Parteifunktionäre von Groß-Berlin einverstanden und spricht ihnen nach wie vor ihr volles Vertrauen aus.

Zehlendorf.

In der gutbesuchten Monatsversammlung des Wahlvereins Zehlendorf referierte der Genosse Wollermann über die Geschichte der Organisation der deutschen Sozialdemokratie. Der sehr instruktive Vortrag, der in einem knappen Umriss den ganzen Entwicklungsgang der verschiedenen Organisationsformen der Partei seit Lassalle umspannte und mit der Erörterung des neuen Organisations-Statuts für Groß-Berlin abschloß, wurde durch große Aufmerksamkeit gelohnt. Von einer Diskussion über den Vortrag wurde abgesehen.

Bei der Berichterstattung der Delegierten zur Charlottenburger Zentralversammlung kam auch die „Vorwärts“-Angelegenheit zur Sprache. Dazu war die folgende vom Genossen Fuchs begründete Resolution eingelaufen:

„Die am 21. November tagende Monatsversammlung des Wahlvereins Zehlendorf erklärt sich mit dem Vorgehen des Parteivorstandes und der Prekominmission in der „Vorwärts“-Angelegenheit ohne jede Einschränkung einverstanden und drückt ihnen ihr volles Vertrauen aus.“

Dieser Resolution stellte Genosse Paul Göhre die folgende von Köster unterstützte Resolution entgegen:

„Die Versammlung erklärt sich mit den Beschlüssen der Zentralversammlung, insbesondere in der Sache der „Vorwärts“-Redakteure einverstanden und mißbilligt das Verhalten des Parteivorstandes und der Prekominmission als den parteigenösslichen und gewerkschaftlichen Grundfragen widersprechend.“

In der sehr lebhaften Debatte schlossen sich die Genossen Ledebour, Weber und Wollermann den Ausführungen des Genossen Fuchs an. Wollermann interpretierte die Resolution Fuchs noch dahin, daß selbstverständlich durch dieselbe auch ein

Protest gegen die Stellungnahme der Generalversammlung in Charlottenburg und das Verhalten des Genossen Jubel in dieser ganzen Angelegenheit ausgesprochen sei. Die endlich nach 1 Uhr vorgenommene Abstimmung ergab die Annahme der Resolution Fuchs gegen 2 Stimmen. Den Standpunkt Göhres und Kösters hat somit kein anderer Zehlendorfer Genosse akzeptiert.

Bei der darauf folgenden Wahl zur nächsten Generalversammlung des Wahlvereins für Zeltow-Weesow wurden die Genossen Fuchs, Scheler, Göhre und Weber vorgeschlagen. Gegen den Genossen Göhre wurde geltend gemacht, daß er als Delegierter in der Generalversammlung in eine falsche Lage kommen könnte, da er die gegen ihn angenommene Resolution zu vertreten haben würde. Dem Vorstehenden wurde diesem Einwande mit dem Hinweis begegnet, daß diese Frage gar nicht auf der Tagesordnung stehe. Daraufhin wurden Fuchs, Scheler und Göhre als Delegierte und Weber als Ersatzmann gewählt. Zum Delegierten der Generalversammlung von Groß-Berlin wurde der Genosse Scheler gewählt. Die Versammlung „nächtigte“ bis nach 1/2 Uhr.

Groß-Lichterfelde.

Die Wahlen zum Gewerbegericht finden laut Bekanntmachung am Dienstag, den 5. Dezember und Mittwoch, den 6. Dezember statt.

Die Arbeitnehmer wählen am Mittwoch, den 6. Dezember von 4 Uhr ab und zwar im Bezirk östlich des Zeltow-Kanals im Restaurant Henning, Jungfernstieg 8, im Bezirk westlich des Zeltow-Kanals im Restaurant Daffle, Anklamstraße 7.

In jedem dieser beiden Bezirke sind sechs Weisiger aus dem Kreise der Arbeitnehmer zu wählen.

Arbeiter! Parteigenossen!

Die Eintragung in die Wählerliste ist nur noch bis 27. November zulässig.

Zum Zwecke der Wahlen werden für jeden Wahlbezirk vom Gemeindevorstande für Arbeitgeber und Arbeiter geforderte Listen angelegt, in welche alle Wähler einzutragen sind, deren Stimmberechtigung unter Vorlegung der erforderlichen Bescheinigung innerhalb zweier Wochen, vom Tage der Veröffentlichung dieser Bekanntmachung ab gerechnet, an den Wochenenden während der Stunden von 11 Uhr vormittags bis 2 Uhr nachmittags in der Gerichtsschreiberei des Gewerbegerichts, Amtshaus, Schillerstr. 32, mündlich angemeldet wird. Bei unterlassener rechtzeitiger Anmeldung ruht das Stimmrecht.

Für Anmeldung der Stimmberechtigung genügt für die Arbeiter ein Zeugnis ihres Arbeitgebers oder der Polizeibehörde, durch welches bestätigt wird, daß der Arbeiter innerhalb seines Wahlbezirks in Arbeit steht oder wohnt. — Formulare zu diesen Zeugnissen werden während der Dienststunden im Amtshause, Zimmer Nr. 1, kostenlos verabfolgt.

Wahlberechtigt ist, wer das 25. Lebensjahr vollendet und in dem betreffenden Wahlbezirke Wohnung oder gewerbliche Beschäftigung hat.

Am Montag, den 27. November, abends 8 Uhr, findet im Reifensaal, Chaussee 104, eine öffentliche Gewerkschafts-Versammlung statt, in welcher die Arbeiterkandidaten nominiert werden. Es ist Pflicht jedes gewerkschaftlich Organisierten, dort zu erscheinen.

Die Bezirksführer des Wahlvereins werden ersucht, sich Sonntagvormittag 8 Uhr im obengenannten Restaurant einzufinden. Alles Weitere durch Flugblätter.

Schmargendorf.

In der am Dienstag, den 2. November stattgefundenen außerordentlichen Mitgliederversammlung gab Guttbier den Bericht von der Kreis-Generalversammlung in Rigdorf. In der darauffolgenden Diskussion beurteilten sämtliche Redner das Verhalten der ausgeschiedenen sechs Redakteure des „Vorwärts“; die Versammlung war mit dem Verhalten des Vertreters des Kreises, Genossen Jubel, auf der Generalversammlung in der „Vorwärts“-Affäre nicht einverstanden und bedauert die Annahme der Resolution Jubel-Südelum. Die Versammlung nahm folgende Resolution an:

Die heutige außerordentliche Mitgliederversammlung des sozialdemokratischen Wahlvereins von Schmargendorf protestiert ganz energisch gegen das Verhalten der ausgeschiedenen sechs Redakteure des „Vorwärts“; sie erklart in deren Vorgehen eine schwere Schädigung der Partei. Die Versammlung bedauert ferner, daß die Resolution Jubel-Südelum auf der Kreis-Generalversammlung in Rigdorf zur Annahme gelangte. Die Versammlung ist der Meinung, daß man erst den Parteivorstand hätte hören müssen, ehe man ein Urteil in der Sache fällen konnte.

Röpenitz.

Bei einem Rettungswerk den Tod gefunden. Ein tragischer Vorfall hat sich gestern in Röpenitz ereignet. Der Wädrmeister Hartmann war vor seinem Laden in der Bahnhofsstraße mit seinem 20-jährigen Kutscher Paul Hedelt auf dem Geschloßwagen gefahren, und ehe er die Fägel ergreifen konnte, war das Pferd durchgegangen. Führerlos raste es die Bahnhofsstraße hinauf nach der Röpenitzer Brücke und dort verfuhr Hedelt, das wilde Tier zum Stehen zu bringen. Mit Todesverachtung sprang er von dem Wagen herunter, fiel dem Pferde in die Fägel, wurde jedoch zu Boden gerissen und mitgeschleift. Er geriet schließlich unter das Pferd und dessen Quersattel den Kopf des Bedauernswerten. Er wurde nach dem Röpenitzer Krankenhaus gebracht, verstarb jedoch bald nach seiner Einlieferung unter qualvollen Schmerzen.

Rüdersdorf.

Bräutereiunfall in Kaulberge-Rüdersdorf. Auf dem Gelände der Rüdersdorfer Kalksandsteinfabrik befindet sich eine in den Arrietas führende Brücke (sogenannte Schurre), auf welche Kippwagen geschoben werden, deren Inhalt in dazu bereit liegende Fahrzeuge gesichert wird. Gestern gegen Mittag stürzte plötzlich die Brücke mit zwei darauf befindlichen Wagen unter donnerähnlichem Getöse zusammen. Keiner Arbeiter, die auf ihr beschäftigt waren, fanden mit in die Tiefe. Die Hülfserne der neun Verunglückten waren herbeigetrieben und wurden weithin geholt. Den Herbeigefahren gelang es auch, sieben Arbeiter sofort dem nahen Element zu entreißen, während der achte, welcher eingeklemmt war, erst nach anstrengender Arbeit gerettet werden konnte. Er hat ansehender innere Verletzungen erlitten. Leider gelang es nicht, den letzten, den Maurer Adler aus Dersfelde, zu retten. Erst nach stundenlangem Arbeit konnte er als Leiche geborgen werden. Er war von einem Wagen mit in die Tiefe gerissen worden.

Potsdam.

Die Stadtverordnetenwahlen haben uns auch diesmal noch keinen Erfolg gebracht — soweit Mandate in Frage kommen.

